Band 814/Lö

3459 / 205

Fortsetzung der Hauptverhandlung am Dienstag, den 29. März 1977 um 9.05 Uhr

(187. Verhandlungstag)

Gericht und Bundesanwaltschaft erscheinen in derselben Besetzung wie am 175. Verhandlungstag.

Als Urkundsbeamte sind anwesend

J.Ass. Clemens

J.Ass. Scholze

Die Angeklagten sind nicht anwesend.

Als deren Verteidiger sind erschienen:
Rechtsanwälte Eggler, Künzel, Schnabel, Schwarz, Schlaegel
und Grigat.

Beim Eintritt des Gerichts vor Beginn der Hauptverhandlung bleiben mehrere Zuschauer auf
der linken Seite - vom Gericht aus
gesehen - sitzen, die sich erst
nach wiederholter Aufforderung durch
den Vorsitzenden erheben.

V.: Ich erkläre die Hauptverhandlung für eröffnet.

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Die Verteidigung ist gewährleistet.

Herr Rechtsanwalt Schily fehlt ohne spezielle Erklärung. Es ist zunächst bekanntzugeben: Herr Rechtsanwalt Schily hat außerhalb der Hauptverhandlung den Antrag gestellt, die Hauptverhandlung auszusetzen. Das ist durch Beschluß- auch außerhalb der Hauptverhandlung-vom 25. März 77 abgelehnt worden. Das Gericht hat, d. h. der Vorsitzende hat am 22. März 77- wie den Prozeßbeteiligten bekannt- nochmals ein Schreiben

Band 814/Lö

- Vorsitzender -

an den Herrn Justizminister Dr. Bender gerichtet.

Der Vorsitzende verliest das Schreiben vom 22. März 1977 an den Herrn Justizminister Dr. Bender.

Eine Ablichtung dieses Schreibens wird als Anlage 1 zu Protokoll genommen.

Auf dieses Schreiben ist ein Antwortschreiben des Herrn Justizministern Dr. Bender eingegangen, gestern Nachmittag zur später Stunde, da heißt es:

> Der Vorsitzende verliest das Antwortschreiben vom 28. März 1977 des Justizministers Dr. Bender.

Eine Ablichtung dieses Schreibens wird als Anlage 2 zu Protokoll genommen.

Wird hierzu irgendeine Erklärung gewünscht von einem der Prozeßbeteiligten?

Herr Rechtsanwalt Schnabel, bitte.

- RA Schn.: Herr Vorsitzender, ich bitte die Sitzung für mindestens 1/2 Stunde zu unterbrechen, damit wir Gelegenheit haben, das Schreiben des Herrn Justizministers, das Sie eben verlesen haben, in Ruhe zu überprüfen.
- V.: Ja, wie ich schon gesagt hate, ist das Schreiben ja erst gestern abend zu später, also nachmittags zu später Stunde eingegangen, den Verteidigern auch erst jetzt, wenn ich es recht sehe, auf den Tisch gelegt worden, so daß dieses Verlangen sichedich berechtigt ist.

Damit es keine Verlängerungsanträge geben muß, setzen wir um 10.00 Uhr fort.

Pause von 9.12 Uhr bis 10.00 Uhr

Bei Fortsetzung der Hauptverhandlung ist OStA Holland nicht mehr anwesend.

Rechtsanwälte Oberwinder und Weidenhammer (mit Herrn Wackernagel als Gehilfen) sind nunmehr auch anwesend.

V.: Die Sitzung wird fortgesetzt.

Anlage 1 zum Protokoll vom 29. März 1977 13736

C! oil indesgericht Stuttgart

2 StE (OLG Stgt) 1/74

Es wild getween, dieses Alteracidien und den Bereit het weiteren Schreiten anzugeten. 7 Stortegart 40, deg 22. März 1977

10,000 storing 49 3459 / 206

Termagracher: 0711/8-651 - 5 MJ. 7/10

Page 4; p. Mr. 272

Ports achrift: Oberlandesgericht - 2. Strafsenst ... 7 Stuttgart 10, Asperger Stranse 49

Herrn
Justizminister
Dr. Bender
Justizministerium
Enden-Württemberg
Schillerplatz 4

7000 Stuttgart 1

Betr.: Strafsache gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe

> hier: Abhören von Gesprächen zwischen Angeklagten und ihren Verteidigern

Bezug: Mein Schreiben vom 18. 3. 77; Ihr Schreiben vom 18. 3. 77

Anla: Auszug aus der Tonbandniederschrift, Band 812, Seite 3 - 6

Sehr geehrter Herr Minister!

Für Ihr Schreiben vom 18. 3. 77 bedanke ich mich verbindlich. Ich hate es in der Hauptverhandlung am 22. 3. 77
bekanntgegeben. Daraufhin wurde von den Herren Rechtsanwälten Schwarz, Schnabel (beide Verteidiger des Angeklagten Baader), Eggler (Verteidiger der Angeklagten
Ensslin) und Schlaegel (zugleich auch für Herrn Rechtsanwalt Maixner und den diesen vertretenen Herrn Rechtsanwalt Grigat, Fämtliche Verteidiger des Angeklagten Raspe)
beantragt, die Anfrage des Senats vom 18. 3. 77 in verschiedenen Punkten zu ergänzen.

Ich gestatte mir, die Anträge so, wie sie in das Gerichtstonband eingegangen sind, als Auszug aus der TonbandniederZum besseren Auffinden der konkreten Fragestellungen habe ich am Rande Ziffern angebracht. Soweit es um Gesprächsinhalte geht, gilt weiterhin der vorletzte Absatz meines Schreibens vom 18. 3. 77; der Senat will hiermit nicht befaßt werden. Gewünscht wird auch von den Antragstellern nur eine unmittelbare Unterrichtung der betroffenen Rechtsanwälte und Angeklagten unter völligem Beiseitelassen des Gerichts.

Die Hauptverhandlung wird am 29. 3. 77, 9.00 Uhr fortgesetzt. Ich bin Ihnen sehr verbunden, wenn Ihre Antwort noch im Verlauf dieser Woche hier eingehen könnte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dr. Foth)

Richter am Oberlandesgericht



JUSTIZMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Justizministerium Baden-Würtlemberg · Postfach 537 · 7000 Stuttgart 1

Durch Sonderboten! An den Vorsitzenden des 2. Strafsenats beim Oberlandesgericht Stuttgart Herrn Richter am Oberlandesgericht Dr. Foth Urbanstr. 18

Oberlandsspericht Stuttgatt

Stuttgart, din 28. Marz 1977

Fernsprecher (07 11) 21 93 - 2759

(Durchivahl)

(Bitte bei Antworr angeben)

Aktenzeichen: 410 E - 120/73

7000 Stuttgart

Betr.: Strafsache gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin,

Jan-Carl Raspe;

hier: Abhören von Gesprächen zwischen Angeklagten

und ihren Verteidigern

Bezug: Ihr Schreiben vom 22. März 1977

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Zu Ihrem vorgenannten Schreiben, mit dem Sie aufgrund entsprechender Anträge der Verteidigung um ergänzende Aufklärung bitter, versichere ich vorweg, daß ich volles Verständnis für die Haltung des Senats und der Verteidigung habe. Ich möchte aber betonen, daß die beiden Abhöraktionen in der Vollzugsanstalt Stuttgart als Mittel der vorbeugenden Verbrechensverhütung rein präventiver Natur waren und deshalb keinen Bezug zu dem beim 2. Strafsenat anhängigen Verfahren hatten.

Zu den zusätzlichen Fragen nehme ich im Einvernehmen mit dem Herrn Innenminister wie folgt Stellung:

- 1. Im Mehrzweckgebäude sind keine Gespräche abgehört worden.
- 2. Es war angeordnet worden, daß die Gespräche zwischen den Angeklagten Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe und den von ihnen gewählten Verteidigern befristet abgehört werden sollen. Nach dem Besucherbuch der Vollzugsanstalt Stuttgart sind die Angeklagten in den beiden fraglichen Zeiträumen von den Verteidigern Becker, Chotjewitz, Dr. Croissant, Düx, Haag, Köncke. Müller, v. Plottnitz, Riedel, Ripke, Ströbele, Temming, Tilgener, Schily und Weidenhammer besucht worden. Ob alle Ganannten von den Abhörmaßnahmen auch tatsächlich betroffen worden sind, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Die Bandaufzeichnungen sind - von der unter Ziff. 3 genannten Ausnahme abgesehen weisungsgemäß unverzüglich nach dem Abhören gelöscht worden, da sie keine Hinweise auf nöglicherweise geplante schwere Straftaten enthielten. Auch gibt es keine schriftlichen Vermerke darüber, wessen Gespräche abgehört worden sind. Eine Schlußfolgerung dahin, daß alle Gespräche der Angeklagten mit den obengenannten Verteidigern überwacht worden sind, kann also nicht gezogen werden.

Alsbaldige Löschung der Bänder und Unterlassen schriftlicher Aufzeichnungen waren geboten, um den präventiven Eingriff so gering wie möglich zu halten. Zugleich sollte verhindert werden, daß über den alleinigen Zweck der Gefahrenabwehr hinaus die Tatsache der Abhörung Verwendung finden könnte. Dies entsprach dem Interesse am Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen den Angeklagten und den von ihnen gewählten Verteidigern. Das Landeskriminalamt hat sich damit streng an die Voraussetzungen des § 34 StGB gehalten, von dem die Angemessenheit des Mittels im Verhältnis zu der drohenden Gefahr verlangt wird:

3. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg ist lediglich noch im Besitz der Tonbandaufzeichnung eines Gesprächs vom 29. April 1975 zwischen Ulrike Meinhof und einem inzwischen aus anderen Gründen gemäß § 138 a StPO vom Verfahren ausgeschlossenen Verteidiger. Dabei hat Ulrike Meinhof die Möglichkeit der Geisel-

nahme eines Kindes erwähnt.

Das Innenministerium und das Landeskriminalamt beabsichtigen nicht, diese Aufzeichnung dem von ihr Betroffenen zur Verfügung zu stellen, zumal das Gespräch am Verfahren nicht mehr beteiligte Personen betrifft.

4. Die Abhörmaßnahmen, die ausschließlich der Verhütung schwerer Straftaten dienten, haben den hinreichenden Verdacht einer konkret geplanten strafbaren Handlung nicht ergeben. Schon deshalb kamen strafprozessuale Maßnahmen nicht in Betracht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Unins

Band 814/Lö 3459 / 211

Der Angeklagte Baader erscheint um 10.00 Uhr im Sitzungssaal.

V.: Herr Wackernagel, wir kennen uns ja schon. Herr Wackernagel, wessen Hilfsperson sind Sie heute?

Wessen Hilfsperson sind Sie heute?

Herr Wackernagel: Für Herrn Weidenhammer.

V.: Von Herrn Rechtsanwalt Weidenhammer.

RA.Wei.: Ja.

V.: Jawohl, Sie erklären das auch, Herr Rechtsanwalt Weidenhammer. Wird nach dieser Pause eine Erklärung gewünscht? Soll eine Erklärung abgegeben werden?

OStA Holland erscheint um 10.01 Uhr wieder im Sitzungssaal.

- V.: Herr Rechtsanwalt Schwarz, wollen Sie etwas....
- RA. Schw.: Ich stelle eine Erklärung zurück.
- V.: Ja, wenn ich fragen darf, wohinter, Herr Rechtsanwalt Schwarz?

Ich sehe im Augenblick keine Wortmeldung.

- RA Schn.: Ja, ich stelle auch die Erklärung zurück, hinter die Bank vis a'vis.
- V.: Gut. Also jetzt habe ich gerade ein Handzeichen, ein Handzeichen von Herrn Baader gesehen.
 Wollen Sie etwas erklären, Herr Baader, zu diesen Dingen, die wir hier jetzt verhandelt haben?
- Angekl.Ba.: Ich weiß nicht, was Sie verhandelt haben. Wollen Sie mich nicht unterrichten, erstmal?
- V.: Ja, Sie sind ja, Sie wissen ja, wie das ist; vollgültig wird unterrichtet, wenn Sie wieder voll verhandlungsfähig sind; so steht es im 231 a drin. Aber ich kann Ihnen gerne sagen: Wir haben in letzter Zeit verhandelt....
- Angekl.Ba.: Nein, nicht in letzter Zeit, sondern jetzt unmittelbar.
- V.: Jetzt unmittelbar? Ja, sicher, jetzt unmittelbar haben wir verhandelt über diese Abhörungen. Ich habe heute ein Schreiben an den Herrn Justizminister Dr. Bender das ich an ihn gerichtet habe verlesen, und ich habe das Antwortschreiben des Herrn Justizminister Dr. Bender vom 28.März verlesen. Hierbei geht es um die Abhörungen, die in der Vollzugsanstalt

Band 814/Lö

-Vorsitzender-

Stuttgart-Stammheim stattgefunden haben.

Also wenn Sie was erklären wollen, dann haben Sie die Gelegenheit dazu.

Angekl.Ba.: Ja, soviel ich weiß, gibt es Anträge auf Einstellung des Verfahrens. Haben Sie die beschieden, inzwischen?

V.: Anträge ist zuviel gesagt. Herr Rechtsanwalt Dr. Temming hat am - Augenblick - hat hier an das Gericht einen Antrag gestellt, er beantrage die Einstellung des Verfahrens - außerhalb der Hauptverhandlung hat er das gestellt - . Ich habe das der Bundesanwaltschaft zur Stellungnahme zugeschickt, nicht zuletzt deshalb, weil dieser Antrag natürlich verfahrensrechtliche Probleme aufwirft. Den Rechtskundigen im Saale ist sicher bewusst, daß der § 260 Abs. III StPO vorsieht, daß bei fortwährender Hauptverhandlung über etwaige Einstellungen durch Urteil entschieden wird, nicht durch Beschluß. Und Urteil ergeht, nach den üblichen Regeln der Strafprozeßordnung, mit vorherigen Plädoyers und dergleichen mehr, so daß im Augenblick die Frage noch nicht zu entscheiden ist; wir werden uns der Frage stellen. Aber, wie gesagt, bis jetzt ist es in dem Stadium, daß ich diesen Antrag der Bundesanwaltschaft mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet habe.

Ein sonstiger Einstellungsantrag liegt nicht vor; also von Anträgen kann man nicht reden, Herr Baader. Ja, ich...

Angekl.Ba.: Na gut, dann...

V.: ich bin ganz Ohr, ja.

Angekl.Ba.: ... dann habe ich vor, einen Antrag zu stellen.

V.: Bitte.

Angekl.Ba.: Und zwar - zum ersten Mal übrigens -

Brandt und Schmidt als Regierungschefs der Regierung Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher zu laden zum Beweis....

V.: Also die Herren Brandt und Schmidt.., Scheel war bloß Erklärung, also daß ich es richtig mitbekomme.

Angekl. Ba.: Das ist keine Erklärung, das ist ein Antrag.

V.: Auch Herrn Scheel zu laden?

Angekl.Ba.: Ich kann Sie nicht verstehen. Ich sagte Brandt und Schmidt....

V.: Brandt und Schmidt, gut. Angekl. Baa.: ...

als Regierungschefs der Regierung Brandt/ Scheel und Schmidt/Genscher zu laden zum Beweis, dass

- 1. die RAF seit 1972 nach einer grundgesetzwidrigen und grundgesetzfeindlichen Konzeption der antisubversiven Kriegsführung verfolgt wird, die technisch, methodisch und organisatorisch dem internationalen Standard der amerikanischen Counterinsurgency entspricht und die a. die repressive und manipulative 'Immunisierung' das ist ein Brandt-Zitat der Gesellschaft gegen antikapitalisitsche Fundamentalopposition bezweckt und die
 - b. durch eine komplexe Strategie politischer, wirtschaftlicher, militärpolitischer und juristischer
 Initiativen auf die Integration der Apparate der
 'inneren und äußeren Sicherheit' und der staatlichen
 Datenverarbeitssysteme innerhalb der Nato-Staaten
 zielt, um die permanente Einmischung der amerikanischen Außenpolitik in die inneren Angelegenheiten
 der westeuropäischen Länder zu institutionalisieren,
 die
 - c. dass in diesem Zusammemang die Bundesrepublik sich z. B. in die inneren Angelegenheiten Griechenlands eingemischt hat, indem sie den EG-Beitritt Griechenlands und die Gewährung eines Millionenkredits mit einem Auslieferungsbegehren gegen Pohle verbunden hat, dass
 - d. unmittelbar den Zweck hat, die kommunistischen und radikaldemokratischen Widerstandsgruppen zu neutralisieren und zu vernichten, die sich seit dem Zerfall der legalen Vietnamopposition clamestin organisiert und bewaffnet haben, um gegen die amerikanische Strategie gegenüber dem Süden, dem Osten und den Arbeitern Westeuropas, die die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik direkt bestimmt, zu kämpfen.
- 2. Dass über Counterinsurgency Beratungen mit amerikanischen

- Angeklager Baader -

Regierungsstellen stattgefunden haben und daß in die Entscheidungsabläufe der antisubversiven Aktion

- der Stab des Oberkommandierenden der US-Armee in der Bundesrepublik,
- amerikanische Regierungspolitiker, Diplomaten und Geheimdienstbeamte,
- das NATO-Generalsekretariat in Brüssel und
- das Action Committee der NATO (AC 46), in das seit 1971/72 die Führungsebene der Nachrichtendienste der Bundesrepublik integriert ist, und außerdem
- das PSV-Referat in der Stabsabteilung III des Führungsstabs der Streitkräfte einbezogen waren; dass
- 3. amerikanische Spezialeinheiten für Counterinsurgency in der Bundesrepublik operieren, unter anderem die offiziell seit August 1975 als Marineattaches der US-Botschaft in Bad Godesberg zugeteilten Spezialisten für Gegenaktionen, z.B. Entführungenen, daß
- 4. über Counterinsurgency im europäischen Rat, in der europäischen Innen und Justizministerkonferenz und den entsprechenden politischen und militärischen Gremien der NATO ein Konsens
 hergestellt wurde, an dessen Zustandekommen die Bundesrepublik initiativ beteiligt war;
 daß
- 5. a. im Rahmen der Konzeption der antisubversiven Aktion auf Initative der amerikanischen Regierung und Armee über die Bundesrepublik zuerst bilateral gegenüber westeuropäischen Staaten, dann innerhalb der militärischen und politischen europäischen Metaorganismen der NATO und der EG durchgesetzt wurde, Spezialeinheiten aufzustellen, die nach einer einheitlichen Doktrin und nach einheitlichen technischen und strategischen Gesichtspunkten eingesetzt werden und daß
 - b. in der Bundesrepublik die Antiterroreinheiten GSG 9, MEK's, in Baden-Württemberg die OEG's, usw. und die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei in Zusammenarbeit mit amerikanischen Dienststellen konzipiert wurden; daß

- 6. leitende und ausführende Angehörige dieser Einheiten an amerikanischen Special Warfare Schulen in den USA von der Armee und Geheimdiensten in Strategie und Taktik der antisubversiven Kriegsführung ausgebildet worden sind und daß sie dort in der Anwendung von Techniken der psychologischen Kampfführung geschult wurden, zu denen wissenschaftlich entwickelte Methoden der Manipulation von Massenkommunikation und Meinungsbildung gehören;
- 7. im Rahmen der antisubversiven Aktion Kampagnen in den Massenmedien nach den Strategien der psychologischen Kriegsführung
 zentral beschlossen und gesteuert werden und daß Falschmeldungen wie
 - die RAF hätte geplant, in der Stuttgarter Innenstadt drei Bomben zu zünden (im Juni 72)
 - die RAF hätte geplant, während der Fußballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fußballstadien durchzuführen (im Sommer 74)
 - c. die RAF hätte geplant, das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften (im Sommer 74)
 - d. die RAF hätte Senfgas gestohlen und geplant, das Gas einzusetzen
 - e. das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude in Stockholm selbst gesprengt (im April 75)
 - g. die RAF hätte einen Überfall auf einen Kinderspielplatz und die Geiselnahme von Kindern geplant (das war erst kürzlich)
 - die RAF hätte Angriffe auf Kernkraftwerke und den Einsatz nuklearer, chemischer und bakteriologischer Waffen geplant (seit Januar 76 kontinuiærlich)
 - die RAF hätte geplant, den Bodensee mit atomarem Müll zu verseuchen (1975)
 - und Provokationen von Nachrichtendiensten wie die Sprengstoffanschläge auf Hauptbahnhöfe (Bremen Dezember 74, Hamburg September 75, Nürnberg, Augsburg, München und Köln) außerdem
 - Sprengstoff- bzw. Brandanschläge auf die gerichtlich bestellen Zwangsverteidiger Langner in Hamburg und Peters

Band 814/Lö

- Angeklagter Baader -

in Düsseldorf

im Zusammenhang der Fahndung und der Prozesse initiert worden sind,

um...

V.: Ich darf kurz unterbrechen.

Herr Rechtsanwalt Müller, ich sehe Sie gerade; Sie sind Verteidiger, Sie haben selbstverständlich die Gelegenheit und ich würde es begrüßen, wenn Sie als Verteidiger da Platz nehmen, wo Verteidiger in der Hauptverhandlung sich üblicherweise niederlassen.

RA Müller: (aus dem Zuschauerraum)

Ich möchte als Zuschauer teilnehmen, Herr Vorsitzender.

V.: Ja, ich kann Sie nicht daran hindern, bitte.

Herr Baader, fahren Sie bitte fort.

Angekl. Baa.: ...im Zusammenhang der Fahndung und der Prozesse initiiert worden sind.

um - und jetzt Zitat -

"diese Gruppen völlig zu entsolidarsieren, sie von all dem zu isolieren, was es sonst an radikalen Meinungen in diesem Lande auch geben mag. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben."

Das ist Ehmke, als Chef des Kanzleramts Koordinator der Geheimdienste, im Bundestag am 7.6.72.

"den Sumpf auszutrocknen - und ich sage es ganz hart - aus dem die Blüten der Baader-Meinhof-Bande empor- gestiegen sind."

Das ist Kohl.

"...eine scharfe, unzweideutige, klare Trennung zwischen den Mitgliedern dieser Bande und der gesamten übrigen Bevölkerung..." zu ziehen.

Das ist Carstens.

"es kommt - ich spreche es aus - auf Infiltration in die Sympathisantengruppen hinein an." Das ist Schmidt in einer Regierungserklärung.

"Aktionen gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, das Sympathisantenpositionen abgedrängt werden." Herold, im Januar 72.

- Angeklagter Baader -

"die Nervenknoten des Gegners herauszuisolieren und sie dann gezielt mit Maßnahmen anzugehen, sie zu paralysieren und zu neutralisieren." Das ist Herold auf dem Hessenforum.

und dass

Planung und Einsatz dieser Kampagnen den im ISC-Report vom Mai 1975 für den Natobereich festgestellten Richtlinien zur "Entsolidarisierung, Isolation und Eliminierung" der illegalen Gruppen entspricht.

8. daß innerhalb der antisubversiven Aktion die Justiz nicht nach ihrem im Grundgesetz postulierten Auftrag eingesetzt wird, nicht dritte Gewalt und unabhängig ist, sondern als ein geschlossener Instanzenzug handelt, der den Direktiven der Regierung unmittelbar unterliegt und über ein Netz von Sondergerichten und besonderen Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften, an deren Aufbau, Personalführung und Indoktrinationen der Generalbundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt unmittelbar beteiligt sind, einer umfassenden Planung im Rahmen der Counterinsurgency unterliegt,

daß

9. zu diesem Zweck

in der Justizpressekonferenz Karlsruhe ein Netz von Staatsschutzjournalisten institutionalisiert wurde, das die Funktion hat, die Rezeption der Prozesse über eine homogene Berichterstattung zu steuern und

b. versucht wurde, über die Chefredaktuerskonferenz die Prozeßberichterstattung nach der Direktive des Generalbundesanwalts, "daß die Journalisten sich darauf beschränken, Mittler sein zu wollen, zwischen Polizei, Staatanwaltschaft und Bevölkerung" zu strukturieren;

dass

10. die Verurteilung der Gefangenen durch gezielte Falschmeldungen, Indiskretionen, lancierte Gerüchte und die Veröffentlichung von Prozeßakten nach Methoden der psychologischen Kriegsführung vorbereitet und gestuert wurde, und daß zu diesem Zweck

- Angeklagter Baader -
- 11. die Erhebung der Aklage 3 1/2 Jahre verschleppt und das Verfahren gegen die RAF in einzelne Prozesse aufgespalten worden ist, die nach politisch propagandistischen Gesichtspunkten terminiert wurden, und daß
- 12. in einer koordinierten Maßnahme
 - a. ein Gesetz zum Ausschluß von Verteidigern, zur Beschrähkung der Zahl der Verteidiger auf drei und zum Verbot der Kollektivverteidigung verabschiedet wurde,
 - b. der Ausschluß Croissants, Groenewolds und Ströbeles aus dem Stammheimer Prozeß von der Bundesanwaltschaft zum"taktisch günstigsten Zeitpunkt" (Buback) veranlasst und durchgesetzt wurde, daß
 - c. durch eine gezielte Pesonalpolitik die Ehrengerichte der Anwaltskammern in Hamburg und Frankfurt neu besetzt wurden, und daß
 - d. Zwangsverteidiger bestellt wurden, an deren Auswahl die Anklagebehörde z. T. unmittelbar beteiligt war, um eine effektive oder auch nur auf den Prozeß vorbereitete Verteidigung zu verhindern, daß
 - e. Gespräche zwischen Vertrauensverteidigern und Angeklagten und die Kanzleien, Wohnungen und Telefone der Anwälte abgehört worden sind, um Initiativen der Verteidigung innherhaß und außerhalb des Prozesses unterlaufen zu können und daß nach den Erkenntnissen der abgehörten Gespräche
 - 1. Zeugenaussagen beeinflusst bzw. Entlastungszeugen aus dem Prozeß ferngehalten wurden und
 - 2. Freunde, Bekannte und Angestellte von Rechtsanwälten von Nachrichtendiensten angesprochen wurden um sie anzuwerben (Wolfgang Pfeiffer, Natascha Zerrer und Ingrid Doctors unter anderem) und daß
 - f. Croissant und Ströbele gezielt verhaftet wurden, um eine Reihe internationaler Pressekonferenzen zu verhindern, die sie organisiert hatten, um die Öffentlichkeit

Band 814/Lö

- Angeklagter Baader -

der westeuropäischen Staaten über die Staatsschutzprozesse in der Bundesrepublik und die Verantwortlichkeit der Bundesanwaltschaft für den Tod von Holger Meins und Siegfried Hausner zu informieren, daß

- 13. infolge der Beweisnot im Stammheimer Verfahren auf Initiative des Bundeskriminalamts ein Kronzeugengesetz nach den Bedingungen Müllers projektiert wurde, das erst mit der Einsicht des Gemralbundesanwalts, daß im Rahmen der Staatsschutzjustiz keine Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung besteht, weil es einfacher schien, mit Hilfe nachrichtendienstlicher Mittel ungesetzlich Kronzeugen zu produzieren, wieder verworfen wurde, und daß
- 14. auf Weisung des Generalbundesanwalts dem Hamburger Gericht die Akten über das Geständnis Müllers vorenthalten und von Bundesjustizminister Vogel mit einem Sperrvermerk versehen wurde, um einen Freispruch Müllers von der Anklage des Mordes, den er zur Bedingung seiner Aussage in Stammheim gemacht hatte, zu ermöglichen, daß
- 15. die Bundesanwaltschaft als die Schaltstellte, die die justiziell öffentliche Verwertung nachrichtendienstlicher Aktionen mit der Regierungspolitik koordiniert, über die Abhöraktion und ihre wesenstlichen Ergebnisse von Anfang an informiert war, und zwar
 - a. unmittelbar durch die Berichte des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes,
 - b. durch die Informationspflicht des Bundeskriminalamts, demgegenüber eine Informationspflicht der Landeskriminalämter besteht,
 - c. über die Lagebesprechung, die monatlich zwischen dem Generalbundesanwalt und den Leitern der drei westdeutschen Nachrichtendienste stattfindet und die insituiert ist, daß
- 16. im Rahmen der Fahndung und der Vorbereitung öffentlicher Hauptverhandlungen

- Angeklager Baader -

Gefangene zur Informationsbeschaffung Methoden der psychischen, medikamentösen und physischen Aussageerpressung unterworfen wurden und aß Programme der sensorischen Deprivation, der Isolation der Gruppenisolation, der Stressmanipulation mit dem Ziel eingesetzt worden sind, die Angeklagten psychisch und intellektuell zu brechen und daß diese Programme durch eine vollständige Überwachung jeder Lebensäußerung und aller Kontakte der Gefangenen innerhalb ihrer Zellen, in den Anwalts- und Besuchszellen, aber auch in den Käfigen, in denen wir uns im Freien bewegen können, von Psychiatern und besonders ausgebildeten Staatsschutzbeamten ausgewertet und gesteuert wurden und daß die Konzeption, Auswertung und Weiterentwicklung dieser Programme und ein Austausch der Ergebnisse mit wissenshaftlichen Forschungsprojekten - wie z. B. den Projekten des Sonderforschungsbereichs 14 der Universität in Hamburg-Eppendorf - abgestimmt wird, daß

- d. z. B. die Unterbringung von Ulrike Meinhof und später von Ulrike und Gudrun im Toten Trakt in Köln-Ossendorf von einem Forschungsprojekt an der Hamburger Universität begleitet wurde ("das ist das Projekt 8 A: soziale Interaktion in einer modellhaften inkompatiblen Gruppensituation unter besonderer Berücksichtigung der Aggressivität") begleitet wurde, in dem die Lebens- und Interaktionsbedingungen der beiden Gefangenen in Ossendorf exakt simuliert wurden, daß
- 17. die Einführung des § 231 a, der es ermöglicht, in Zukunft die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten nach einem nichtöffentlichen, sogenannten "Anhörungstermin" durchzuführen,

und

die Sondergesetze § 138 und § 146, die es ermöglichen, Verteidiger auf bloßen Verdacht der Anklagebehörde hin auszuschließen, den Zweck haben, diese Methoden des Staatsschutz nicht öffentlich werden zu lassen; daß

18. Formulierungen wie —
ich muß dazu sagen, daß im Besonderen – zu der Frage der Unter-

bringung - dass im Besonderen Ulrike Meinhof wegen ihrer Orientierungsfunktion innerhalb der außerparlamentarischen Opposition seit der Antiatombewegung und wegen ihrer Funktion innerhalb der Gruppe nach ihrer Verhaftung auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft 8 Monate lang im akkustisch isolierten Trakt psychiatrischer Folter unterworfen wurde, um sie zu brechen und zu psychiatrisieren, und daß ihr Bewußtsein, als dieses Projekt dann ihrem Widerstand und den Anwälten scheiterte, durch eine stereotaktische Gehirnoperation zerstört werden sollte; daß

18. Formulierungen wie...

V.: Herr Baader, wir sind mindestens bei 19. jetzt oder sogar 20., nur, daß Ihre Nomenklatur nicht durcheinander kommt.

Angekl. Baa.: Bitte? Was sagen Sie?

V.: Jetzt kommt mindestens 19., wenn nicht 20...

Angekl. Baa.: Nein, nein, das gehört noch...

V.: .. Wir wollen klar sein, daß wir dann das selbe meinen.

Angekl. Baa.: ...das gehört noch unter 16. Also 18. ...

V.: Also 18. war, daß insbesondere Frau Meinhof nach ihrer Verhaftung 8 Monate lang usw., das habe ich unter 18. ...

Angekl. Baa.: Das gehört, das nehmen wir als, zwischen, unter Ziffer 16.

V.: Also Sie wollen zurückgehen auf Ziffer 16, gut.

Angekl. Baa.:... daß

18. Formulierungen wie

"das Äußerste dagegen unternehmen"

"bis an die Grenzen des Rechtsstats"

"mit allen Mitteln, diese Gruppen zu tilgen"

"härtestes Durchgreifen des Staates, der sich in einer Verteidigungsposition nicht scheuen kann, selbst zu töten" (das ist Schmidt in der Regierungserklärung vom 13. 3. 75), daß diese Formulierungen die Entscheidung und den Konsens auf höchster Regierungsebene ausdrücken, innerhalb der antisubversiven Aktion Mitglieder illegaler Gruppen im In- und Ausland und Gefangene gezielt und verdeckt zu töten; und daß

19. der Tod von Ulrike Meinhof
Holger Meins
Siegfried Hausner und
Ullrich Wessel
eine Konsequenz dieser Entscheidung ist; daß

- Angeklagter Baader -

20. für die Dramaturgie des Todeszeitpunkts von Ulrike Meinhof maßgebend war,

eine bevorstehende Kommandoaktion zur Befreiung der Stammheimer Gefangenen, über die die Nachrichtendienste informiert waren.

der Austausch der Stammheimer Gefangenen, um den sich die DDR bemüht hatte,

der Druckerstreik, der Druckerstreik,

die unmittelbar davor von den Gefangenen im Prozeß gestellten Beweisanträge und die Zeugenladungen der ehemaligen amerikanischen Geheimdienstmitglieder Agee, Peck, Osborne, Thomas, die

- die begrenzte Souveränität der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA,
- die Durchdringung von Regierung, Parteien und Gewerkschaften durch amerikanische Geheimdienste und
- die Rolle der Bundesrepublik im Rahmen der amerikanischen Globalstrategie im Allgemeinen und im Besonderen während des Vietnamkriegs über die Abhängigkeit ihres Regierungschefs zum Thema hatten, daß
- 21. die Entscheidung, neben der gesamten, über das Bundeskriminalamt und die Sonderkomminssiom zentral geführten Polizei, dem Bundesgrenzschutz, den Spezialeinheiten der Bundeswehr und den Medien auch die Justiz, Teile der amerikanischen Armee, alle deutschen und amerikansischen Nachrichtendienste und alle, oder "äußerste nachrichtendienstliche Mittel im Rahmen von international organisierter Counterinsurgency einzusetzen, die Maßnahmen der Regierung gegen die Gruppe als eine verdeckte, menschenrechtswidrige Kriegshandlung definiert, gegen die, weil in ihr die Verfassung der Bundesrepublik beseitigt ist, Widerstand legitim ist.

Der Angeklagte Baader übergibt den verlesenen Beweisantrag als Anlage 3 zu Protokoll. (mit einer Dokumentation zum Beweisantrag).

V.: Will zu diesen Beweisanträgen oder zu dem vor den Beweisanträgen Erörterten sonst irgendetwas erklärt werden; zu den Beweisanträgen, insbesondere natürlich die anderen Herrschaften, die Bundesanwaltschaft, dann die zurückAn das
Oberlandesgericht
7000 Stuttgart

Aktenzeichen: 2 StE (OLG Stgt) 1/74

Wir beantragen - übrigens zum ersten Mal - Brandt und Schmidt als Regierungschefs der Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher zu laden zum Beweis, dass

- 1. die RAF seit 1972 nach einer grundgesetzwidrigen und grundgesetzfeindlichen Konzeption der antisubversiven Kriegsführung verfolgt wird, die technisch, methodisch und organisatorisch dem internationalen Standard der amerikanischen Counterinsurgency entspricht und die
 - a. die repressive und manipulative 'Immunisierung' (Brandt) der Gesellschaft gegen antikapitalistische Fundamentalopposition bezweckt und die
 - b. durch eine komplexe Strategie politischer, wirtschaftlicher, militärpolitischer und juristischer Initiativen auf die Integration der Apparate der 'inneren und äußeren Sicherheit 'und der staatlichen Datenverarbeitungssysteme innerhalb der Nato-Staaten zielt, um die permanente Einmischung der amerikanischen Außenpolitik in die inneren Angelegenheiten der westeuropäischen Länder zu institutionalisieren, die
 - c. dass in diesem Zusammenhang die Bundesrepublik sich z.b. in die inneren Angelegenheiten Griechenlands eingemischt hat, indem sie den EG-Beitritt Griechenlands und die Gewährung eines Millionenkredits mit einem Auslieferungsbegehren gegen Pohle verbunden hat, dass
 - d. unmittelbar den Zweck hat, die kommunistischen und radikaldemokratischen
 Widerstandsgruppen zu neutralisieren
 und zu vernichten, die sich seit dem
 Zerfall der legalen Vietnamopposition

clandestin organisient und bewaffnet haben, um gegen die amerikanische Strategie gegen- über dem Süden, dem Osten und den Arbeitern Westeuropas, die die Innen - und Aussenpolitik der Bundesrepublik direkt bestimmt, zu kämpfen.

- über Counterinsurgency Beratungen mit amerikanischen Regierungsstellen stattgefunden haben und dass in die Entscheidungsabläufe der antisubversiven Aktion
 - der Stab des Oberkommandierenden der US-Armee in der Bundesrepublik,
 - amerikanische Regierungspolitiker, Diplomaten und Geheimdienstbeamte,
 - das NATO-Generalsekretariat in Brüssel und
 - das Action Committee der NATO (AC 46), in das seit 1971/72 die Führungsebene der Nachrichtendienste der Bundesrepublik integriert ist, und
 - das PSV-Referat in der Stabsabteilung III des Führungsstabs der Streitkräfte (FüS) einbezogen waren; dass
- 3. amerikanische Spezialeinheiten für Counterinsurgency in der Bundesrepublik operieren, unter anderem die offiziell seit August 1975 als Marineattachés der US-Botschaft in Bad Godesberg zugeteilten Spezialisten für 'Gegenaktionen, z.b. Entführungen ', dass
- 4. über Counterinsurgency im europäischen Rat, in der europäischen Innen und Justiz- ministerkonferenz und den entsprechenden politischen und militärischen Gremien der NATO ein Konsens hergestellt wurde, an dessen Zustandekommen die Bundesrepublik initiativ beteiligt war; dass
- Aktion auf Initiative der amerikanischen Regierung und Armee über die Bundesrepublik zuerst bilateral gegenüber westeuropäischen Staaten, dann innerhalb der militärischen und politischen europäischen Metaorganismen der NATO und der EG durchgesetzt wurde, Spezialeinheiten aufzustellen, die nach einer einheitlichen Doktrin und nach einheitlichen technischen und strategischen Gesichtspunkten eingesetzt werden und dass
 - b. in der Bundesrepublik die Antiterroreinheiten GSG 9, MEK's, in Baden-Württemberg die OEG's, u.s.w. und die Umwandlung des Bundesgrenz-schutzes in eine Bundespolizei in Zusammen-arbeit mit amerikanischen Dienststellen kon-

zipiert wurden; dass

- 6. leitende und ausführende Angehörige dieser Einheiten an amerikanischen Special Warfare Schulen in den USA von der Armee und Geheimdiensten in Strategie und Taktik der antisubversiven Kriegsführung ausgebildet worden sind und dass sie dort in der Anwendung von Techniken der psychologischen Kampfführung geschult wurden, zu denen wissenschaftlich entwickelte Methoden der Manipulation von Massenkommunikation und Meinungsbildung gehören; dass
- 7. im Rahmen der antisubversiven Aktion Kampagnen in den Massenmedien nach den Strategien der psychologischen Kriegsführung zentral beschlossen und gesteuert werden und das Falschmeldungen wie
 - a. die RAF hätte geplant, in der Stuttgarter Innenstadt drei Bomben zu zünden (Juni 72)
 - b. die RAF hätte geplant, während der Fußballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fußballstadien durchzuführen (Sommer 74)
 - c. die RAF hätte geplant, das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften (Sommer 74)
 - d. die RAF hätte Senfgas gestohlen und geplant, das Gas einzusetzen (Sommer 75)
 - e. das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude in Stockholm selbst gesprengt (April 75)
 - f. es gäbe 'Spannungen' innerhalb der Gruppe der Angeklagten (Feb. 72, und seit Ulrike Meinhofs Tod)
 - g. die RAF hätte einen Überfall auf einen Kinderspielplatz und die Geiselnahme von Kindern geplant (März 77)
 - h. die RAF hätte Angriffe auf Kernkraftwerke und den Einsatz nuklearer, chemischer und bakteriologischer Waffen geplant (seit Januar 76)
 - i. die RAF h\u00e4tte geplant, den Bodensee mit atomarem M\u00fcll zu verseuchen (Spiegel Nr. 39/75)
 - und Provokationen von Nachrichtendiensten wie
 - j. Sprengstoffanschläge auf Hauptbahnhöfe (Bremen Dezember 74, Hamburg September 75, Nürnberg, Augsburg, München, Köln)

k. Sprengstoff- bzw. Brandanschläge auf die gerichtlich bestellten Zwangsverteidiger Langner in Hamburg (19. Juni 76), Peters in Düsseldorf (16.2.77)

im Zusammenhang der Fahndung und der Prozesse
initiiert worden sind,
um

'diese Gruppen völlig zu entsolidarisieren, sie von all dem zu isolieren, was es sonst an radikalen Meinungen in diesem Lande auch geben mag. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben.'

(Ehmke, als Chef des Kanzlersamts Koordinator der Geheimdienste, Bundestag, 7.6.72)

- 'den Sumpf aus(zu)trocknen und ich sage es ganz hart - aus dem die Blüten der Baader-Meinhof-Bande emporgestiegen sind.' (Kohl, Fernsehinterview, 25.4.75)
- '... eine scharfe, unzweideutige, klare Trennung zwischen den Mitgliedern dieser Bande und der gesamten übrigen Bevölkerung ...' zu ziehen. (Carstens, am 25.4.75 im Bundestag)
- 'es kommt ich spreche es aus auf Infiltration in die Sympathisantengruppen hinein an.' (Schmidt, Regierungserklärung 13.3.75)
- 'Aktionen gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, dass Sympathisantenpositionen abgedrückt werden.' (Herold, Chef des BKA während der Innenministerkonferenz, Januar 72)
- 'die Nervenknoten des Gegners heraus(zu)isolieren und sie dann gezielt mit Massnahmen an(zu)gehen, sie (zu) paralysieren, (zu) neutralisieren.' (Herold, Hessenforum, Mai 1975)

und dass

 Planung und Einsatz dieser Kampagnen den im ISC-Report vom Mai 1975 für den Natobereich festgestellten Richtlinien zur 'Entsolidarisierung, Isolation und Eliminierung' der illegalen Gruppen entspricht.

auf Langner, um Margrit Schillers Aussage gegen den Kronzeugen Müller unmittelbar vor dessen Auftritt in Stammheim zu neutralisieren; auf Peters, um die entscheidenden Beweisanträge der Verteidigung in Düsseldorf zu diskreditieren und als Funktion der exemplarischen Hetzkampagne gegen Croissant;

8. dass innerhalb der antisubversiven Aktion die Justiz nicht nach ihrem im Grundgesetz postulierten Auftrag eingesetzt wird, nicht dritte Gewalt und unabhängig ist, sondern als ein geschlossener Instanzenzug handelt, der den Direktiven der Regierung unmittelbar unterliegt und über ein Netz von Sondergerichten und besonderen Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften, an deren Aufbau, Personalführung und Indoktrination der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt unmittelbar beteiligt sind, einer umfassenden Planung im Rahmen der Counterinsurgency unterliegt,

dass

- 9. zu diesem Zweck
 - a. in der Justizpressekonferenz Karlsruhe ein Netz von Staatsschutzjournalisten institutionalisiert wurde, das die Funktion hat, die Rezeption der Prozesse über eine homogene Berichterstattung zu steuern und
 - b. versucht wurde, über die Chefredakteurskonferenz die Prozessberichterstattung nach der Direktive des Generalbundesanwalts, 'dass die Journalisten sich darauf beschränken, Mittler sein zu wollen, zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Bevölkerung' (Buback in Kennzeichen D, 6.5.75) zu strukturieren; dass
- 10. die Vorverurteilung der Gefangenen durch gezielte Falschmeldungen, Indiskretionen, lancierte Gerüchte und die Veröffentlichung von Prozessakten nach Methoden der psychologischen Kriegsführung vorbereitet und gesteuert wurde, dass zu diesem Zweck

- 11. die Erhebung der Anklage 3 1/2 Jahre verschleppt und das Verfahren gegen die RAF in einzelne Prozesse aufgespalten worden ist, die nach politisch propagandistischen Gesichtspunkten terminiert wurden, und daß
- 12. in einer koordinierten Maßnahme
 - a. ein Gesetz zum Ausschluss von Verteidigern, zur Beschränkung der Zahl der Verteidiger auf drei und zum Verbot der Kollektivverteidigung verabschiedet wurde,
 - b. der Ausschluss Croissants, Groenewolds und Ströbeles aus dem Stammheimer Prozess von der Bundesanwaltschaft zum 'taktisch günstigsten Zeitpunkt' (Buback) veranlasst und durchgesetzt wurde,
 - c. durch eine gezielte Personalpolitik die Ehrengerichte der Anwaltskammern in Hamburg und Frankfurt neu besetzt wurden,
 - d. Zwangsverteidiger bestellt wurden, an deren Auswahl die Anklagebehörde z.T. unmittelbar beteiligt war,

um eine effektive oder auch nur auf den Prozess vorbereitete Verteidigung zu verhindern, und dass

e. Gespräche zwischen Vertrauensverteidigern und Angeklagten und die Kanzleien, Wohnungen und Telefone der Anwälte abgehört worden sind, um Initiativen der Verteidigung innerhalb und außerhalb des Prozesses unterlaufen zu können und dass nach den Erkenntnissen der

abgehörten Gespräche
1. Zeugenaussagen beeinflusst bzw Entlastungszeugen
aus dem Prozess ferngehalten wurden (Müller,
Schiller) und

2. Freunde, Bekannte und Angestellte von Rechtsanwälten von Nachrichtendiensten angesprochen wurden um sie anzuwerben (Wolfgang Pfeiffer, Natascha Zerrer, Ingrid Doctors) und dass

- f. Croissant und Ströbele gezielt verhaftet wurden, um eine Reihe internationaler Pressekonferenzen zu verhindern, die sie organisiert hatten, um die Öffentlichkeit der westeuropäischen Staaten über die Staatsschutzprozesse in der Bundes-republik und die Verantwortlichkeit der Bundes-anwaltschaft für den Tod von Holger Meins und Siegfried Hausner zu informieren, dass
- 13. infolge der Beweisnot im Stammheimer Verfahren auf Initiative des Bundeskriminalamts ein Kronzeugengesetz nach Müllers Bedingungen projektiert wurde,

das erst mit der Einsicht des Generalbundesanwalts, dass im Rahmen der Staatsschutzjustiz keine Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung besteht, weil es einfacher schien, mit Hilfe nachrichtendienstlicher Mittel ungesetzlich Kronzeugen zu produzieren, wieder verworfen wurde, dass

- 14. auf Weisung des Generalbundesanwalts dem Hamburger Gericht die Akten über das Geständnis Müllers vorenthalten und von Bundesjustizminister Vogel mit einem Sperrvermerk versehen wurde, um einen Freispruch Müllers von der Anklage des Mordes, den er zur Bedingung seiner Aussage in Stammheim gemacht hatte, zu ermöglichen,
- 15. die Bundesanwaltschaft als die Schaltstelle, die die justiziell öffentliche Verwertung nachrichtendienstlicher Aktionen mit der Regierungspolitik koordiniert, über die Abhöraktion und ihre wesentlichen Ergebnisse von Anfang an informiert war, und zwar
 - a. unmittelbar durch die Berichte des Bundesnachrichtendienst und des Verfassungsschutz,
 - b. durch die Informationspflicht des Bundeskriminalamts, demgegenüber eine Informationspflicht der Landeskriminalämter besteht,
 - c. über die Lagebesprechung, die monatlich zwischen dem Generalbundesanwalt und den Leitern der drei westdeutschen Nachrichtendienste stattfindet
- 16. im Rahmen der Fahndung und der Vorbereitung öffentlicher Hauptverhandlungen
 - a. Gefangene zur Informationsbeschaffung Methoden der psychischen, medikamentösen und physischen Aussageerpressung unterworfen wurden, dass
 - b. Programme der sensorischen Deprivation, der Isolation der Gruppenisolation, der Stressmanipulation mit dem Ziel eingesetzt wurden, die Angeklagten psychisch und intellektuell zu brechen, dass
 - c. diese Programme durch eine vollständige Überwachung jeder Lebensäusserung und aller Kontakte der Gefangenen innerhalb ihrer Zellen,
 in den Anwalts- und Besuchszellen, aber auch,
 in den Käfigen, in denen sie sich im Freien
 bewegen können, von Psychiatern und besonders
 ausgebildeten Staatsschutzbeamten ausgewertet
 und gesteuert wurden und dass die Konzeption,
 Auswertung und Weiterentwicklung dieser Programme und ein Austausch der Ergebnisse mit
 wissenschaftlichen Forschungsprojekten wie

z.B. des Sonderforschungsbereichs 14 der Universität in Hamburg-Eppendorf - abgestimmt wird, dass

- d. beispielsweise die Unterbringung von Ulrike Meinhof und später Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin im Toten Trakt in Köln-Ossendorf von einem Forschungsprojekt an der Hamburger Universitätsklinik begleitet wurde (' Projekt A8: soziale Interaktion in einer modellhaften inkompatiblen Gruppensituation unter besonderer Berücksichtigung der Aggressivität'), in dem die Lebens- und Interaktionsbedingungen der beiden Gefangenen exakt simuliert wurden, dass
- 17. die Einführung des § 231 a, der es ermöglicht, in Zukunft die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten nach einem nichtöffentlichen, sogenannten 'Anhörungstermin 'durchzuführen, und

die Sondergesetze § 138 und § 146, die es ermöglichen, Verteidiger auf bloßen Verdacht hin auszuschließen, den Zweck haben, diese Methoden des Staatsschutznicht öffentlich werden zu lassen; dass

18. Formulierungen wie

' das Äusserste dagegen unternehmen '

' bis an die Grenzen des Rechtsstaats '

' mit allen Mitteln '

' tilgen '

'härtestes Durchgreifen des Staates, der sich in einer Verteidigungsposition nicht scheuen kann, selbst zu töten '(Schmidt, Regierungserklärung 13.3.1975)

die Entscheidung und den Konsers auf höchster Regierungsebene ausdrücken, innerhalb der antisubversiven Aktion Mitglieder illegaler Gruppen im In- und Ausland und Gefangene gezielt und verdeckt zu töten; und dass

19. der Tod von Ulrike Meinhof
Holger Meins
Siegfried Hausner und
Ullrich Wessel
eine Konsequenz dieser Entscheidung ist; dass

- 20. für die Dramaturgie des Todeszeitpunkts Ulrike Meinhofs massgebend war,
 - a. eine bevorstehende Kommandoaktion zur Befreiung der Stammheimer Gefangenen, über die die Nachrichtendienste informiert waren,
 - b. der Austausch der Stammheimer Gefangenen, um den sich die DDR bemüht hatte,
 - c, der Druckerstreik,

dass im besonderen ulrike meinhof wegen ihrer orientierungd-funktion innerhalb der ausserparlamentarischen
opposition seit der antiatombewegung und wegen ihrer
funktion innerhalb der gruppe nach ihrer verhaftung
auf veranlassung der bundesanwaltschaft 8 monate im akustisch
isolierten trakt psychiatrischer; folter unterworfen
wurde, um sie zu brechen und zug
und dass ihr bewusstsein als dieses projekt an kihrem
widerstand und ihren anwälten scheiterte durch eine
stereotaktische gehirnoperation zerstört werden sollte.

- d. die unmit+elbar davor von den Gefangenen im Prozess gestellten Beweisanträge und die Zeugenladungen der ehemaligen amerikanischen Geheimdienstmitglieder Agee, Peck, Osborne, Thomas, die
 - die begrenzte Souveränität der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA,
 - die Durchdringung von Regierung, Parteien und Gewerkschaften durch amerikanische Geheimdienste und
 - die Rolle der Bundesrepublik im Rahmen der amerikanischen Globalstrategie im Allgemeinen und im Besonderen während des Vietnamkriegs zum Thema hatten,

dass

die Entscheidung, neben der gesamten über das BKA und die Sonderkommissionen zentral geführten Polizei, dem BGS, den Spezialeinheiten der Bundeswehr und den Medien auch die Justiz, Teile der amerikanischen Armee (Stgt. Ztg. 30.5.1972 und 3.6.1972 und Stgt. Nachr. 3.6.72 und 5.6.72), alle deutschen und amerikanischen Nachrichtendienste und alle, oder ' äußerste nachrichtendienstliche Mittel im Rahmen von international organisierter Counterinsurgency einzusetzen, die Massnahmen der Regierung gegen die Gruppe als eine verdeckte, menschenrechtswidrige Kriegshandlung definiert, gegen die, weil in ihr die Verfassung der Bundesrepublik beseitigt ist, Widerstand legitim ist.

dokumentation

zum beweisantrag brandt und schmidt zu laden

in stammheim am 29.3.77

13.8.75

Sonderschutz für US-Botschafter

Amerikanische Botschaften in unruhigen Län-

dern sollen künftig von Elite-Einsatzgruppen geschützt werden; die ihre Ausbildung bet der US-Marine erhielten. Wie die New York Times meldete, soll dieses Projekt nach der spektakulären Geiselnahme in der US-Botschaft in Kuala Lumpur beschleunigt vorangetrieben werden. Die Elitetruppe mit der Bezeichnung SEAL" (Abkürzung für Sea-Air-Land) umfabt angebfich 2000 Mann, meistens enemalige Vietnamkämpfer. Ihre Angehörigen sollen als Marineat tachés den Botschaften zugeteilt werden und vermutlich in enger Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst Gla - Aktivitäten von Guerillas und Revolutionären in ihren Gastländern beobachten, deren Regierungen beraten und US-Bürger schützen. Dem Bericht zufolge sind die Elite-Soldaten auch Spezialisten in Gest wie etwa Entfuhrungen. Ihre Einsatzorte sollen die europäische Hauptstädte sowie Länder des Nahen Ostens, Lateinamerikas und des pazifischen Raums werden.

Die amerikanische Regierung hat erneut ihre absolute Opposition gegen jede Asylgewährung für Terroristen unterstrichen. Der Sprecher des Außenministeriums betonte, daß Washington nach wie vor eine internationale Vereinbarung über die Ablehnung jeder Asylgewährung für Terroristen als einzige und wirksame Abschrekkungsmaßnahme befürwortet.

zun punkt 3 : us- spezialeinheiten für counterinsurgancy

über bilaterale *ereinbarungen dann über nato + eg durchsetzung antisubversionsstrategie

durchsetzung eines einheitliche

Terrorismus-Bekämpfung zentrales Thema

Schwedens Justizminister Geijer beendet Besuch der Bundesrepublik

Die BONN, 16. Mai. Im Mittelpunkt cines Gesprächs zwischen Bundesjuslizminisier Vogel und seinem schwedischen Amtskollegen Geijer in Bonn hat ein Austausch der bei der Abwehr des Anachlags auf die deutsche Botschaft in Stockholm und bei der Terrorismus-Bekämpfung in beiden Ländern im allgemeinen gemachten Erfahrungen ge-gtanden. Neue Maßnahmen wurden, wie Geljer zum Abschluß seines dreitägigen Besuchs vor Journalisten mit-teille, dabei nicht diskutiert. Der schwedische Justizminister, der sich Sprengstoffdes Zeitpunkt zum Anschlags im Gebäude der deutschen Sotschaft befunden hatte, hahm bei einem Treffen mit Bundeskanzler Schmidt nuch einmal dessen Dank für seinen persönlichen Einsatz entgegen. Geijer teilte mit, daß der Bundeskanzler Anfang Juli auf Einladung von Ministerpräsident Palme zu einem Besuch Schwedens nach Stockholm kommen werde. Auch Justizminister Vogel habe eine entsprechende Einladung angenommen und werde ihr voraussichtlich im Winter oder im Frühjahr 1978 fol-

Geijer sagte, daß es in Schweden keine mit den Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande vergleichbaren "eigenen" Terroristen gebe. Die Polizei

500

suche nach wie vor nach Sympathisanten der deutschen Anarchisten, und sie habe dabei die Hilfe der schwedischen Bevölkerung, die den Zielen der Terroristen eindeutig ablehnend gegenüberstehe. Auch die Überwachung der Grenzpassanten sei verstärkt worden. Die Zusammenarbeit der schwedischen mit der deutschen Polizei bezeichnete der Minister insgesamt als gut; sie solle fortgesetzt werden.

Zu der Entscheidung der Bundesregierung, bei dem Stockholmer Erpressungsversuch unnachgiebig zu bleiben, gab Geijer keinen Kommentar. Jeder Fall liege anders und erfordere eine spezielle Reaktion, sagte er. Zur Überführung des schwerverletzten Terroristen Hausner in die Bundesrepublik wies der Minister auf Hinweise der Arzte hin, die von einer Transportfähigkeit des später gestorbenen Mannes gesprochen hätten. Von akuter Lebensgefahr sei keine Rede gewesen.

Der schwedische Justizminister interessierte sich nach Angaben des Bundesjustizministeriums bei der Begegnung mit Vogel vor allem auch für Fragen der Justizorganisation in der Bundesrepublik, für die Reformen des Ehe- und Familienrachts sowie des Strafrechts und des Strafvollzugs.

FAZ 17.5.75

Wiener Justizminister bei Vogel

hll. Bonn (Eigener Bericht)
Der österreichische Justizminister Christian
Broda hält sich zu einem zweitägigen Besuch in
Bonn auf. Mit seinem Amtskollegen Hans-Jochen Vogel erörtert er Probleme der Strafrechtsreform, des Adoptionsrechts sowie der Gesetzgebung im Bereich der Ehe- und Familienpolitik. Auch die Möglichkeiten der Bekämpfung des Terrorismus durch Gesetzesänderung
sind Gesprächsthema.

22.7.75

FREGemeinsam ge	gen den Terror/3.8.75	
Treffen zwischen Maihofer und Pe	oniatowski Absprachen angestrebt	<i>t</i> :
rmc. BONN, 12. August. Mit dem für den 22. August anberaumten Gespräch mit dem französischen Innenminister	des flüchtigen Bandenanführers mit dem Namen "Carlos", dessen Aktivitä- ten vornehmlich in Großbritannien und	8
Poniatowski setzt Bundesinnenminister Maihofer seine Bemühungen fort.	Frankreich vermutet werden. Ein weiterer beschäftigt die Sicher-	
durch eine Verstärkung der internatio- nalen Zusammenarbeit den Kampf ge- gen den Terrorismus wirksamer zu ge- stalten. Abnliche Kontakte mit auslän-	heitsbehörden in Gestalt des ehema- ligen Pflichtverteidigers von Andreas Baader im Stammheimer Prozeß, Sieg-	
dischen Sicherheitsbehörden bestehen bereits seit einiger Zeit mit der Schweiz, Italien, Schweden, Dänemark, Belgien	fried Haag, der, nachdem aufgedeckt wurde, daß er für Bader-Meinhof-Ter- roristen Waffen aus der Schweiz illegal	
den Niederlanden und Großbritannien. Die deutsche Absicht, mit einer Initia- tive beim Europäischen Ministerrat auf	beschafft haben soll, im Untergrund verschwand.	
der Ebene der neun Staaten zu einer Koordinierung der Terrorahwehr zu gelangen, soll in absehbarer Zeit eben- falls verwicklicht werden.	Maihofer beabsichtigt, im Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen einen festen Rahmen für die deutsch- französische Zusammenarbeit in der	
Das Treffen zwischen den beiden Ministern wird der Intensivierung vor allem des Informationsaustausches	Terroristenbekämpfung zu stecken. In Bonn wird in erster Linie daran ge- dacht, bestimmte Informationen aus	<i>'</i>
allem des Informationsaustausches über die Aktivitäten von terroristi- schen Verbrecherbanden dienen. Die Zusammenarbeit über die nationalen	der neugebildeten Abteilung Terror des Bundeskriminalamtes, soweit sie auf Aktivitäten von Terroristen außerhalb	
Grenzen ist dringend geboten, seitdem sich auch die Angehörigen der "Anar-cho-Szene" zunemend international be-	der Bundesrepublik hindeuten, auto- matisch an die Behörden des Nachbar- landes weiterzugeben. Mit der gleichen Unterstützung aus Frankreich hofft	
tätigen. Beispiele dafür sind der Fall	man in Bonn.	

Bonn und Paris gemeinsam gegen Terroristen

BONN (Reuter). Durch einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Behörden der Bundesrepublik und Frankreichs wollen sich beide Länder nach Auskunft ihrer Justizminister wirksamer gegen Terrorismus schützen. Auf einer Pressekonferenz mit seinem französischen Kollegen Jean Lecanuet teilte Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel am Donnerstag in Bonn mitt, vor allem müßten die gesetz-lichen Bestimmungen dahingehend geändert werden, daß Täter nach Terroranschlägen entweder ausgeliefert oder abgeurteilt würden. Vogel bezeichnete es als "unerträglich", daß sich Terroristen durch Flucht über die Landesgrenze der Bestrafung entziehen könnten. Lecanuet bestätigte, daß es solche Fäile ge-geben habe. Wie wenig auch sein Land-dagegen gerüstet sei, illustrierte er an einem Beispiel: Wenn die Geiselnehmer nach dem Anschlag auf die französische Botschaft in Den Haag nach Frankreich geflohen wären und dort politisches Asyl erhalten hätten, wären sie der Bestrafung womöglich entgangen.

34. Frankfurter Rundschau

NACHRICHTEN

NATO versucht das internationale Terroristen-Netz zu entwirren

Verfügung gestellt, im Hauptquartier der NATO gesichtet, von einer Regie-rung des Bündnisses Yusammengefabt weise auf mit den Terroristen sympaund an die Regierungen der übrigen 14 Mitgliedstaaten weitergeleitet, Associated Press erhielt Einblick in ein Ex-Darstellung, die unter anderem Hinzusammenfassenden thisierende Staaten enthält. dieser emplar

> existiert ein von mehreren radikalen nales Terroristen-Netz mit weltweiten nen können die verflochtenen terroristische Grupplerungen auf die Hilfe

Nach geheimen Berichten, die Innerhalb der NATO verteilt worden sind,

Ambitionen. Nach diesen Informatio-Regierungen unterstütztes internatio-

anerkannte Bezeichnung. Im Nahen arabischen Revolution". Dies sei jene nationale Netz habe keine allgemein Oster stütze es sich auf den "Arm der In den Berichten heißt es, das inter-

richte wurden von Sicherheitshehörden verschiedener NATO-Länder zur

Informationen für die geheimen Be-

uropa.

Iraks, Syriens, Libyens, der Volksre-publik Südjemen und Kubas zählen

and haben Zugang zu Waffen aus Ost-

Gruppierung, die die Verantwortung vor 26 Jahren in Venezuela geborene Iljitsch Ramirez Sanchez alias Carlos Anführer bei diesem Anschlag war der Martinez, der eine bedeutende Rolle für den Überfall auf die OFEC-Konferenz im Dezember in Wien übernahm. im internationalen Terrorismus spielt.

Zu den maßgeblichen Kräften in dem Netz gehöre auch die von George Habasch geführte Volksfront für die Befreiung Palästinas. Sie soll den Berichten zufolge Mittel und Waffen zur Verfügung gestellt und für Übungs-

aus mehreren Ländern — von Skandi-navien bis Spanien — getroffen hätmöglichkeiten und Fluchtrouten ge-Als weitere aktive Gruppierungen

sorgt haben.

aus Osteuropa sei. Unter anderem stelle sie sowjetische Rakctenwerfer des Tpys RPG-7 zur Verfügung, wie sie von Terroristen in Nordirland verlen Netzes abgewickelt werden. So wird erläutert, daß die Organisation Habaschs Hauptlieferant von Waffen zuzeigen, wie finanzielle und organisa-In den Berichten wird versucht, auftorische Operationen des internationawendet würden. Gruppe in der Bundesrepublik, die japanische Rote Armee" und südametretern der illegalen Irisch-Bepublika-nischen Armee, fürkischen Terrorgruppen und maoistischen und andeverbundenen Organisationen mit Verflechtung gelten die Baader-Meinhofauch Kubaner tätig sind. Europäischer Stützpunkt des Netzes sei Paris, wo untereinander innerhalb der internationalen Verrikanische Organisationen, in denen

ARTUR GAVSHON (AP

ren linksgerichteten Gruppierungen

sich Angehörige der

CZISIISTEN deutsc.

listen hangeln, die schon während ler Verfolgung von Angehörigen fer Baader-Meinhof-Bande einwie am Samstagnachmittag aus ler Einsatzzentrale im Rathaus der Geiselhahme im Olympischen Dorf von Müncheh 1972 und bei von Beilen verlautete, um Sneziadeutschen Beamten soll es sich, gezogenen zu Rate den

Seit Dienstag auf einsamer Strecke in der Nähe von Beilen; der von den ambonesischen Terroristen gekaperte Intercity-Zug

land inhaftierten Ambonesen. Die durch Holland im Kampf um die Unabhängigkeit der Süd-Molukbereit, auf ihre Forderung nach dem Druck von Flugblättern und harrten aber auf ihrer Forderung Ambonesen erklärten sich zwar dem völligen Rückzug aller Polinach freiem Abzug, Unterstützung ken und Freilassung aller in Hol-Am Samstag wurde ein weiterer Versuch, mit den Terroristen m Zug bei Bellen zu verhandeln, zeieinheiten zu verzichten, beabgebrochen. gesetzt waren. ergebnislos

Uyl Sorgen vor weiteren Gewaltakten der Molukker. Niederlande hinzuweisen.

Die Warnungen werden offen-bar sehr ernst genommen. Seit dem Wochenende wird die Grenze

29

. W.

Beilen weiter festhielten, äußerte Regierungschef den WamS/SAD, Amsterdam-Beilen, 6. Dezember schickt, um die Holländer bei der Lösung des doppelten Geiseldramas zu beraten. Während ambonesische Terroristen mehr als 50 Geiseln im indonesischen Konsulat in Amsterdam und im gekaperten Intercity-Zug bei Terror-Spezialisten nach Amsterdam und Beilen ge-Am Samstagnachmittag hat Born deutsche AntiColdaien kontrollieren alle Straßen in der Umgebung des Zuges, in

auf ihre politischen Forderungen Geiselnahmen, um

Wörtlich sagte der niederländische Regierungschef: "Gott möge verhüten, daß noch mehr passiert." In Regierungskreisen zirkulierten am Wochenende Berichte, die fanatisierten Amboneeq planten auch außerhalb der

alle Personenwagen durch-Belgien in ihrer ganzen Länge Autoschlangen bildeten sich auch zwischen den Niederlanden und Aufruhrpolizei scharf überwacht. an den Grenzen zu Luxemburg. belgischen Einheiten der

Niemand weiß, wo er sich gerade aufhält und was er plant, doch als unsichtbarer Gast, als bedeutsames Argument ist er stets präsent, wenn sich europäische Politiker treffen, um dem interna-tional organisierten Terrorismus ein überstaatliches System von Information und Kooperation entgegenzusetzen: Illich Ramirez-Sanchez, genannt "Carlos", weltweit gesucht als dreifacher Mörder, Organisator zahlreicher Bombenattentate und Anführer der Wiener Geiselnahme.

Bundesinnenminister Maihofer, der besonders harmäckig auf einen internationalen Anti-Terrorismus-Pakt" drängt, im August vergange-Hen Jahres in Paris seinen französischen Kollegen Michel Poniatowski besuchte, blieben auch "Carlos", seine Aktivität und die dabei erfahrenen Unzulänglichkeiten staatlicher Abwehr nicht unerwähnt. Einen Monat zuvor nämlich hatten die ahnungslosen Franzosen den Frankfurter Wilfried Böse in Paris mit einem falschen Paß, den er von ebenjenem Carlos erhalten haben will, erwischt und kurzerhand in die Bundesrepublik abgeschoben, ohne die deutschen Sicherheitsbehörden von ihrer Erkenntnis zu berichten.

Ähnlich spontan und arglos verfuhren die Franzosen mit einer Hamburgerin, die einen Tag nach den tödlichen Schüssen des Carlos in dessen Pariser Wohnung angetroffen wurde. Und da auch eine zu gleicher Zeit erbetene Beobachtung eines Ferienhauses des flüchtigen Rechtsanwalts Siegfried Haag in Südfrankreich nicht gerade optimale Ergebnisse brachte, waren sich Ponlatowski und Maihofer damals im August rasch einig und beschlossen eine Anti-Terror mmenarheit, die der deutsche Innenminister später euphorisch als "ohne zeichnete.

In der Tat hat es lange gedauert, bis bei den Partnern der Europäischen Gemeinschaft und ihren Freunden die Erkenntnis dämmerte, daß terroristische Gewalt nicht nur ein ärgerliches Problem des jeweiligen Landes bedeutet, in dem sie geschieht, sondern in Form von



"Achtung jeder terroristischen Gewalt beschließen": Innenminister Maihofer.

Waffen, Sprengstoff und Personen immer intensiver über die offenen Grenzen wechselt. Als förmliches Hindernis auf dem Wege zu dieser Erkenntnis erwies sich nicht zuletzt die traditionelle Auffassung, die im Paragraphen drei des Interpol-Statuts formuliert wurde: Eine Zusammenarbeit bei "politischen Straftaten" ist nicht vorgesehen.

Anfang dieser Woche nun startete Maihofer nach London, um hier mit seinem brütschen Rottegen Roy Jenkins über ein Anti-Terror-Bündnis zu sprechen. Die Briten hatten schon bald nach deutsch-französischen der Ubereinkunft, die außer dem ständigen Austausch von Information und kriminaltechnischem Wissen auch gemeinsame Operationen gegen Terroristen vorsieht, Staatssekretär Lord Harris nach Bonn entsandt und durch ihn ein lebhaftes Interesse an gemeinsamen Initiativen zur Ächtung und Bekämpfung des Terrorismus bekunder.

Nach solider Vorarbeit durch Experten beider Seiten — auch BKA-Vizenrä-sident Dr. Heindl hielt sich zu Vorgesprächen in London auf - konnte Maihofer mit berechtigtem Optimismus am Montag im Home Office die Gespräche mit Jenkins aufnehmen, obwohl die gemeinsamen Erfahrungen mit dem Terror weniger Ubereinstimmung aufwiesen als mit den Franzosen. Denn abgesehen von der anarchistischen "Angry Brigrade" (Zornige Brigade), die vor einem knappen Jahrzehnt in Großbritannien Bombenattentate verübte, und den Gewaltakten antizionistischer Gruppen, die im vergangenen Jahr Anschläge gewohlhabende britische Juden gen durchführten, haben sich die Engländer fast ausschließlich mit irischen Terroristen auseinanderzusetzen, deren historischer Hintergrund, Motivation und Ideologie nicht mit der bundesdeutschen Anarcho-Szene zu vergleichen sind.

Angesichts dieser Unterschiede, aber auch wohl angesichts der beruhigenden Tatsache, daß bisher personelle oder Verbindungen organisatorische schen bundesdeutschen und britischen Terroristen nicht festgestellt werden konnten, schien also, zumindest aus britischer Sicht, eine rasche Vereinbarung über enge organisatorische und informatorische Kooperation nicht zwingend geboten. Erst der Hinweis Maihofers auf jenen "Carlos", der vor seinen Pariser Mordtaten lange Zeit in London lebte und sein dortiges Quartier offensichtlich als Operationsbasis nutzte, stimmte die britischen Gesprächspartner "nachdenklich".

Der deutsch-französischen Kooperation wird also nun eine deutsch-britische Vereinbarung folgen, auch wenn diese Vereinbarung weniger breit gefächert ist und gemeinsame Anti-Terror-Kommandos zunächst nicht vorsieht. Gleichwohl ist Maihofer überzeugt, daß ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan wurde, zumal er hofft, daß multinationale Übereinkünfte gegen den Terror um so leichter zu erzielen sind, je mehr bilaterale Beschlüsse bereits vorliegen. Eine bereits bestehende französisch-italienische Abmachung möchte deshalb der deutsche Innenminister für geplante Gespräche mit Rom nutzen, um so Stück für Stück eine breite Plattform für die im Sommer vorgesehene Konferenz der EG-Innenminister zu bauen.

Auf dieser Konferenz soll nach Ansicht Maihofers "eine Ächtung terrori-stischer Gewalt gleich welcher Vorzeichen" beschlossen werden, eine Absicht, die auch seine britischen Gesprächspartner energisch unterstützen. Da die EG-Partner, so Maihofers hoffnungs-

Bonn und London wollen Lücken schließer ceine Grenzen

Von Karl-Heinz Krumm



volle Vision, unterschiedlich enge Beziehungen zu anderen Ländern, etwa in der arabischen Welt, unterhalten, glaubt der Bundesinnenminister an eine reelle Chance, allmählich auch weltweit "Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus" zu bewirken. An einem solchen Bekenntnis, sagt der Minister mit einem deutlichen Blick nach Algerien, das die deutschen Sicherheitsbehörden nach der Wiener Geiselnahme schmählich hinter das Licht führte, zeige sich nämlich, was einen geordneten Staat von einer Räuberbande unterscheidet".

Zwischen einem generellen Bekenntnis und seiner realen Ausformung liegen freilich selbst bei den europäischen Partnern noch hohe Hürden. So setzt etwa der rasche Austausch von Informationen gleiche oder zumindest ahnliche Informationssysteme voraus, doch hat bisher kein Staat Europas eine sofort abrufbereite Computer-Speicherung wie im Wiesbadener Bundeskrimi-

nalamt. Föderative Polizei-Organisation, eine Vielfalt von nationalen und regionalen Zuständigkeiten und höchst unterschiedliche Rechtssysteme bringen weitere, höchst schwierige Probleme.

Fast zwangsläufig vollzieht sich denn auch die politische Diskussion über eine wirkungsvolle Abwehr des Terrorismus auf mehreren Ebenen. So trafen sich im vergangenen Jahr auch die Justizmini-ster der EG in Obernai bei Straßburg und berieten, wie die Auslieferung gefaßter Terroristen erleichtert werden könnte. Da die meisten der geltenden sch motivierten

Ein Ausschuß wird eine entsprechende Konvention vorbereiten, die der Europarat im Sommer verabschieden Schließlich ist der Europäische chuß für Strafrechtsfragen unter dem Vorsitz des Bonner Ministerialrats Paul-Günther Pötz, Referent für internationales Strafrecht im Bundesjustiz-ministerium, seit einiger Zeit damit beschäftigt, durch Fragebögen die rechtlichen Vorschriften der europäischen Länder für die Terror-Bekämpfung zu erfassen, um eine allmähliche Harmonisierung dieser Vorschriften anzustreben.

Auch bei diesen recht umfänglichen Bemühungen wirkt eine enge deutschfranzösisché Zusammenarbeit als kraftiger Impuls: Bereits zweimal trat sich Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel mit seinem französoschen Kollegen Lecanuet.

Eile, wirkungsvollere Dämme gegen den internationalen Terrorismus zu schaffen, ist ohnehin geboten, soll der europäische Fahrplan nicht unnötig verzögert werden. Ministeraldirigent von Loewenich aus der Abteilung für öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium nennt deshalb den Beschluß der EG-Regierungschefs von Rom im Dezember vergangenen Jahres. einen einheitlichen Paß für die Bürger der EG-Länder einzuführen, einen "heilsamen Zwang zur Aktivität". Denn einheitlicher Paß heißt, soll er nicht bloße Förmlichkeit bleiben, offene Grenzen innerhalb der EG, von denen international operierende Terroristen erheblich profitieren könnten. Schon deshalb, meint von Loewerich, müßten die EG-Länder ihr Meldesystem oder die bisher recht unterschiedlichen Vorschriften etwa über Sichtvermerke für Araber rasch vereinheitlichen.

EG-Pakt gegen Terrorismus?

Anregung Minister Maihofers: Weg über UN dauert zu lange

STUTTGART, 4. Januar (AP). Einen Pakt der Staaten der Europäischen Gemeinschaft gegen den Terrorismus als Vorstufe einer allgemeinen internationalen Konvention hat Bundesinnenminister Werner Maihofer gefordert. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte der Minister am Sonntag, so wie sich der Terror international organisiere, müsse auch die Bekämpfung des Terrorismus internationalisiert werden. Der internationale Terrorismus werde erst dann ein Ende finden, wenn jeder, der beispielsweise eine Geiselnahme plane, wisse, daß er in keinem zivilisierten Land der Welt Aufnahme finden werde. Jede Nation, die sich zivilisiert nenne, müsse deshalb in die internationale Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus genommen werden.

Maihofer kündigte an, daß er bei der nächsten Konierenz der Innenminister der EG-Länder den Abschluß eines solchen Paktes vorschlagen werde. Dieser Weg ist nach Ansicht Maihofers den Bemühungen vorzuziehen, in den Vereinten Nationen eine solche Abmachung zustande zu bringen, da man sonst wahrscheinlich Jahre warten müsse, ehe man zu Erfolgen komme.

WASHINGTON (dpa). Die USA werden das Ziel internationaler Terroristen bleiben, sehen sich jedoch nur einer ,begrenzten Bedrohung" durch Terroristen des eigenen Landes gegenüber. Zu diesem Schluß kommt eine Studie des amerikanischen Enterprise-Instituts, einer überparteilichen Forschungs- und Bildungsorganisation. Der Autor der Studie sieht in der "Betrachtungsweise des internationalen Systems durch die dritte Welt" den Grund dafür, daß die USA ein revolutionäres Ziel bleiben, gleich welche Stellung sie einnehmen. Er sieht darin jedoch keine systemverändernde Drohung und empfiehlt, es als "natürliche Kalamität" zu behandeln.

(Siehe auch Seite 3)

Im Wortlaut:

14.776

Die EG und der Terrorismus

Die in Brüssel versammelten Staats- und Regierungschefs der neun Länder der Europäischen Gemeinschaft haben am Dienstag zum Abschluß ihrer zweitägigen Gipfelkonferenz eine "Erklärung des Europäischen Rates über den internationalen Terrorismus" verabschiedet. Sie hat folgenden Wortlaut:

1. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft erklären, daß sie die unmenschliche Methode, Geisein zu nehmen, um — mit welcher politischen oder nichtpolitischen Zielsetzung und aus welchem Grunde auch immer — einen Druck auf Regierungen auszuüben, als absolut unannenmbar betrachten.

2. Es ist im Interesse aller Regierungen, sich gegen derartige Methoden energisch zur Wehr zu setzen. Es ist im Interesse aller Regierungen, bei der Bekämpfung des verwerflichen Phänomens des Terrorismus zusammenzuarbeiten.

3. Die jüngsten Ereignisse haben wiederum gezeigt, daß kein Land, kein Volk. keine Regierung hoffen kann, von Terroranschlägen und Entführungen, die in seinem Hoheitsgebiet ausgeführt werden

und gegen seine Bürger und Interessen gerichtet sind, verschont zu bleiben, solange sich nicht alle Länder über entsprechende Gegenmaßnahmen einigen.

4. In diesem Zusammenhang erklären die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, daß sie bereit sind, gemeinsam mit anderen Län-dern wirksame, weltweite Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhinderung von internationalen Terroranschlägen und Entführungen zu treffen. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Personen, die an Geiselnahmen beteiligt sind, zu verfolgen oder auszuliefern. Die Regierungschefs ersuchen die Justizminister, zu diesem Zweck ein Übereinkommen zwischen den neun Mitgliedstaaten auszuarheiten. Sie werden sich dafür einsetzen, diesem Grundsatz weltweite Geltung zu verschaffen.

n W

E8.1.77 Europarat verabschiedet Anti-Terror-Konvention

Straßburg (dpa)

Zur Bekämpfung des Terrorismus haben die Außenminister von 17 der 19 Europaratsstaaten am Donnerstag in Straßburg eine Anti-Terror-Konvention unterzeichnet. Darin verpflichten sich die Staaten, Terroristen entweder auszuliefern oder vor eigenen Gerichten anzuklagen. Erstmalig umschreibt die europäische Anti-Terror-Konvention die Terrortatbestände in strafrechtlich faßbarer Weise, die für die Zwecke der Auslieferung nicht mehr als "politische oder politisch motivierte Straftaten" anerkannt werden sollen.

Einzig die Republik Irland und Malta haben die Konvention nicht unterzeichnet. Für die Bundesrepublik Deutschland hat Bundesaußen-

minister Hans Dietrich Genscher die europäische Anti-Terror-Konvention in Straßburg unterschrieben. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Zustimmungsgesetz noch vor der Sommer-pause im Bundestag einzubringen, erklärte Gen-scher in Straßburg.

Norwegen und Italien haben sich bei der Un-terzeichnung die Einzelprüfung jedes Falles vorbehalten und nur dazu verpflichtet, wenn sie nicht ausliefern, den betreffenden Terroristen im eigenen Lande den Strafverfolgungsbehörden zu übergeben. Portugal hat sich vorbehalten, in kein Land auszuliefern, in dem die Todesstrafe besteht.

Frankreich hat keinen Vorhehalt angemeldet, jedoch in einer "Erklärung" angekündigt, die Anti-Terror-Konvention des Europarates erst dann zu ratifizieren, wenn eine entsprechende Vereinbarung auch im Rahmen der EG-Staaten fertiggestellt worden ist.

Regierung und NATO unterzeichneten ein Geheimabkommen

RUDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung und die NATO haben gestern in Bonn ein wichtiges Geheimabkommen unterzeichnet. Es regeit die Zusammenarbeit zwischen nationalen alliierten militarischen Befehlshabern auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Von deutscher Seite gehörten zu den Unterzeichnern des sogenannten Saceur-Abkommens der Staatssekretar des Auswartigen Amtes, Walter Gehlhoff, und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Harald Wust. Für die NATO unterschrieb der Oberste Alliierte Beschlshaber in Europa, der amerikanische General Alexander Haig, den Vertrag.

Grundlage für das Abkommen ist das bereits vor einigen Jahren vom NATO-Rat verabschiedete Dokument MC 36/2. Es enthält Empfehlungen über die Regelung der Zuständigkeiten der alliierten und nationalen Befehlshaber in der Allianz. Diese Empfehlungen sind in den jetzt in Bonn unterzeichneten Vertrag eingegangen und gewinnen damit für die Bundesrepublik förmilenen Rechtscharakter. Über Einzelneiten der Bestimmungen verweigerte die Bundesregierung unter Hinweis auf die Geheimhaltung Auskünfte.

Die Bundesregierung ist überzeugt, daß das Abkommen der militärischen Zusammenarbeit im Bündnis neue Impulse geben wird. Daraus schlossen Beobachter auf seine Bedeutung für die Verbesserung der sogenannten "Gesamtverteidigung" im "ATO-Abschnitt Europe-Mitte. Unter Gesamtverteidigung verstehen die Fuchleute das koordinierte System aller Verteidigungsmaßnahmen. Sie schließen neben dem militärischen auch den zivien Bereich ein.

NATO regelt mit Bonn Beiehlsgewalt im Krieg

Die für den Kriegsfall geltenden Zuständigkeiten von NATO-Befehlsnabern im Gebiet der Bundesrepublik sind in einem in Bonn unterzeichneten Abkommen geregelt worden. Für die Bundesrepublik unterschrieben Staatssekretär Walter Gehlhoff vom Auswärtigen Amt und Bundeswehrgeneralinspekteur Harald Wust, für die NATO der oberste alliierte Befehlshaber des Bündnisses, General Alexander Haig, die Vereinbarung. Der Text wird nicht varöffentlicht. In einer Nitteilung des Auswärtigen Amtes hieß es, mit dem Abkommen sei eine bisher auf dem Gebiet der Gesamtverteidigung bestehende Lücke geschlossen worden.

School State of State

pp. Berlin/DDR (Eigener Bericht) Das SED-Zentralorgan Neues Deutschland hat die Bundesrepublik bezichtigt, sie bereite sich auf einen Krieg vor. Dieser Vorwurf ist in einer Meldung der Ostberliner Nachrichtenagenbur ADN enthalten, in der über den Abschluß eines Vertrages über die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Bundeswehr berichtet wird. "Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen verlautet, daß der Hauptinhalt des Abkommens darin besteht, daß im Kriegstalle die NATO die Regierungsgewalt über die Bundesrepublik ubernimmt, heißt es bei ADN. Beobachter werten diese Attacke als Antwort auf Berichte westlicher Zeitungen, in denen auf verstärkte Aktivi-täten der Nationalen Volksarmee zur Modernisierung des Mobilmachungssystems verwiesen wurde: Diese verstärkten Sicherheitsvorkehrungen, die auch häufigere Übungen der Kampfgruppen einschließen, haben in der DDR-Bevölkerung erhebliche Unruhe hervorgerufen.

walde, nd-report, s. 203:

das kabinett erörterte ein papier des staatssekretärsausschuss zur überarbeitung der unkeler richtlinien und der koordinationsbestimmungen der nd's und der strafverfolgungsbehörden – "... gebilligt (vom kabinett) wurde sein vorschlag, die drei amtsleiter und der generalbundesanwalt sollten monatlich einmal gemeinsam zur koordinierung der spionageabwehr konferieren . '

(zitiert bei walde nach : spiegel 47 / 1.8.68 und sz , 14.11.68)

zu punkt 5b und 6

- gsg 9 als counterinsurgency-sinheiten
 - + aufstellung von polizeieisheiten nach us- plan 44 p

Spiegel 15.1.73

Wann, wo und unter welchen Umständen die Schützen — ob bei Übungen oder im Ernstfall — hintupfen können und dürfen, muß laut Geheimprotokoll erst geprüft werden: Reguläre Schießmöglichkeiten für die Präzisionsschützen (vor dem Einsatz in der Prinzregentenstraße übten sie kurz in einer Kiesgrube am Stadtrand) müssen ebenso erst erkundet werden wie die Rechtslage beim "Schußwaffengebrauch unter dem Gesichtspunkt extensiver Auslegung von Notwehr und Nothilfe im Verhältnis zum Polizeirecht".

Überdies sollen die Präzisionsschützenkommandos künftig nach dem Muster der "Anti-Sniper-Squads" des amerikanischen-FBI von Führern ("mindestens im Rang eines Amtmanns") und Beöbachtern ("Inspektor oder Oberinspektor") im Einsatz angeleitet und koordiniert werden. Die dazu nötigen werden eine Westen, Helmen und Sandsäcken vor allem auch die Handfunkgeräte (Schmidt: "In Fürstenfeldbruck haben wir die in der Schnelle nicht herbeischaffen können") — sollen künftig in speziellen "Basiswagen" zum Einsatzort gebracht werden.

Auch Planspiel-Lagen für den Ernstfall — "Flugzeugentführung in Riem" und "Geiselnahme im Stadtgebiet" — wurden nun von Schreibers Spitzenkonferenz per "Weisung an die Direktion Schutzpolizei" in Auftrag gegeben. Vor Olympia hatte man eine vom damaligen Polizeipsychologen Georg Sieber entworfene Lage, die sich nachträglich als exakte Prognose des dann eingetretenen Falls erwies, als "zu unrealistisch" abgelehnt.

alles aus ulrich wegener, spezialeinheiten im rahmen des sicherheitskonzeptes der brd,in: tophoven, politik undgewalt, bonn 76):

die gsg 9 1

verfügt über 'technische gruppen mit sprengstoffspezialisten, .. die einmal die aufgabe haben, einheiten als spezialkommandos zu unterstützen, zb. durch sprengungen'

- führt'gemeinsame übungen mit den polizeien der länder

durch'

steht in 'ständigem austausch mit ausländischen sicher-

heitsorganen'

- ist auf einsätze im ausland trainiert, zumindest was brdeinrichtungen wie botschaften und lufthansastützpunkte betrifft:
antihijacking-ausbildung, 'ausbildung von flugzeugsteward, um für
'zivile' einsätze auf auslandsflügen der lufthansa bereit zu seir
um im ernstfall luftterroristen an ort und stelle wirkungsvoll zu
bekämpfen' (welt 12.10.74)

+ wieder wegener: 'die gsg 9 hat in den letzten nahren ein reihe von einsätzen durchgeführt, die zwar pur präventiver und nicht

spektakulärer est weren . verstässicherweise bestand dabei nicht immer interesse dasn, die aufmerksamkeit der öffentlichkeit zu wecken.

- der erfahrungsaustausch mit ausländischen sicherheitsorganen über neue taktiken und technische einsatzmit elm und die ausbildung von führungspersonal an ausländischen trainingszentren z.b. an dar fbi-akademie quantico, sowie die ausbildung ausländischen personals bei der geg 9 bieten die gewähr, nicht betriebsblind zu werden.

GENERAL FRANK KITSON IN DER BUNDESREPUBLIK

BUNDESREPUBLIK

LÜBBECKE Der berühmt-berüchtigte General Frank Kitson,

1. Februar internationaler Experte für Counterinsurgency

und Anti-Subversion, Architekt von Folter und Terror in Nordirland, Autor des Buches "Im Vorfeld des Kriages" tut seit neuestem Dienst in der BRD. Er ist jetzt Kommandeur der 2. Division der britischen Rheinarmee mit Hauptquartier in der idyllischen Brauerstadt Lübbecke am Wiehengebirge. Gerade hat Kitson in London ein neues Buch veröffentlicht: "Bunch of Five", wieder ein Lehrbuch a la "Im Vorfeld des Krieges". Es soll, laut Verlagsmitteilung, ein Bestseller werden. General Kitson geht in Lübbecke häufig seinen Hobbys nach: Reiten und Angeln. Nach Auskunft der Neuen Westfälischen Zeitung tut er dies "in größter Ruhe und Offenheit".

WISK, Postfach 35, 6370 Oberursel

Nach Informationen der Bürgerinitiative UNTERELBE soll <u>Kitson</u> sich mehrfach in Begleitung westdeutscher Offiziere in <u>Brokdorf</u> aufgehalten haben: zum Zweck des "Informationsaustausches"!

WISK - Nachnichten

Mar Fi

Agenten für die Polizei?

Stuttgarter Kripo-Chef für konspirative Methoden

BADEN-BADEN, 9. Januar (Reuter). Die Aufstellung von Polizeisondereinheiten nach Art von Geheimdiensten schlug der Leiter des Landeskriminalamtes in Baden-Württemberg, Bruno Bux, vor.

In einem am Sonntag ausgestrahlten Interview des Südwestfunks sagte der Beamte, solche aus dem Polizeiverband ausgegliederten Verfügungstruppen seiennotwendig, um die konspirative Kriminalität wie Rauschgift- und Waffenhandel sowie Bandendiebstahl einigermaßen in den Griff zu vekommen.

Insbesondere die Rauschgifthändler hätten Methoden entwickelt, die der Polizei ein Eindringen in ihre Kreise unmöglich machten. Deshalb müssen sich die Ermittlungsorgane nach Ansicht Bux' ebenfalls konspirativer Methoden bedienen wie etwa die Nachrichten-

Gegenüber der Nachrichtenagentur Reuter fügte der Beamte hinzu, er stelle sich zunächst eine Einheit in der Größenordnung von zehn bis 20 Mann vor, die mit verdeckten Methoden in die Räusongirtszene eingeschleust werden sollten.

Nach den Vorstellungen Bux' müssen diese Sondertrupps vom Verfolgungs-

zwang befreit werden. Sie sollen außerdem keine Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaften sein, wie dies gesetzlich geregelt ist. Bux regte an, die betreifenden Spezialbeamten von ihren Aufgaben als Vollzugsbeamte zu entbinden. Er konnte jedoch nicht sagen, in welche Amter die Verfügungsbeamten integriert werden sollen.

Um die hier aufgebauten rechtsstaatlichen darrieren zu beseitigen, forderte der Chef des Landeskriminauamtes die Politiker auf, Abhilfe zu schaffen und solche Elissatzgruppen zu ermöglichen, die eine minliche Organisation und annliche Statuten hätten wie Geheimdienste.

In seinem Interview mit dem Südwestfunk sprach sich Bux überdies für die Wiedereinführung der Identitätskontrolle in Hotels und Pensionen und die Schaffung von fälschungssicheren Autokennzeichen aus Bux' Worten zufolge werden derzeit in der Bundesrepublik 131 000 gestohlene Kraftfahrzeuge gesucht 2 3459 / 23

No.

Die Polizai soil jetzt mit

Verbrechern Konspirieren stuttgar — Polizisten, die

Stuttgart Polizisten, die wie Agenten von Nachrichtendiensten konspirativ mit Verbrechern zusammenarbeiten durfen, hat der Leiter des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, Bruno Bux, in einem Interview gefordert.

Zur Bekämpfung der Bandenkriminalität forderte Bux eine aus dem Polizeiverband ausgegliederte Verfügungs-

Truppe.
Nach den Vorstellungen des
Stuttgarter Kripo-Cheis sollten diese Sondertrupps von
der Verpflichtung befreit werden, jede Straftat zu verfolgen.
Bux zur MORGENPOST:
"Wir müssen mal wegkom-

men vom Lagalitatsprinzio dag Polizistan immos gir Hilispeamta des Staatsanwalt-

schaft sind."
Dazu Helmut Schirmacher,
Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei: "Konspirativ zu arbeiten wie Nachrichtendienste, das würde ich der
Polizei nicht empfehlen." Der
Geschäftsführer der Hauptabteilung Polizei in der ÖTV,
Werner Beecken: "Da gerät
der Rechtsstaat in Gefahr!"

11.1.27

Streiflicht.)

"Konspiration" unter Erfolgszwang

wu. Stuttgart (Eigener Bericht)

"Stolze Erfolge" meldete der Leiter des badenwürttembergischen Landeskriminalamtes, Kuno Bux, über die Tätigkeit der bisher einzigen Operativen Ermittlungsgruppe (OEG) in der Bundesrepublik. Bux, der allerdings keine Einzelheiten über die Zahl und die "konspirativen Methoden" seiner Beamten bekanntgeben wollte, teilte mit, die OEG spüre kriminelle Machen-schaften bereits im Vorfeld auf und gewinne Ansatzpunkte zur Einleitung von Ermittlungsverfahren. Sie arbeite verdeckt und befasse sich vor allem mit Bereichen der Wirtschaftskriminalität, mit Autoknackerbanden, mit Rauschgift- und Waffenhandel. Durch das kaschierte Vorgehen der OEG sei es möglich gewesen, auch Hintermänner ausfindig zu machen, sagte Bux. Er räumte ein, daß der Erfolgszwang oft eine Reihe juristischer Probleme bei dieser Arbeit mit sich bringe. Innenminister Schieß lobte das Landeskriminalamt, da es den ihm gestellten Aufgaben voll gerecht werde, zumal da die Zahl der Beamten seit 1972 um 68 Prozent stieg.

Zu Mionix', pens Compl, pez. 76 + SZ, 15.2.77

CHHE'clehap



Das Phönix - Programm

Am 22. August 1972 wurden 16 politische Gefangene in der Marine-basis von Trelew kaltblütig erschossen. Am 19. August 1976 wurden die Leichen von 55 jungen Frauen und Männern am Stadtrand von Buenos Aires gefunden. Die 16 Opfer des "Massakers von Trelew" waren als die jungen Führer der Opposition gegen General Lanusse bekannt. Ihr Tod hatte eine schwerwiegende Wirkung auf das argentinische Volk und die Weltöffentlichkeit. Die 55 von Kugeln zerfetzten Körper vom 19. August wurden von den Nachrichtenagenturen als "nicht identifizierbar" bezeichnet. Die meisten argentinischen Zeitungen berichteten nicht über die Ermordungen.

In den zwischen den Ereignissen liegenden 4 Jahren sind mehr als 5.000 Menschen dem rechtsextremistischen und staatlichen Terror zum Opfer gefallen - durchschnittlich 4 politische Morde pro Tag. Z.Zt liegt diese Zahl bei durchschnittlich 10 Toten. Wenn man diese Zahlen auf den Bereich der Länder ausdehnt, deren repressive Gewalt offensichtlich ist - Chile, Bolivien, Uruguay, Brasilien, Paraguay, Guatemala, Nicaragua und Haiti - so reicht die Zahl der Toten im gleichen Zeitraum an Hunderttausend! Exakte Zahlen liegen nicht vor.

In diesem Zusammenhang ist es zu sehen, wenn der MANCHESTER GUARDIAN über ein "Phönix-Programm" für Lateinamerika schreibt und der brasilianische Senator Paulo Broussard die Existenz einer "internationalen Todesschwadron" brandmarkt, die gänzlich ungestraft in Lateinamerika und sogar in Europa operiert.

Das "Phönix-Programm", auf das sich der MANCHESTER GUARDIAN bezieht, wurde nach der TET-OFFENSIVE 1968 in Vietnam begonnen. Es war die direkte Verwirklichung militärischer Analysen, daß der Widerstandswille des vietnamesischen Volkes alle Erwartungen der Geheimdienste übertraf. Ziel dieses Programms war die physische Vernichtung der Führung des vietnamesischen Widerstandes, um seine Kampfkraft zu zerstören.

William Colby, eheraliger Direktor der Central Intelligence Agency (CIA), sagte in einem Hearing des US-Senats aus, daß mehr als 20.000 Vietnamesen von CIA-gelenkten "Mörder-Teams" umgebracht worden sind. Und Kenneth Barton, Offizier des US-Army-Geheimdienstes enthüllte, daß er der Koordinator eines Netzes von Geheimagenten und Informanten in Vietnam gewesen war.

Es gibt eine Anzahl von Ähnlichkeiten zwischen dem "Phönix-Programm" in Vietnam und den systematischen Ermordungen in Lateinamerika, insbesondere in Argentinien. Der stärkste Aspekt jedoch ist hierbei, daß nach dem gleichen Konzept gearbeitet wird – in beiden Fällen geht es darum, die Lebensdauer eines menschenfeindlichen Militärregimes zu verlängern, indem die Führung der oppositionellen Kräfte eliminiert wird.

In Lateinamerika wie in Vietnam bietet der paramilitärische Terrorismus den repressiven Streitkräften viele Vorteile: Wenn die Hauptschlagkräfte der Polizei und des Militärs in den Untergrund gehen, verschwinden rechtliche Beschränkungen – es gibt keine Verhaftungen, nur Entführungen; weniger Gefängnisse, dafür aber umso mehr geheime Verhör- und Folterzentren; keine offiziellen Fahrzeuge, nur unidentifizierbare Automobile. Auf diese ise können Präsidenten, Minister und andere Regierungsbeamte am Abend mündlich die Exekutionsbefehle geben und am nächsten Morgen sprechen sie den überlebenden Familienmitgliedern ihr Beileid aus. Das ist das System, das es dem bolivianischen Präsidenten, General Banzer, gestattet, drei Tage der nationalen Trauer auszurufen, nachdem in Buenos Aires Juan José Torres ermordet worden war. Torres war der General, gegen den Banzer

1975 hatte der US-Congress auf den Druck der Menschenrechtsbewegungen und der Anti-Kriegs-Bewegung die Benutzung von Auslandshilfe-Mitteln zur Ausbildung ausländischer Polizeikräfte verboten. Ein Jahr später stimmte der Congress der Abschaffung aller öffentlichen Sicherheitsprogramme zu, einschließlich der Ausbildung fremder Polizeikräfte in den USA. Von dieser Maßnahme wurde das Office for Public Safety (OPS) betroffen, in dessen Rahmen das "Phönix-Programm"durchgeführt wurde. Es diente als Tarnung für die CIA. Das OPS war verantwortlich für die Er-öffnung einer "Internationalen Polizei-Akademie", zuerst in der Panama-Kanalzone und später in der Hauptstadt Washington.

Die Aktivitäten des OPS waren auf folgende Bereiche konzentriert: Kontrolle von Aufständen, nachrichtendienstliche Tätigkeiten, Bekämpfung von Stadt-und Landguerrilla (Counter-Insurgency).

Das Gesetz von 1974 betraf jedoch in keiner Weise die Aufgaben der "Organisation zur Bekämpfung des Drogenhandels" (DEA) in Übersee, deren Aufgaben darin bestanden, den Strom von Drogen in die USA zu unterbinden. Im Jahr 1975 hatte die DEA 400 Agenten im Ausland, ungefähr die gleiche Zahl, die vom OPS entlassen worden war. Die "Allgemeine Rechnungsbehörde" (GAO) der USA bestätigte, daß DEA-Agenten in den gleichen Bereichen tätig

In Argentinien können die Aktivitäten der "Organisation zur Bekämpfung des Drogenhandels" (DEA) in direktem Zusammenhang mit der Entstehung der paramilitärischen Todesschwadron "Antikommunistische Allianz Argentiniens" (AAA - "Triple A") gesehen werden, die für mehrere tausend Ermordungen in den letzten 2 Jahren verantwortlich ist.

Bei Untersuchungen des argentinischen Kongresses vor der Machtübernahme der Militärs im März 1976 stellte sich heraus, daß das Ministerium
für Soziale Wohlfahrt unter Vorsitz von José Lopez Rega die Aktivitäten
der "Triple A" gedeckt hatte. Die Untersuchungen ergaben außerdem, daß
Lopez Rega persönlich verantwortlich für die ursprüngliche Organisation
der "Triple A" gewesen war.

Lopez Rega, ein früherer Obergefreiter der Polizei, traf Mr. Robert Hill in Spanien. Zu dieser Zeit war der erste persönlicher Sekretär des im spanischen Exil lebenden ehemaligen argentinischen Präsidenten Juan Domingo Perón, der zweite war persönlicher Sekretär des US-Botschafters in Spanien. Im Jahre 1973 wurde Robert Hill zum Botschafter in Argentinien, Lopez Rega wurde Wohlfahrtsminister.

Im Mai 1974 traten der US-Botschafter Robert Hill und der Wohlfahrtsminister Lopez Rega gemeinsam im argentinischen nationalen Fernsehen auf, um ein Anti-Drogen-Abkommen zwischen der USA und Argentinien zu unterzeichnen. Dieses Abkommen schloß US-Finanzmittel, Ausrüstung und Ausbildung mit ein. Damals erklärte Lopez Rega im Fernsehen: "Wir hoffen in Argentinien mit dem Drogenhandel aufzuräumen. Nach Kämpfen haben wir Guerrilleros gefangengenommen, die unter Drogeneinfluß standen. Die Guerrilla ist der hauptsächliche Benutzer von Drogen in Argentinien. Daher wird diese Anti-Drogen-Kampagne gleichzeitig eine Anti-Guerrilla-Kampagne sein."

Offizielle Zahlen beweisen, daß der Gebrauch von harten Drogen und Drogen-abhängigkeit gänzlich unbedeutend ist.

Die Anti-Drogen-Kampagne, von der US-Botschaft mit großer Geheimhaltung behandelt, trifft zeitlich genau mit dem Erscheinen der sehr effizienten und gut ausgerüsteten "Triple A" zusammen.

Offiziell endeten die Aktionen der "Triple A" als Lopez Rega, durch öffentlichen Protest gezwungen, das Land verlassen mußte.

Die terroristischen Aktivitäten wurden jedoch ununterbrochen fortgesetzt - bis zu den Zeitpunkt, an dem Militär und Polizei die totale Verantwortung für den repressiven Apparat übernahmen. Und seitdem hat sich in der Tat

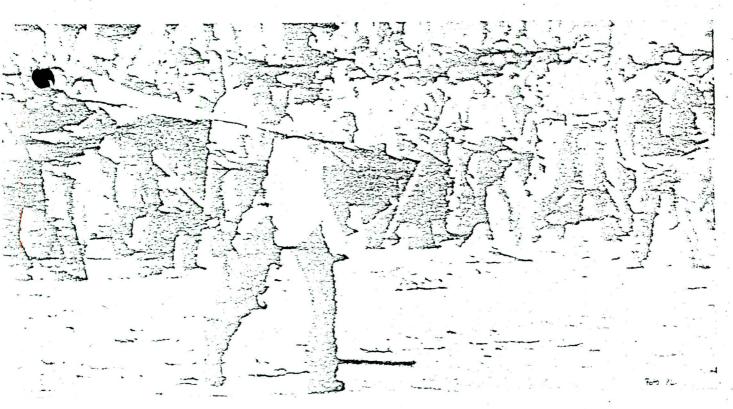
die Herrschaft des Terrors, mit der die Opposition ausgelöscht und eingeschüchtert werden soll, noch verstärkt. Im Gegensatz zu Lopez Rega, der in Ungmade gefallen ist, geht Mr. Robert Hill weiterhin seinen Geschäften als US-Botschafter in Argentinien nach.

Wir verfügen über bisher unbestätigte Meldungen, die das gegenwärtige Ausmaß der Beteiligung der CIA an der jetzt stattfindenden Repression betreffen. Diese Informationen müssen durch umfassende Untersuchungen der verantwortlichen Regierungsstellen (der US-Regierung; Anm. COSAL) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wir rufen alle US-Senatoren und Abgeordneten auf, die einer wahren demokratischen Außenpolitik offen gegenüberstehen, die die Menschenrechte aller Völker der Welt respektieren, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Untersuchungen einzukeiten. Gleichzeitig rufen wir alle verantwortungsvollen Journalisten auf, die US-Öffentlichkeit über die gegenwärtige Situation aufzuklären und die umfassenden Untersuchungen zu unterszen.

Im Besonderen rufen wir Thomas E. Morgan, den Vorsitzenden des "Komitees für Internationale Beziehungen" des US-Repräsentantenhauses, und John Sparkman, den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschuß des Senats auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um diese Untersuchungen zu beginnen.

(Der vorliegende Text ist "OUTREACH No. 3" entnommen, dem Organ des "Comitee for Solidarity with the Argentine People", San Francisco, USA)



Demonstration in Argentimen

zu punkt 7

falschmeldungen seit 72 im rahmen der psychologischen kriegsführung Weiterhin intensive Fahndung der Bundesanwaltschaft nach der Gruppe

Von unserem Korrespondenten Walter Schallies

57.4.4.4.72 Karlsruhe, 13. April . "Ob Ulrike Meinhof tot ist oder noch lebt, wissen wir nicht", erklärte am Donnerstag auf An-

frage der stellvetretende Pressereferent der Bundesanwaltschaft, Regierungsdirektor Reiner Schulte. Trotz mehrwöchiger intensiver Ermittlungen der Sicherungsgruppe des Bundeskrimi-nalamtes und der Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei liegen der Obersten Anklagebehörde in Karlsruhe keine Beweise dafür vor, daß die 37jährige Journalistin Ende Februar dieses Jahres gestorben und unter einem falschen Namen beerdigt worden ist.

Über den angeblichen Tod von Ulrike Meinhof, nach der seit Mai 1970 gefahndet wird, kursieren zwei Versionen. Sie soll an einem Tumor gestorben sein oder — wie von anderer Seite be-hauptet wird — Selbstmord verübt haben nachdem ihr bekanntwurde, daß sie an einer unheilbaren Krankheit leide.

In Kreisen der Bundesanwaltschaft hält man es für möglich, daß Ulrike Meinhof nach einem natürlichen Tod unter Verwendung gefälschter Personalpapiere bestattet worden sein könnte. uch dies sei bei der Bürokratie der Stanr und der Friedhofsverwaltungen nur wer in die Wege zu leiten.

Die Bundesenwaltschaft läßt den Fall weiterhin von der Sicherungsgruppe und der Hamburger Polizei untersuchen. Bevor nicht der Tod von Ulrike Meinhof einwandfrei feststeht, wird ihre Akte nicht abgeschlossen. Die Fahndung nach der Journalistin läuft nach wie vor.

In Karlsruhe fragt man sich, welcher Zweck mit der Ausstreuung des Gerüchts von einer angeblichen Beerdigung Ulrike Meinhofs unter falschem Namen beabsichtigt sei. Die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe seien intelligent genug, um zu wissen, daß auf eine reine Vermutung hin die Verfolgung weder eingeschränkt noch aufgegeben werde. Eher intensiviere man die Suche, wie es auch geschehe.

Polizei: Ulrike Meinhoi nicht in Hamburg beigesetzt

k. Hamburg (Eigener Bericht) Die von der Bild-Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen verbreitete Meldung, wonach Uleinhof nach einem Selbstmord unter fal-

Gerüchte um Ulrike Meinhof

Sollen Tips von links die Verfolger verunsichern?

Von unserem Redaktionsmitglied Olaf Ihlau 17/4. of JE Frankfurt, 13. Oktober

"Daß sie uns nicht kriegen, das gehört sozusagen zum Erfolg der Geschichte", ließ Ulrike Meinhof die deutsche Öffentlichkeit wissen, als sie vor knapp zwei Jahren nach der gewaltsamen Befreiung des Kaufhaus-Brandstifters Andreas Baader mit ihrer "Roten-Armee-Fraktion" in den Untergrund ging. Seitdem gelang der ehemaligen Journalistin, die dieser Gesellschaft den offenen Krieg erklarte und damit.zur meistgesuchten Frau der Bundesrepublik avancierte, immer wieder die Flucht. Mehrfach allerdings, wie etwa bei Verkehrsroutinekontrollen in Niedersachsen und dem Ruhrgebiet, hatte die mit gefälschten Pässen und einer Unzahl von Perükken stets gut getarnte 37jährige Chefin der An-Glück. archistengruppe schlichtweg manchmal trennten sie nur wenige Minuten von ihren Verfolgern, den Beamten einer Sonderkommission der Bad Godesberger Sicherungs-

gruppe des Bundeskriminalamis. In den letzten Wochen kurslerte in einigen Zeltungsredaktionen das Gerücht, die Jagd sel

schem Namen in einem Hamburger Krematorium eingeäschert und danach auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg beerdigt worden sein soll, ist nach Angaben der Hamburger Polizei

Erste Ermittlungen der Staatsschutzabteilung der Hamburger Kriminalpolizei ergaben, daß an dem von einem anonymen Anrufer genannten Tage tatsächlich eine Elisabeth Nehls beerdigt worden war. Nach einer genauen Überprüfung wurde nach Angaben eines Polizeisprechers "einwandfrei und ohne jeden Zweifel" festgestellt, daß es sich bei jener Elisabeth Nehls nicht um Ulrike Meinhof handelt, sondern um eine junge Frau, die nach einer schwerenKrankheit eines natürlichen Todes gestorben war. Mit Rücksicht auf diè in Hamburg ansässige Familie der Toten wurden nähere Einzelheiten nicht bekanntgegeben. (Siehe auch Seite 3)

Fahnder endgültig entzogen habe. Ulrike Meinhof Selbstmord?" überraschte Bild diesem Donnerstag seine Leser mit der Schlagzeile, und auch die seriöse FAZ berichtete in einer 18-Zeilen-Meldung von Informationen aus Bonn, nach denen die Anführerin der gesuchten Gruppe bereits Ende Februar gestorben" sei. Als Todesursache werden an der Gerüchtebörse mehrere Versionen offeriert: Tod durch Tumor etwa, oder Selbstmord durch Vergiften nach Depressionen über eine unheilbaro Krankheit. Anschließend, so verwies Bild auf angebliche Tips aus linksradikalen Kreisen an die Hamburger Polizei, sei "Ulrike Meinhof unter falschem Namer in einem Hamburger Krematorium verbrannt und beerdigt worden".

Indessen auch Bild besitzt sichtlich Vorbehalte gegenüber dieser Nachricht, deren Wahrheitsgehalt vor allem von der letztlich für die gesamte. Baader-Meinhof-Fahndung zuständigen Karlsruher Bundesanwaltschaft bezweifelt wird. "Da ist nichts dran", erklärte Bundesanwalt Kaul schon zu Wochenbeginn der SZ bei entsprechenden Recherchen. Ob an den Gerüchten nun tatsächlich etwas stimmt oder nicht — Herkunft, Verbreitung und Variationen der Selbstmord-theorie allein sind beinahe ein Krimidrebbuch

Als einer der ersten hat im März offenbar Der Spiegel Hinwelse auf das angebliche Ableben früheren Konkref-Kolumnistin erhalten.

Außer der Nachricht ging den Magazinleuten nach kompli-Rückfragen zierten über die Mittelsmänner ihres Hamburger Informanten noch ein ganzes Bündel mög-Erklärungen licher und Motive zu. So lautete neben der Krankheitstheorie eine andere These. Ulrike Meinhof habe sich nach grundlegen-Meinungsverschiedenheiten von



Ulrike Meinhof

den übrigen Gruppenmitgliedern getrennt, politisch resigniert und in völliger Isolation Schluß gemacht. Gewissermaßen als "letzter Liebesdienst" sei daraufhin von Baader, Gudrun Ensslin und Co. unter Mithilfe eines Amtsarztes die Einäscherung der Toten auf dem Hamburger Friedhof Ohlsdorf arrangiert worden.

Spiegel-Reporter überprüften vorsichtshalber einige Krematoriumslisten, informierten die Bad Godesberger Sicherungsgruppe und brachten dann als Kontrollmaßnahme gegenüber dem Tipgeber den willkürlich ausgewählten Namen "Elisabeth Nehls" ins Spiel. Eine Frau dieses Namens, gut zehn Jahre älter als Ulrike Meinhof, war vor einigen Wochen gestorben, jedoch normal belgesetzt und nicht feuerbestattet worden. Elisabeth Nehls hat, das steht inzwischen wohl zweifelstrei fest, mit Ulrike Meinhof nichts zu

ends befriedigen: Es fehlt nämlich die ei ge Vergielchsmöglichkeit, denn bevor Meinhof sich zum Untergrundkampt en var sie nicht straffüllig gewesen und son nicht "erikennungsdienstlich" behandelt schriebenes I de, könnte d

die eir bevor

niers gunninges summit auch die Jahreswende en gab es keinen ganz sicheren Hinwels mehr auf gegab es keinen ganz sicheren Hinwels mehr auf gegub es keinen ganz sicheren Hinwels mehr auf gegunich bot ein chiffrierter Zettel ("Dieke 1330"), wa der im Zusammenhang mit dem Kaiserslauter- nie Banküberfall gefunden wurde, Die Handschrift soll von Ulrike Meinhof stammen. Zwar meldeten seitdem zwischen Gran Canaria und Wien beinahe täglich aufmerksame Zeitgenossen der Pollzei, sie hätten das Gruppenober- haupt "eindeutig auf der Straße erkannt", doch bliebes bislang immer beim blinden Alarm.

Selbst wenn Ulrike Meinhof nun, wie Ende Jasunar Andreas Bander in seinem Brief an das Münchner Burde der "Doutschen Presseagentur". ist so dünn, daß ich ist so dünn, daß ich i Prozentbruchtellen eitender Beamter der e Möglichkeit ange-man in dieser Rich-in es neue Anhalts-n sel diesa Geschich-

nicht eirmäl wage, sie in Prozentbruchtellen nuszudrücken", winkt ein leitender Beamter der ge Sieherungsgruppe auf diese Möglichkeit ange- Sieherungsgruppe auf diese Möglichkeit ange- sprochen ab. Zwar werde man in dieser Rich- putung weiter ermitteln, wenn es neue Anhalts- te doch ziemlich "makaber".

In Bad Godesberg glaubt man demgegenüber mylel eher, daß der Urhaber dieser Gerüchtewelle. Wulter "den Bander-Meinhof-Mitglieder", be- se ziehungsweise ihren Nachfolgegruppen selbst zu ha suchen ist. Ziell die Fahnder zu verwirren. So bi wird den Gesuchten sogar zugelraut, daß sie bei spielsweise ein im Haschrausch gestorbenes mungelen unter and mit Haschrausch ersternen und Midchen unter anderem Namen verbreinen und Midchen unter annechlichend reit dem ge-

dpa/lsw 066 id

(22)

baader-meinhof

karlsruhe: ''gewissee spannungen'' zwwischen baader undmeinhof =

karlsruhe/bonn, 9. mai 76 dpa/qsw - zwischen ulrike meinhof und

den uebrigen angeklagten im stuttgarter anarchistenprozess bestanden

nach erkenntnissen der bundesanwaltschaft bereits wochen vor dem

selbstmord der 41jaehrigen ''gewisse spannungen''. bundesanwalt felix kaul reagierte mit dieser feststellung am sonntag auf informationen der in bonn erscheinenden tageszeitung ''die welt'' die unter berufung auf vertrauliche angaben der sicherheitsbehoerden von ''tiefgreifenden auseinandersetzungen'' zwischen ulrike meinhof, andreas baader, jan carl raspe und gudrun ensslin berichtete.

kaul sprach in diesem zusammenhang von einer 'gewissen entfremdung' zwischen ulrike meinhof und andreas baader. nach einem kommentar der 'welt', den die zeitung der deutschen presseagentur (dpa) uebermittelte, fuehlte sich ulrike meinhof zunehmend isoliert und bei der vorbereitung der erklaerung gudrun ensslins im prozess uebergangen, die bombenanschlaege im mai 1972 gingen auf das konto der 'roten-armee-fraktion' (raf).

als "reine spekulationen" wertete der bundesanwalt den "von der welt unterstellten kontakt" ulrike meinhofs zu arabischen guerillia-organisationen. davon sei "amtlich nichts zu verifizieren" nach angaben des blattes hatten arabische untergrundorganisationen die bedingungslose unterordnung deutscher anarchisten verlangt, und sich gegen selbstaendige wktionen deutscher gruppen ausgesprochen. dpa/lsw js pl 9. mai 76 1645 nnnn

Stutgart und Umgebung

Für den kommenden Freitag sind drei Bombenanschläge angekündigt

orotore begronen Stuttgart mit Bombe

Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett appelliert an die Bevölkerung: Jeder muß bei der Fahndung helfen

die Straßen zu meiden, die Fenster zu öffnen und in die

der Ruhe bringen zu lassen".

werden aufgefordert, zwischen 13 und 14 Uhr am Freitag

gegangen: die schriftliche Drohung, das in dieser Stadt Angst und Schrecken einziehen werden. Die "Rote gektindigt, am kommenden Freitag, 2. Juni, in Stuttgart Ein solcher Brief ist noch nie an die Bürger von Stuttgart Armee Fraktion" (oder: Bander-Meisthof-Bande) hat andrei Bombenautos explodieren zu lessen. Die Stuttgarter

Vorn Inhalt des am Samstag in Heidelberg per Eilboten aufgegebenen und an die

adressierten

Briefes erfuhr Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Klett "so etwa um 11 Uhr" am Sonntagvormittag. Was er hörte, hatte die

Presse-Agentur

welche Maßnahmen im Zusammenhang mit getroffen werden sollen. An der Konferenz einberufen, auf der geprüft werden soll, werden das Landesamt für Verfassungsschutz, das Landeskriminalamt, die Stadt den für Freitag angekündigten Explosionen Stuttgart und die Direktion der Bereit-

gen an. Die städtische Polizei ist als "Tatortpolizei" verantwortlich für die Sicher-Bombendrohung auf Stuttgart am Sonntag liefen im Polizeipräsidium die Besprechun-Schon kurz nach Bekanntwerden der sammen mit der Sicherungsgruppe Bond des Bündeskrimmalamts, mit der Sonderheit der Bevölkerung. Sie arbeitet eng zuderen Dienststellen.

in Stuttgart" (Wortlaut siehe untenstehen-der Kasten) wird erklärt, die in den Autos

In dem Brief der Bande "an die Bürger

tat steht die Baader-Meinhof-Fande, die sich osfiziell "Rote Armee Fraktion" nennt.

Stuttgarter Innenstadt drei Bombenautos hochgehen. Hinter dem angedrohten Atten-

Polizei bereits zu Blitzkonferenzen veranlaßt: am 2. Juni sollen in den Straßen der kraft von 30 Kilogramm TNT. Sie sollen zwischen 13 und 14 Uhr am 2. Juni explo-

angebrachten Bomben hätten eine Spreng-

dleren. Zwar schreibt die Rote Armee

graktion: "Niemand soll getötet werden."

Ob sie dieses Versprechen aber auch

des OB in dem historischen Raum, den nutzt, war bedeutend genug. Denn erstmals sen Saal gekommen, der einmal Tagungsstätte des Gemeinderats war", sagte Oberbürgermeister Dr. Klett in einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz am Sonntag rikestraße). Der Anlaß für den Besuch muß die Stadt Stuttgart mit einer Bombenum 18 Uhr in der Villa Gemmingen (Möheute die Polizei als Schulungsstätte drohung leben. press "high auf die leichte Schulter" ge-gemen werden. Ministerpräsident Filbla-ter het heute eine Sicherheitskonferenz-Landeskriminalamts erklärte gestern zu der Bombendrohung, sie dürfe aufgrund ler Anschläge während der vergangenen

Ein Sprecher der Sonderkommission des

Heute Sicherheitskonferenz halten kann oder will, ist völlig offen.

hungen zu tun. Nicht alle sindernst zu nehmen. Wenn eine Sache aber so aufgezogen ist, daß die Öffentlichkeit vorher orientiert dem Bedeutung beigemessen werden", erwird, was passieren soll von seiten dieser Kein Kavaliersdelikt schaftspolizei beteiligt sein.

kommission des Landeskriminalamtes, dem Landesamt für Verlassungsschütz und an-

Bevölkerung durch so eine Sache in keiner Weise aus der Ruhe bringen läßt". Der OB mahnte: "Jeder muß an seinem Platze dafür sorgen, daß solche Leute, die verbrecherisch "Ich bin viele Jahre nicht mehr in die-

"Die Polizei hat mit vielen solchen Drodie Bevölkerung aufgefordert, sich "in keiner Weise aus Keller zu gehen. Während die Polizei fieberhaft ermittelt, hat Oberbürgermeister Dr. Klett in einem ernsten Appell

dent Kuhn, die Generalstaatsanwälte Schüle sich um die Bombendrohung kümmert (ihm gehören unter anderen Landespolizeipräsiund Weinmann sowie Kriminaldirektor Frey an), berichtete Stuttgarts Polizeichef Paul Rau über die sofort eingeleiteten Arbeiten Stellvertretend für den "Krisenstab", der der Strafverfolgungsbehörden.

ich muß so sagen — Verbrecher, dann muß

sere Polizei alles tut für die Sicherheit der

klärte Dr. Klett. "Es ist notwendig, daß un-Bevölkerung und die Sachwerte in unserer Stadt. Daß dies alles geschieht, darauf verleilte das geplante Attentat auf Stuttgart: "Da geht es nicht um politische Kavaliersdelikte, sondern um das reine Verbrechen,

traue ich." Der Oberbürgermeister verur-

delberg stammende Schreiben. Wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist. Neft sich am Sonntag noch nicht sagen. der Roten Armee Fraktion ausgesprochen. worden seit Beamte des Bundeskriminal-amtes prufen zur Zeit noch das aus Heianonyme Bombendrohung tatsächlich von

Ein Brief nach Frankfurt

Er sagte aber auch. er hoffe, "daß sich die

das hier angedroht 1st."

- per Eilboten ein mit Schreibmaschine geschriebener zweiter Brief zu, in dem die Verfasser, die mit "Kommando 15. Juli, Rote Armee Fraktion" unterzeichnen, ein Schreiben vom Donnerstag vergangener Woche an diese Zeitung als Fälschung be-zeichnen. Wörtlich heißt es: "Der Brief in der FR vom 25. Mai 1972 — angeblich wie am Sonntagnachmittag bekannt wurde von der RAF - ist eine Fälschung." Der "Frankfurter Rundschau" ging

"Bs besteht kein Grund zur Besorgnis", versichere der Hürgerneiter givet. In unring naben wir das Ganze ernst zu nehmen, vor suem unser Phyzil Die hruitt.

nen Bürgern empfehlen wird, die Bedin-gungen der Bande zu erfüllen und am Frei-Es ist noch verfrüht zu einer solchen Frage Stellung zu nehmen." tag die Straßen der Stadt zu meiden, ist noch nicht heraus. Gestern sagte er dazu: der Oberbürgermeister Dr. Klett sei-

Er sagte, es sei nicht sicher, ob

gegen die Bevölkerung und eine ganze Stadt vorgehen wollen, in keiner Weise unterstützt werden." Dr. Klett forderte d Stuttgarter auf, "keine Zurückhaltung" üben und kleine und kleinste Hinweise die Polizei weiterzugeben

Nummer 124

Series A

. diesem Brief hatte ein "Kommando Thomas Weisbecker Bombenanschläge in der Bundesrepublik angekündigt. Sonderkommiss Frankfurter Pol stene ein höher Solificad ecut sei.

Dem Vernehmen nach soll der Brie Sombendrohung gegen Stuttgart gercher Machart sein, . Eine Bestatider Polizei nicht zu erhalten. gung für diese Aussage war aber bisher von

Polizei ist vorbereitet

"Heute abend um 18.45 Uhr ist noch kein Anlaß, die Dinge als herannahende Kata-strophe darzustellen", mahnte Stuttgarts Polizeichef Paul Rau die Journalisten in der Pressekonferenz. "Wir sind fest an der Arbeit. Alle notwendigen Maßnahmen sind bereits angelaufen." Über Einzelheiten und die Taktik der Polizei wollte Paul Rau verständlicherweise keine Angaben machen. Er kündigte aber an: "Manches werden die Bürger auch merken. Dieses oder jenes polizeiliche Handeln wird den einen oder angeren Irgenowann einmal Polizeiprasident versicherte: wir werden rechtzeitig die Bevölkerung unterrichten und die Verhaltensmaßregeln für den Freitag bekanntgeben."

Aber es sei bis dahin "ja noch einige Zeit". Und die werde man nicht nutzlos verstreichen lassen. "Schließlich schlafen wir nicht." Rau sagte: "Daß wir im Blickpunkt der ganzen deutschen Öffentlichkeit sein werden, ist klar." Er forderte die politischen Instanzen auf, dazu beizutragen, den Bürgern anderer Städte klarzumachen, daß sie sich mit der Situation von Stuttgart nicht identifizieren müßten "und Stuttgart ein Einzelfall bleibt".

PERMANDING

ntwer durch timender goratat

ernst Die Polizei nimmt die Drohung

Präsident Paul Rau wendet sich an die Kraftfahrer

9 fehlungen, die Polizeipräsident Paul Kau insbesondgre an die Kraftfahrer herausren zu lassen, ist Ausgangspunkt der Emp-fehlungen, die Polizeipräsident Paul Kau Ankündigung der Rote Armee Frak-, die Bomben in drei Autos explodie-

jedes Auto muß stets sicher verschlos-sen sein. Dabei ist auch auf Fenster, Kofferraum und Motorhaube zu achten. auf Veränderungen am Fahrzeug

zurücklas-Auto keine Kfz-Papiere im sen.

Garage abschließen.

nachsehen, ob Telle des Fahrzeugs fernt wurden.

höhte Aufmerksamkeit gebeten. Wer am eigenen oder einem fremden Wagen Auffälliges entdeckt, wird aufgefordert, dies unverzüglich der Polizei mitzuteilen. Wird ein Auto gestohlen, so bittet die Polizei Personal in Parkhäusern und ein Auto gestohlen, so bittet üringend um sofortige Anzeige. Das Personal in Parkplätzen wird

achten.

Telefon unter 181 e Stuttgarter Polizel 91.41 gn erreichen.

Wortlaut der Drohungen

Das Los ist auf Stuttgart gefallen

warnung! am 2. juni genau zwischen 13 und 14 uhr werden unsere raf pionier spreng experten in den stra-Ben stuttgarts 3 autos als bomben autos explodieren lassen jedes mit einer sprengkraft von 30 kg tht niemand soll dabei getötet werden die raf will beweisen daß sie wann und wo sie will zuschlagen kann und die menschen an den bombenkrieg der u s imperialisten in vietnam erinnern

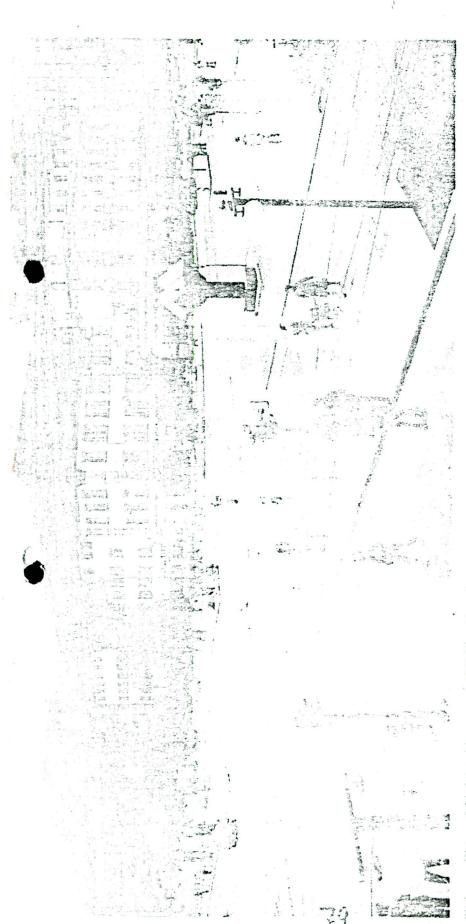
deshalb weg von den straßen in die häuser am 2. juni zwischen 13 und 14 uhr fenster öffnen und in die keller nur eine stunde das volk in hanoi und vielen anderen städten dort muß das jeden Tag viele stunden lang und stirbt trotzdem

keiner sage daß die stadt stuttgart nicht rechtzeitig gewarnt wurde sorgen sie mit daß kein schwarzer freitag wird in stuttgart

springer lügt er wurde rechtzeitig informiert 31 std. zuvor

nieder mit dem usa-imperialismus sieg im volkskrieg – klassenkampf im eigenen land habt mut zu siegen hier scheidet sich wirkliche solidarität von scheinheiligem bedauern, das bedeutet für uns dem wunsche ho-tschi-minhs nachzukommen: wollt ihr die indochinesische revolution unterstützen, so macht klassenkampf im eigenen land! lernen wir von der indochinesischen revolution, wie man die freunde von den feinden unterscheidet, wie sich das volk im kampfe vereinen kann! trennen wir bei uns klar zwischen denen, die wirkliche revolutionäre solidarität ausüben, und denen, die ein friedliches engelsgesicht machen, in wirklichkeit aber die mörder in indochina unterstützen, wie die spdregierung

rote armee fraktion, badenwürttemberg kommando 2. juni.



Blick vom Kleinen Schlobplatz hinunter um 13.20 Uhr. Wo sich sonst Autos und Fußgänger drängen, herrscht i

Kein schwarzer Freitag für Stuttgart

36.75

Berufsverkehr in die Innenstadt. 180 000 bis 200 00 Leere Straßen, offene Fenster, geschlossene Ladentüren Die Schwaben zitterten zwar nicht, gingen jedoch auf Nummer Sicher / Von Rainer Rheude und Rainer Wochele Es ist keine Bombe explodiert, und Stuttpert hat Tag schwebte. Gerchiossene Geschäfte, geoffnete sich durch die Bombendrohung nicht mattactzen Versterfronten, Jeere Seitenstraben und kaum bein der angebildt in dra leaguen, daß die Dobang die Bevölkerung ver-leren sollten, vorwiegend unrichert hat, wes sich gegen Mittag in einer ge-Ansonabia schangele alles Fühnnten und aströßen Atmosphäre bemerkbar kennt hatten. Der Terrer fand zwar nicht statt, und Panik und Hysterje machten sich nirgendwo und zu keiner Sinnato breit. Dach es ist andererseits nicht zu Grenzen der polizettichen Bemühungen durchaus ertwischen 13 und 14 Uhr, in der angeblich in droi gegangen. In der innenstadt sah man in der lassen. Aber ein Tag wie jeder

With Latte der Tag fit die Statigarter begonnen? an einen Samstagenerbrittag zwies kunnelen nach Ca-machte, schäftsschiuß, Ladiglen, dau starier Polizakuiternet Wies P

Autos Sprengsätze detonieren seilten.

ugendliche Schaufustige.

schier unlösbare Aufgabe für die Polizei. Die Öhn-macht der Ordnungshüter zeigte sich bereits in den Tagen zuvor: Der Zwang, Erfolgsmeldungen zu ver-Sonntag habe man bereits 15 000 Fahrzeuge kontrolöffentlichen, nahm teilweise grotesk anmutende, Forich Bomben gezundet werden. Sie zu finden -

.. Ungewollte Sympathisanten sind zum Beispiel auch jene Journalisten, die in den letzten Wochen nichts anderes zu tun wußten als vor der Gefahr der Hexenjagd zu warnen, während nur eine wirklich akute. Gefahr bestand - die Bomben der Baader-Meinhof-Bande. Und schließlich ist die Dosis Sympathie auch bei jenem Stuttgarter Kreis um den Schriftsteller Helmut Heissenbüttel zu finden, der jetzt in einem Brief an Minister Ehmke empfohlen hat, man solle mit Terroristen wie mit gegnerischen Staaten oder Parteien verhandeln.

Ideologische Entwicklungshilfe - wozu?

Die Sympathie in all diesen Schattierungen hat einiges dazu beigetragen, daß Linksradikale zu Aufwertungsfiguren wurden. Das heißt: Weil viele Zeitgenossen — und oft genug gescheite Leute - ihre gesellschaftspolitischen Ideen und Hoffnungen auf die Revolutionäre projizierten, haben sie diese auch unverhältnismäßig aufgewertet. Sie haben sie durch ihre Projektionen zu viel mehr gemacht, als sie eigentlich waren, und von diesem psychologischen Aufwind ließen sich Radikale und Anarchisten gerne tragen.

Eine Lernaufgabe der nächsten Zeit wird es sein, die psychologischen Folgen des Sympathisantentums zu ergründen. Klarer als bisher muß auch die Frage beantwortet werden, ob Radikale im öffentlichen Dienst wirklich tragbat sind und ob terroristische Handbücher tatsächlich in Buchhandlungen gehören. Es wird außerdem gut sein, Politiker wie den niedersächsischen Kultusminister von Oertzen lauter danach zu fragen, weshalb das Studium von Ernest Mandel an den Gymnasien notwendig

Wir müssen fragen, wie lange und wie weit wir das Mißtrauen und die Absagen gegenüber unserer Staats- und lesellschaftsform durch ideologische Entwicklungshilfe fördern wollen. Dieser Staat ist nicht brüchig und krank. Aber er hat auch schon gesündere und solidere Zeiten gesehen als heute beispielsweise im Bonner Parlament. Die Aufgabe ist, ihn vor Krankheiten zu schützen. Besonders vor dem Virus der devlogie.

Aufatmen

Stuttgart kann aufatmen. Es explodierten glücklicherweise keine Bomben. (Ob dies dem wirkungsvollen Polizeieinsatz zu verdanken war, das heißt, ob die Bombendrohung gegen Stuttgart wirklich von linksradikalen Terroristen stammte oder ob ein Verrückter uder ein Mutwilliger dahintersteckte, das läßt sich bis heute noch nicht sugen. Vielleicht kommt es nie heraus. Möglicherweise war die Ankundigung des Terrors ein taktisches Manöver zur allgemeinen Verunsicherung der Bevolkerung. Wenn dies das Ziel der Terroristen gewesen sein sollte, dann ging ihr Schuß ins Leere.

Stuttgart, seine Bürger und die Polizei haben eine schwere Prüfung gut bestanden. Die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung waren wohlüberlegt und geeignet, das Vertrauen in die Ordnungskräfte wieder zu festigen. Daß es da und dort zu übertriebener Hektik oder Angst gekommen ist, ist in einer so schwierigen Situation unvermeidlich

Uberall wurde sehr wohl begriffen. daß es die Terroristen waren, die uns ein ungern gesehenes Bild aufzwangen: eine von Polizei strotzende Stadt. Dennoch kann nach dem gestrigen Freitag niemand so tun, als sei nichts geschehen. Einfach zur Tagesordnung ubergenen, hiebe, sich leichtfertig einer noch nicht abgewendeten Gefahr aussetzen. Noch sind Terroristen auf freiem Fuß, die übermorgen mit ihren Drohungen Ernst machen könnten. Dessen muß sich die Bevölkerung bewaßt bleiben, ohne deshalb in Panik 21 geraten. Joachim Schlüter

Von Baader-Meinhoi-Anhängern neue Gewaltakte befürchtet

Stuttgart (dpa) Der Präsident des baden-württembergischen Landeskriminalamtes (LKA), Kuno Bux, rechnet "mit Sicherheit" mit einer "neuen Welle von Gewaltakten von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe" bei Beginn des Prozesses gegen den "harten Kern" der Organisation im kommenden Jahr. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks wies Bux auf die Sprengstoffanschläge gegen Richter und Gutachter in Kaiserslautern, Karlsruhe und Bad Homburg sowie auf "laufende Drohungen" gegen Personengruppen hin, die mit der Aufklärung von Baader-Meinhof-Delikten in Zusammenhang stehen. Er kündigte eine intensive Fahndung nach den noch 20: gesuchten Mitgliedern der Gruppe an, um den "bundesdeutschen Anarchismus" zu beenden. Unter Hinweis auf Gruppierungen zum Beispiel an Universitäten, die "mindestens" mit der Ideologie der Baader-Meinhof-Gruppe sympathisierten, sagte Bux: "Wir haben Nachfolgeorganisationen entdeckt, die derzeit noch bestehen."

Banda Wohnungen gemietet.

Wurden in letzter Zelt Maschinen.

pistelen und Munition gestehlen.

m. in Südbaden wurden hochwerilge Funkgoräte des Roten Kreu
zes geraubt.

m. Eiliches Kennzeichen flog zweimal niedrig über Gefängnisse, in
mal niedrig über Gefängnisse, in
men menn Mitglieder der BaaderMeinhof Bande saßen. nenninistor Karl Schieß zwoifelt nicht daran, daß Melnhof und Ensslin bofreit werden

Stuttgarter Polizoikreise ber Grutgarter Polizoikreise ber Gretten, daß linko forroiten Gretten, daß linko forroiten Gretten, daß linko forroiten Gretten, daß linko forroiten Gretsfold mit Zyankall versey. Seen wellen, um die Freilarsung der Bandoncheffn Unike Meinheit und Inter Komplitin Gräffung für zu erzwingen. Im Stuttgart auf ihren Prozoß. Iransportwagon Tyankall gestoh-len worden war, sagjo cin Poll-avs. Beantor: "Dio Menge reicht avs. un das Trikkwasser einer Großstadt zu vorgitten."

> zum zebtpunkt der festlegung von stuttgart als prozessort nach der verlegung von gudrun und ulrike nach stammheim

Radikale planen Anschläge während der Fußball-WM

ASD, Bonn

Bundesinnenminister Genscher hat den Innenausschuß des Bundestages über neue Terrorpläne von Mitgliedern der Baader/Meinhof-Bande informiert. Danach planen die Angehörigen der Roten-Armee-Fraktion (RAF) für die Zeit der am 13. Juni beginnenden Fußball-Weltmeisterschaft in der Bundesrepublik Entführungen und Attentate.

Wie am Donnerstag verlautete, rechnet die Bundesregierung noch mit zusätzlichen Gewaltakten ausländischer Terroristengruppen. Für die Weltmeisterschaften sind deshalb umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen geplant.

Aus dem Bundeskriminalamt verlautete, daß die Sicherheitsbehörden schon seit einiger Zeit Kenntnis von Terrorplänen anläßlich der Fußball-Weltmeisterschaft haben. Nach den vorliegenden Informationen werden von den Bandenmitgliedern unter anderem prominente Persönlichkeiten und deren Familienangehörige, die als mögliche Opfer in Frage kommen, beschattet.

Nach den Erkenntnissen der Sicher-heitsbehörden wird die Vorbereitung der Gewaltakte von den inhartierten Führern der Baader/Meinhof-Bande gesteuert. Festgestellt wurde in diesem Zusammenhang, daß sich die Besuche für die Terroristen in den Gefängnissen häufen

> Europäische Justizminister konferieren in Wien

ag. Wien (Eigener Bericht) Eine zweitägige Konferenz der Justizminister der Mitgliedsstaaten des Europarates und Finnlands wurde in Wien von dem österreichischen Ressortchef Christian Broda eröffnet. Zur Diskussion stehen unter anderem die Möglichkeiten zur Schaffung einheitlicher Rechtsgrundlagen für die Untersuchungshaft, die Führung von Zivilprozessen im Ausland, die Organverpflanzungen sowie für die Entschädigung von Verbrechensopfern.

In einem Bericht der britischen Regierung werden regelmäßige Haftprüfungstermine, die zeitliche Begrenzung der Untersuchungshaft und rasche Verfahren für Haftbeschwerden vorgeschlagen. Broda empfahl in einem Bericht eine Reihe von Maßnahmen, mit denen ausländischen-Prozeßbeteiligten-Verfahrensmilfen gewährt werden sollen. Belgien hob die Notwendigkeit hervor, daß bei gesetzlichen Regelungen für - Organtransplantationen die: Einwilligung von Spender und Empfänger ebenso verankert werden müsse, wie die Unverkäuflichkeit von Organen. Der holländische Justizminister sprach sich dafür aus, daß - wie schon in seinem Land, in Großbritannien und in Schweden - die Opfer von Verbrechen grundsätzlich ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit entschädigt wer-

Chaoten bedro el elle Weilmeis al ana

Geheimdienste haben Hinweise / Bundeswelter, Sicherheitsausschuß / 1200 Polizisten überwachen Endspiel

Von unserem Redaktionsmitglied Robert Oberpeilsteiner

ten uns mit Franz Halmerl, dem Vorsitzenden des Ausschusses über aktuelle Probleme, te der bundeswell zuständige i.Ad-hob-Ausschun "im Alunchner Polizeipräsidigin, Wie unierlielten die Sieherheitsexperten tür die Fußball-Weltmeisterschaft in Spannung. In diesen Tagen tag-Anonyme Drohungen und nachrichtendienstliche ninweise über "gefährliche Aklivitäten" hal-CONTRACT POWER OF THE STANDS O

schusses, kennt die Grenzen polizeilicher All-'setze" erschwere die polizeiliche Ermittlungsat-Beit. (17) wiederholt, können wir nicht, geben." Dennoch und Vorsitzender des Ad-hoc-Sicherheitsaus-Nur die "sehr freiheitliche Handhabung der Geglaubt er: "Eine Weltmeisterschaft ist, macht sehr wohl: "Die Garantie, daß sich ein Deutschland nicht gefährlicher als anderswb." Massaker wie bei den Olympischen Spielen nicht

Spieler vor. "Wir nehmen diese Hinweise sehr richtendienstlicher Erkenntnisse aus." So traf ernst und werten sie unter Zuhilfenahme nachverschiedensten Selten gegen WM-Stadien und ein Brief ein, unterschrieben mit "RAF" (Rote ganisation einen Raketenüberfall auf das Ham-Armec-Fraktion). Darin drohte die radikale Orburger Volksparkstadion and finite of the Mittlerweile liegen bereits Drohungen von den

"Es passiert ètwas Furchtbarès"

oder um einen Anschlag auf Mannschaften hanpassieren". Ob es sich um ein Bombenattentat hiell es nur, in München solle ,etwas Furchtbares Quelleh übermittelt wurde. Heimerl erklärt, "da deln sollte, wußte der Informant nicht. Auch formation cin, die von nachrichtendienstlichen Aus "zuverlässiger Quelle" traf auch eine In-

Franz Haimerl, 48jähriger Oberpolizeldirektor i über die eventuellen Täter gab er nicht Bescheld. Die Drohungen stammen häufig von Psymit dabel." chopathen, doch Halmerl räumt ein: "Auch linksextreme Gruppen und Terroristenkreise sind

einem Beamten des Bundesinnenministeriums "Checkliste" über mögliche Sicherheitsstörun-Er traf sich, so Haimerl, seit einem dreiviertel und dem Sicherheitsbeauftragten des Deutschen chen Vertretern der an der Ausrichtung der Fuß-Jahr zu periodischen Tagungen und ging eine ball-Weltmeisterschaft beteiligten Bundesländer, Fußball-Bundes, Dr. Hans Rückert, zusammen "Der Ad-hoc-Ausschuß setzt sich aus polizeili-

sind." Doch auch hier ging man auf "Nummer Si-Aberglaube der Fußballmannschaften: "Viele buchten die Quartiere noch nicht. Wir wissen alcher"; "Die einschlägigen Münchner Hotels wurso noch nicht, welche Hotels zu überwachen sprechen. Mitglieder des Weltfußballverbandes sche Fußball-Bund den Teams nur solche Quarlen hin untersucht," Zusätzlich schlug der Deutden inspiziert und auf mögliche Gefahrenquel-(FIFA) und des DFB werden von Sicherheitsbe-Kopfzerbrechen bereitet dem Experten der

Kontakt zu Delegationen 825

von ihnen sofort auf und gehen ihnen nach", sagt und Hinweise über mögliche Gefahrenquellen den Delegationen. "Wir nehmen Anregungen Sicherheitsbeamten in ständigem Kontakt mit Mannschaften einstecken zu müssen, stehen die Um im "Fall X" nicht Vorwürse von den

gen durch spoer diese Storungenswerden dann Janhert. Die Zusammenarbeit habe sich mittlerweile so guistig gestaltet, daß die Brasilianer "Ihren", Kriminalbeamten, der für das Traiüber sie wacht, auch zum eventuellen Endspiel ningslager, in Herzogenhorn im Schwarzwald nach Mühchen mitnehmen wollen.

"Uberprüfung aller verdächtiger Personen". Das während der Spiele und - jetzt schon - die Anarchisten zum gegenwärtigen Zeitpunkt "ob-Haimerl dementierte allerdings, daß in München könnten, schon unter Beobachtung" stünden. geht so weit, daß "Leute, die etwas unternehmen ne yerschärfte Überwachung der Flughäfen serviert" würden. Zu den Vorsichtsmaßnahmen zählt ebenso ei-

Haimerls Alptraum

Oberpolizeidirektor. Doch trotz all dieser Vorbespräche. Er nimmt die Sicherheitsfragen für die cherheitsausschusses informieren. Bruno Merk Polizeireseenten ständig über die Arbeit des Sireltungen hat Franz Haimerl einen Alptraum führte auch mit Franz Haimerl intensive Gebleibt.uns so etwas erspart." Bombenanschlag in Rom denken. Hoffentlich Fußball-Weltmeisterschaft sehr ernst", sagt der Attentat an den israelischen Kindern und der "Ich muß immer wieder an diese Bilder von dem Bayerns Innenminister läßt sich über seinen Polizeidienststellen informiett.

den Sicherheitsorganen zu schäften muchen:
Schutz der Mannschaften und Unterkuntte, Im wesentlichen sind es sechs Komplexe, die

Betreuung der Delegationen und Ehrengäste,

Training, Sicherheitsüberwachung bei Fahrten und

Bewachung des Stadions,

• Maßnahmen bei Katastrophenfällen und

Verkehrsmaßnahmen.

Spezialkommandos einsatzberett

ger" des "Spezial-Eingreiskommandos" und des apparate zur Überprüfung verdächtiger Persosperrbereich mit Radar und Polizeihubschraubereit. Uber dem Olympiastadion wird der Luftnen oder Gegenstände, Funkapparate und transtechnischen Hilfsmittel stehen bereit: Röntgen-Polizeibeamte zur Verfügung. Auch die "Ranbern überwacht. Auch die modernsten kriminal-"Mobilen Eingreifkommandos" stehen auf Abruf wirkung bei einer etwaigen Detonation ableiten. fahrlos transportiert werden, da sie die Druckportable Fernsehkameras. In sogenannten "Delaborlerungsfahrzeugen" können Bomben ge-Für diese Aufgabe stehen beim Endspiel 1200

Besuch des Anwalts kurz vor dem Tod

Am letzten Tag seines Lebens erhielt Meins den Besuch seines Anwalts Haag aus Heidelberg. Meins richtete sich selbst von seinem Bett auf, zog seine Schuhe an und ließ sich von Beamten auf der Bahre in den Besuchsraum tragen. Dort war er von 13 bis 15.10 Uhr mit seinem Anwalt zusammen. Nach dem Fortgehen des Anwalts stellten die Bediensteten der Justizvollzugsanstalt eine bedeutende Änderung des Zustandes von Meins fest. Sie hatten diesen Zustand jedoch zunächst nicht als bedrohlich betrachtet. Meins habe, nachdem er wieder in seiner Zelle war, heißes Wasser verlangt, das ihm ausgehändigt wurde. Gleichzeitig wurde ihm gegen 16 Uhr eine Zeitung in die Zelle gereicht. Zu diesem Zeitpunkt schien der Zustand des Gefangenen derart verändert, daß nach Hinzuziehung des Sanitätsbeamten ein praktischer Arzt aus Wittlich gerufen wurde. Der Arzt traf um 17.15 Uhr ein und konnte nur noch den Tod feststellen. Daraufhin veranlaßte die Staatsanwaltschaft. Trier die Überführung der Leiche ins Gerichtsmedizinische Institut der Universität Mainz, wo der Direktor des Instituts, Professor Leithoff, noch in der Nacht zum 10. November die Obduktion vornahm. Nach Auskunft von Theissen habe der Anstaltsarzt den gefährlichen Zustand, in dem sich Meins befand, bis 8. November 1974 nicht als gegeben angesehen. Einen Anlaß zur Überprüfung in einer Intensivstation des Krankenhauses hätten die Vollzugsbeamten nicht für notwendig gehalten. Damit ist freilich nicht die rapide Gewichtsabnahme des ohnehin sehr hageren Meins erklärt.

Der Justizminister setzte sich für gesetzgeberische Maßnahmen ein, beispielsweise für eine umfangreiche Regelung zum Ausschluß des Strafverteidigers bei dringendem Verdacht der Tatbeteiligung oder Begünstigung. Außerdem plädierte er für den Verteidigerausschluß bei "Verfahrenssabotage". Schließlich seien genaue Regelungen über den Verkehr der Gefangenen mit ihren Verteidigern zu treffen.

Mordanzeige gegen Gefängnisarzt

Dortmund (ddp)

Das mutmaßliche Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe Lothar Gend hat gegen den Arzt

und den Leiter der Bochumer Strafvollzugsanstalt Strafanzeige wegen Mordversuchs erstattet. Wie sein Rechtsanwalt Hugo Brenzel weiter mitteilte, soll außerdem Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht werden, weil die Verantwortlichen "in gröbster Weise ihre Fürsorgepflicht verletzt" hätten. Der Verteidiger forderte zudem die Einweisung Gends in eine Krankenanstalt, da dieser eigenen Angaben zufolge durch Hunger- und Durststreik 30 Pfund abgenommen habe und nur noch 64 Kilo wiege.

Häftling in Klinik verlegt

Zweibrücken (dpa)

Das angebliche Mitglied der Baader-Meinhof-Bande Wolfgang Grundmann, der sich seit dem 13. September in der Zweibrücker Haftanstalt im Hungerstreik befindet, ist in ein Krankenhaus in Zweibrücken verlegt worden. Der Untersuchungshäftling ist des Mordes an einem Polizisten und des Raubes angeklagt. Grundmann war ebenso wie Klaus Jünschke und Manfred Grashof von einem Arzt ihres Vertrauens untersucht worden. Dabei soll der Arzt Dr. Jakobs, wie in Frankfurt verlautete, die "unverzügliche Einlieferung" Grundmanns in eine Klinik verlangt haben.

Anwalt Haag weist Vorwürfe zurück

Rechtsanwalt Haag bezeichnete in einem An ruf bei dpa in Hamburg die von der Staatsan waltschaft aufgeworfene Frage nach einer mög lichen "alkoholischen Beeinflussung" von Meins als einen Versuch der Staatsanwaltschaft, mit "haltlosen Verdächtigungen" und "Methoden der Diffamierung" von sich selbst abzulenken und den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Zu indirekten Verdächtigungen, er habe nicht mit allen Mitteln den Tod von Meins zu verhindern versucht, erklärte Haag, er habe während seines Besuchs bei ihm eine sofortige ärztliche Untersuchung des seiner Meinung nach in Todesgefahr schwebenden Meins gefordert. Es seien jedoch weder der Leiter der Justizvollzugsanstalt noch der behandelnde Arzt zu erreichen gewesen. Auf seinen Hinweis, daß Meins im Sterben liege, habe ein Sicherheitsbeamter ihm gegenüber gesagt: "Das stimmt nicht."

3459 / 238

POLI

Der Baader/Meinhof-Dunstkreis reicht bis an die Weser

Die Bremer Bombe hat eine explosive Vorgeschichte

CLAUS-WERNER CARO, Bremen

Die gemessen an anderen Bundesländern noch heile Welt der Freien und Hansestadt Bremen hat einen Knacks wegbekommen, Seit Samstag nachmittag fühlt sich auch die Bevölkerung der Weserstadt verunsichert. Um 16.14 Uhr ging in einem Schließfach des Hauptbahnhofs eine Bombe hoch. Sie zerstörte Wände und Decken und den Glauben der Bevölkerung, daß in dieser politisch und wirtschaftlich so stabil erscheinenden Stadt selbst Anarchisten eine Bahnsteigkarte lösen müssen, ehe sie eine Revolution anzetteln könnten.

Die Bombe riß stählerne Schließfachtüren aus ihren massiven Angeln und schleuderte sie bis zu zwanzig Meter weit in die Menschenmenge. Sechs Personen wurden verletzt. Hunderte, die bis zu diesem Zeitpunkt die große Haupthalle des Bahnhofs bevölkert hatten, stürzten zu den Ausgängen. Sie waren mit der Bundesbahn gekommen, um in der Stadt den verkaufsoffenen Samstag für ihre Besorgungen von Weihnachtsgeschenken zu nutzen.

Es war nicht die erste Bombe, die in der Hansestadt hochging. Erst wenige Wochen zuvor war in einer Wohnung der Bremer Neustadt eine explodiert selbstgebastelt von zwei Männern, von denen der eine verletzt und gefaßt wurde und der andere entkommen konnte. Aber niemand im Umkreis der Stadtmusikanten und des Rolands hatte im Ernst daran geglaubt, daß die in der Neustadt produzierten Sprengkörper dem Ziel dienen sollten, den Frieden in der eigenen Stadt zu stören. Bremen, so meinte man, und so sahen es wohl auch die Verantwortlichen in den demokratischen Parteien, Bremen kann nicht das Brackwasser sein, in dem Anarchisten schwimmen könnten. Ein Glaube, der wohl sehr sorglos gemacht hat.

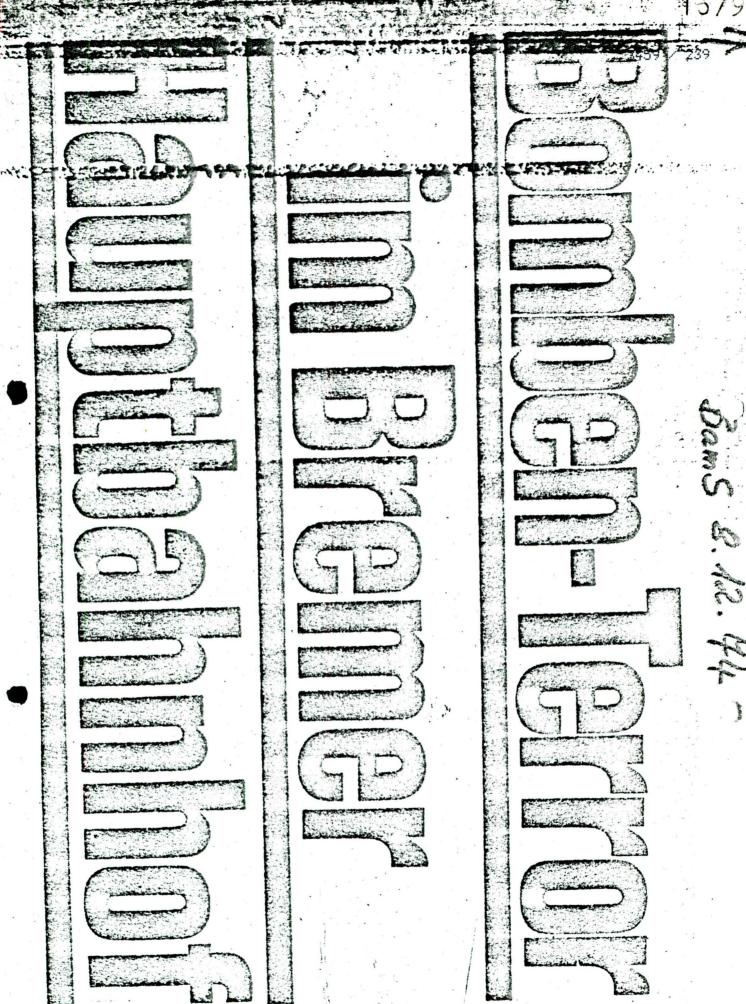
In dar Nacht nach Bekanntwerden des Hungertodes des Anarchisten Holger Meins wurden mit schwarzer Faroe aus Sprühdosen auf den gelben Grund eines den Dom umgebenden Bauzauns die drei Worte "Holger Meins ermordet" geschrieben. An anderen Stellen der Stadt geschah gleiches. Der Bauzaun mit dem Satz der aus einem Selbstmord einen Mord machte, befindet sich genau dem Gebäude des Bremer Parlaments gegenüber. Tag für Tag konnten und können die Abgeordneten der drei Bürgerschaftsfraktionen ihn nachlesen. Entfernen ließen sie ihn nicht; nicht

dort und nicht an anderer Stelle der Stadt. Dabei gaben sich Sympathisanten der Anarchisten alle Mühe, den von Baader/Meinhof und ihren Komplicen erstrebten bewaffneten Kampf in das Bewußtsein des Volkes von Bremen zu tragen. So durften in einer der beliebte-sten Einkaufsstraßen der Innenstadt auch nach der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann junge Lehrer ungehindert und lautstark die Notwendigkeit der Zerschlagung von Staat und Gesellschaft zur Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft auch unter Anwendung von Waffengewalt predigen. Daß sie Lehrer waren, gaben sie zu. Die Schulen jedoch, an denen sie lehrten, wollten sie nicht nennen, weil Schulen "bekannt-lich die Brutstätten der Denunziation für den Staat sind".

Wenige Minuten vor der Explosion im Hauptbahnhof teilfe ein bislang Unbekannter der Bremer Feuerwehr telefonisch mit, daß in einem der großen Kaufhäuser der Innenstadt eine Bombe liege. Dort wohl sollten die Polizeikräfte gebunden werden. Vier Minuten später krachte es in der Schließfachanlage des Hauptbahnhofs. Weitere 46 Minuten Bombendrohung mit Hinweis auf ein anderes Kaufhaus der Innenstadt. Es war offenbar die Taktik der Anarchisten, den Staatsapparat lahmzulegen. In Bremen kennt man diese Taktik nun auch.

Der SPD-Senat und die mit Mehrheit im Parlament regierenden Sozialdemokraten werden sich überlegen müssen, ob sie im kommenden Wahljahr weiterhin dulden können, daß DKP-Professoren an der Reformuniversität ungahindert von der "Niederknüppelung des Streiks der Ford-Arbeiter durch die SPD-Regierung" und über den notwendigen "Kampf gegen das Zusammenspiel von Kapital und Gewerkschaftsbonzen" sprechen und daß Extremisten den Mord am Berliner Kammergerichtspräsidenten ebenso ungehindert als "notwendigen Akt im politischen Volkskampf" und die Untersuchungshaft weiterhin als "Isolationsfolter der Klassenjustiz" bezeichnen dürfen.

Die Bombe im Bahnhof hat bewiesen, wie anfällig auch die Hansestadt gegenüber Straftätern ist, die als Kriminelle zu bezeichnen man an eben jener Reformuniversität höchstens hinter vorgehaltener Hand und im Flüsterton wagen darf.



CHARLES OF Fuffichiachten bunnier Mene Anschläge befurchtet Edina Verienza - USDIGOLUSS 180manuol EXPIOSION.

Von WERNER KAHL

Bremer Mauptbalmhof in der neuen (Byl.) zu suchen? Auf die Spur dieser Bander-Weinhof-Nachfolger Sind die Bombenleger Hamburg-Bremer Bande "Rewegung der revo-lutionären – Linken" Bremen, 8. Dezember

war die Polizei bereits am 7. Oktober in Bre-09 gefüllter men gestoßen. In einer (Bremen-Neusladt) ex-3-Zimmer-Wohnung Pappelstraße cin Benzinkanister. Rurangstoff plodierte der

Kursbuch

der Sprengstoffherstel-lung, Durchführung eines Bombenanschla-ges," Die Bande entwickel-"Herstellung von Bom-benhülsen, Beendigung suchte Rainer Hochstein (35) und der erst 18jähri-ge Andreas Vogel, ein "Pistolenheld".

Die Bande, die auch

6 Schrifte der neuer

steckbrieflich

le ferner eine "Kleine der Bremer Plan sah "irgendwann in diesem Herbst" eine die Bomben-Wohnung ge-funden worden war. Der ebenfalls noch druck-3ombenanschlägen vor. Anschlagstrategie Norddeutschland", Bomben-Wohnung Serie von frisch in Kaufhäusern, Banken, Polizeistationen, Zei-tungsfläisten und Fabri-ken. Darin heißt es für den Monat Dezember: razzla durch das Netz cinem Zeitplan - elnem bei der jüngsten Großder Fahndung schlüpfte, arbeitet erstmals nach Attentate in Bahnhöfen,

Gab die Bande auch da-für jetzt den Start-schuß? Es heißt unter ande-rem darin (die Wochen-

lumsangabe, erst kurz vor dem Anschlag sollten vermutlich die ge-nauen Termine eingeage sind noch ohne Danauch Termin setzt werden): 1. Schritt:

für

a) Hamburg. Montag vormittag in den Kauf-Namen sind der Redaktion be-Brandsätze installieren. ieweils nüuserm tannt)

6. Schritt. a) Ham-urg: Sprengstoffananbringen 5. Schriff, Hamburg, Bremen: schlag gegen Rundfunkund explodieren lassen. Brandanschildge nu Bullenwagen verüben. Sprengsätze Blockland Hannover, burg:

104.784.15.34

16; Wer stoppf endlich den Terror? übertragungsmast.

Es müssen Taschen-brandsätze mit Säure-Bacader-Weinhof-Bando

häusern... der Bremer Innenstadt jeweils zwei Brandanschläge wie un-ter 1. Schritt verüben. 3. Schritt: vormittag in den Kauf-Bremen, Dlenstag a)

woch nacht Brandan-schläge, Ruhe, Nur Ner-Hamburg: venterieg führen.

Zurückziehen aus der stoffanschläge auf einen Überlandleltungsmast. Gegend. Nichtsmehr mab) Hannover: Spreng-Sich In Süddeutschland formieren." (Lesen Sie bitte auch auf

zünder seln, die späte-stens nach einer halben MIIII-Stunde zünden... 2. Schrift:

3459 / 240

Deutsche Terroristen drohen der schwedischen Königsfamilie mit Tod

"Kommando Siegfried Hausner" fordert zwei Millionen Mark und Amnestie für Baader-Meinhof-Mitglieder - Anch Raketenüberfall auf Stuttgart angedroht

Von unserem Beresnondenten/Nachrichtendienste

rpf. Stockholm / ru. Heldelberg / Koln. Eine deutsche Anarchisten- Ministerin Leijon, die für die schnelle Austunge. die sich "Kommando Siegfried Hausner" nennt, hat der Schwester des weisung der deutschen Terroristen aus gruppe, die sich "Kommando Siegfried Hausner" nennt, hat der Schwester des schwedischen Königs Karl XVI. Gustav, Prinzessin Christina, deren Mann Tord Magnusson sowie der schwedischen Ministerin ohne Geschäftsbereich, Anna-Greta Leijon, mit dem Tod gedroht, wenn nicht zwei Millionen Mark an die Hilfe" in der Bundesrepublik überwiesen werden. Gefordert wird auch mnestie für alle Mitglieder der "Rote Armee Fraktion". Das Kommando ierner, Raketen auf Stuttgart zu schießen, wo in Kurze der große Baadernof-Prozeß beginnen soll.

Die Drohung war in einem am Donners- tion des bei dem Überfall getöteten Terro-g in Hamburg aufgegebenen Brief an die risten Ulrich Wessel habe ergeben, daß er ag in Hamburg aufgegebenen Brief an die Stockholmer Zeitung "Expressen" enthalten. Siegfried Hausner gehörte zu der Terroristen-Bande, die am 24. April die Deut-Botschaft in Stockholm überfallen hatte. Er starb an den Folgen seiner Ver-Lizungen. In diesem Zusammenhang verautete in Stockholm, daß die vorzeitige Detonation einer Handgranate bei dem Überfall auf die Botschaft vermutlich zu ier Explosion einer großen Sprengladung und Zerstörung des 3. Stockwerks des Botchaftsgebäudes geführt habe. Die Obduk-

durch eine Handgranaten-Explosion ums Leben gekommen sei. Wessel habe den Sprengkörper auf die Straße werfen wol-

Das "Kommando Siegfried Hausner" beschuldigt Ministerin Leijon, den an dem Stockholmer Überfall beteiligten Terroristen durch Ausweisung zum Tode verur-teilt" zu haben. Ein solcher Akt Röhne nicht "ungestraft" bleiben, hieß es in dem Brief, in dem die Anarchisten drohen, sie ben sowjetische SM-Raketen auf Stuttgart abzuschießen. Eine solche Drohung hatten die Anarchisten der "Rote Armee Fraktion" bereits vor der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 gemacht. Die Verfasser des Briefes drohen auch mit Flammenwerfern, Senf-Baader-Meinhof-Häftlinge zu erreichen Außerdem wollen sie eine schwedische gas und Bomben, um die Amnestie für die Kirche in die Luft sprengen. In dieser Kirche könnten die Gläubigen schon jetzt singen "Näher mein Gott zu dir", heißt es in dem Drohbrief weiter. Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) sind in Stockholm in die Ermittlungen eingeschaltet. Für die am Freitag die Stockholmer Terroristin

Schweden verantwortlich ist, wurden erhöhte Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Prinzessin Christina, die im schwanger ist, und ihr Mann halten sich gegenwärtig im Ausland auf.

Baader-Anwalt wieder frei

Nach vierstündiger Verhandlung hat der zuständige Richter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe am Wochenende den Erlaß eines Haftbefehls gegen den Baader-An-walt Haag (Heidelberg) abgelehnt. Haag wurde wieder freigelassen. Nach Angaben

(Fortsetzung auf Seite 2)

Terroristen drohen...

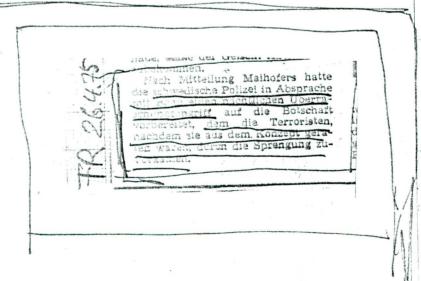
(Fortsetzung von Seite 1)

des Sprechers der Bundesanwaltschaft ist Haag jedoch weiterhin verdächtig, Waffen für eine kriminelle Vereinigung aus der Schweiz übernommen zu haben. Es bestehe jedoch keine Fluchtgefahr. Die Festnahme Haags stütze sich auf die Aussage eines anonymgebliebenen Zeugen. Haag selbst nannte gestern seine Festnahme einen "fehlgeschlagenen Versuch", den letzten Wahlverteidiger von Baader von der Verteidigung auszuschließen.

Wie das Anwaltskollektiv in Heldelberg gestern ferner mitteilte, mußte sich die Heldelberger Rechtsanwältin Marie-Luise Becker in der Bremer Haftanstalt, wo sie Hanna Krabbe besuci te, angeblich auf Anweisung aus Karlsruhe nackt ausziehen und einer Leibesvisitation unterziehen.

Die Ermittlungen über die Schießerei zwischen Anarchisten und Polizisten in Köln haben ergeben, daß sich der erschossene Anarchist Werner Sauber seit über einem Jahr unter dem Tarnnamen Tangermann in Köln verborgen hielt, dort eine Wohnung in der Remscheider Straße 77 hatte und als Blechstanzer bet der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz arbeitete. Der festgenommene Anarchist Roland Otto hatte bei Sauber unter dem Tarnnamen Wolfgang Marquardt als Untermieter gewohnt.

Theupfalz 112.5.7



Berlin Hamburg, 2. Mai t

Nach drai Bomben-Anschlägen der Terroristen in Barin Mainz und Ludwigsnalen dront möglie cherweite neue Gelahr: Deutsche Sicherheitsbeamterbefürenten, daßt die Baader-Meinhof-Banda 55 Stahillaschen mit tödlichem Senigas besitzt - und damit Attentate plant.

Die Senigas-Flaschen warens vor einigen Ta-

den dus elnem Bunter des Bundes Munaterloger (Niederacheen) gestohlam won

Ein honer deutscher Geheim densibeamier Schön: Var Jahren nat die BM-Bande, geplant, des Depot auszurauben, 1972 hatte sie es schon einmal versucht, woren-aber gestört worden.

Staatsanwaltschaft q nert

Kampigas-Dieben Straffe iheit zu

Lüneburg (dpa)

Wegen der besonderen Gefährlicheit des am Wochenende aus einem Depot der Bundeswehr in Munster-(Landkreis Soltau) - gestohlenen 53 Liter hochgiftigen Kampistoffes aus-dem Zweiten Weltkrieg hat die Lüneburger Staatsanwaltschaft den Tätern Straffreiheit zugesichert, falls diese den Aufbewahrungsort melden. Die Behörde begründete ihren Entschluß mit dem Vorrang des Schutzes der Bürger vor einer Strafverfolgung. Nach Kenntnis der Gefährlichkeit dieser Kampfstoffe britischer Herkunft, die in Munster zentral gesammelt und zur Vernichtung eingelagert waren, könnten die Täter nach Auffassung der S'natsanwaltschaf, und des zuständigen Gerichts versucht sein, sich des Diebesgutes zu entledigen und es irgndwo wild abzulagern. Die Staatsanwaltschaft betonte, die Ermittlungen würden sofort eingestelt, sobald die Behälter aufgefunden seien. Es genüge auch ein anonymer Anruf bei jeder Polizeidienststelle.

Obwohl der Oberstaatsanwalt die Version verficht, daß man nach beiden Tätergruppen — Schrottdiebe und Terroristen — Ausschau halte, deuten die Umstände mehr in die Richtung von Extremisten, zumal aus der Aussage des daman-gen Baader-Meinhof-Kronzeugen Ruhland hervorging, daß die Anarchisten den Truppenübungsplatz Munster als wichtiges Nachschubdepot für ihren Waffenbedarf betrachteten. Die Tater - es kann ch nur um eine mit einem. Kraftfahrzeug ausgestattete Gruppe gehandelt haben - gingen äußerst raffiniert vor. Das Depot, mehrere Erdbunker in einem Geviert von rund 100 Hektar, ist ringsum mit einem hohen Maschendrahtzaun umgeben und liegt nur 700 Meter abseits eines öffentlichen Weges. Die Täter schnitten mit Drahtscheren in den Zaun eine "Tür", die sie nach oben aufrollten, nach Verlassen des Geländes wieder herunterbogen und zusammenbanden, so daß von dem Einbruch kaum mehr etwas zu schen war. 99 Flaschen lagerten, wie Reifenberg sagt, in dem Erdbunker, der von Zeit zu Zeit gelüftet werden muß und daher nicht immer verschlossen ist, und zwar jeweils drei Flaschen in einer Blechkiste. Beim Abtransport verloren die Täter zwei Flaschen, und nur deshalb konnte der Diebstahl bereits am nächsten Tag entdeckt werden.

Einbruch im Giftlager

Experten über die unzureichende Sicherung der in Europa lagernden US-Atomwaffen zur Kenntnis genommen, da wird in der Bundesrepublik ein potentiell ähnlich gefährliches Betätigungsfeld für politische und kriminelle Erpresser sichtbar. Seit dem "sehr gekonnten" Einbruch in ein Bundeswehrdegot im Kreis Soltau sind nämlich 53 Liter Lost auf dem Markt, ein zwar altmodischer, aber nach wie vor tödlicher "Hautkamp stoff". Es ist nicht auszudenken, was alles geschehen kann, wenn diese Giftmengen in falsche Hände geraten.

Ähnlich scheint auch die Staatsanwaltschaft Lüneburg zu argumentieren, da sie den Tätern Straffreiheit zusichert, wenn jene nur das schreckliche Gift wieder sicherstellen helfen. Dieses Entgegenkommen könnte sich freilich als unrealistisch herausstellen, denn wer klaut schon gleichsam aus Versehen über fünfzig Liter Lost. Die Bundeswehr muß sich nun aber nicht nur die übliche Frage stellen lassen, wie denn so

20 Kaum haben wir die Kritik amerikanischer etwas passieren konnte. Sie wird auch plausibel machen müssen, warum noch immer solche Mengen von Weltkrieg-II-Kampfstoffen (noch dazu aus britischen Beständen) in der Bundesrepublik lagern und warum man sie nicht beseitigte, oowohl sie ja eigens zur Vernichtung eingelagert warden. Oder handelt es sich bei diesen Be stärden eben letztlich doch um Potentiale zur eigenen Kriegführung mit chemischen Waffen? Ihre Sxistenz wurde bistler offiziell zwar nicht geleugnet, aber man betonte immer, daß es sich nur um kleine Mengen handle, die man für rein defensive Zwecke (zum Uben von C-Abwehr)

Der Lost-Diebstahl von Soltau mit seiner möglichen Gefährdung der Zivilbevölkerung demonstriert einmal mehr den Widersinn der C-Watfen (entsprechendes gilt für biologische Kamptstoffe) und unterstreicht die Notwendigkeit ihrer internationalen Ächtung. So lange die Giftlager aber noch bestehen, müssen sie wenigstens -tyausreichend gesichert sein:



Täter: Rote Armee Fraktion – Warnung kam viel zu spät! 11 Verleizie – Weitere Bombendrohungen

Bericht Seiten 2-3 und letzte Seite

Telefon: "Kommando Ralf Reinders" 14. Sept AM SONNTAC schlag im Haiml be explodiente uptbahmhofs-Hall P.B./sc Hamburg, 13. Septem.

Bombenanschlag auf Kölner Hauptbahnhof

Auf dem Kölner Hauptbahnhof ist in der Nacht zum Mittwoch ein Bombenanschlag verübt worden. Nach Anga-Polizei entstand schwerer ben der Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Nach Angaben der Kölner Polizei war der Sprengsatz im Schließfach 1211 in der Querhalle des Kölner Hauptbahnhofs deponiert worden. Bei seiner Detonation um 1.41 Uhr war die Bahnhofshalle fast leer. Nur drei Bahnpolizisten hielten sich in der Nähe der Schließfächer auf.

Durch die Druckwelle der Explosion wurden etwa 100 Schließfächer aus den Verankerungen gerissen. Das dort untergebrachte Gepäck wurde erheblich beschädigt, Schalterscheiben gingen zu

Die Polizei ließ durch einen Feuerwerker sämtliche übrigen Schließfächer überprüfen. Weitere Sprengladungen wurden aber nicht gefunden. Aus Sicherheitsgründen wurde der Zugver-kehr — bis auf ein Gleis — vorübergehend umgeleitet. Kurz nach 5.30 Uhr wurde, nachdem die Bahnpolizei keine Schäden an tragenden Gebäudeteilen und an der Gleisanlage festgestellt hatte, der Zugverkehr und der Hauptbahnhof wieder freigegeben. Nur die beschädigte Halle blieb gesperrt.

Bereits · Mitte September war in einem Gepäckschließfach des Hamburger Hauptbahnhofes eine Bombe explodiert. Dabei waren elf Personen verletzt worden. Eine linksgerichtete Gruppe hatte sich mit dem Attentat in einem Flugblatt gebrüstet.

Anfang Oktober war im Nürnberger Hauptbahnhof ein in einem Schließfach deponierter Sprengsatz entdeckt worden. Dieser Sprengsatz war jedoch rechtzeitig gefunden worden und von einem Feuerwerker der Polizei entschärft worden.

James Control of 1

Berliner Tor telefonisch gemeldet: "Hier ist das Kommando Ralf Reinders der Roten Armee Fraktion, auf einem Bahnhof geht eine Bombe los!" Genau zwei Minuten später zündete der Sprengsatz. Die Ex-plosion war im Umkreis von 500

Vier Tage nach der Festnahme des Terroristen Ralf Reinders ist am Samstag auf dem Hamburger Hauptbahnhof in einem Schließfach auf dem Wandelgang

eine Bombe explodiert. Elf Menschen, Männer und Frauen wurden leicht verletzt ins St.-Georg-Kranken-

haus gebracht. Genau um 16.28 Uhr hatte sich ein anonymer Anrufer bei der Zentrale der Feuerwehr am

Metern zu hören. Besatzungen von 30 Peterwagen riegelten alle Zufahrtsstra-Ben zum Bahnhof ab. Um 16.40 Uhr meldete sich der Anrufer erneut bei der Feuerwehrzentrale. Seine Worte: "Es liegen noch zwei Bomben in Schließfächern, sie werden ebenfalls explodieren."

Bei der Bundesbahnverwaltung trat ein Krisenstab zusammen. Sprengstoffsachverständiger der Hamburger Kripo überprüfte die Schließfachanlagen innerhalb des Bahnhofs. Von einer Öffnung aller rund 600 Schließfächer wurde jedoch abgesehen. Der Grund: Kripoüberwachung schien der Bundesbahn ausreichend.

Der Zugverkehr wurde nicht unterbrochen. Für die Fahrgäste gab es lediglich die Behinderung, daß sie nur einen Eingang des Hauptbahnhofs benutzen durften und unter Umständen mit Gepäck das Gebäude umlaufen mußten.

Journalist schwedische Greger Sellberg von der Stockholmer Nachrichtenagentur "Tid-ningarnas Telegrambyraa (TT), ningarnas der Augenzeuge der Explosion am Hauptbahnhof war: "Ich stand auf der Straße vor dem Bahnhof, als ich aus der Halle einen müchtigen Knall hörte. Obwohl ich vor dem Gebäude stand und etwa 100 Meter vom eigentlichen Exploslonsherd entfernt war, spürte ich noch die Druckwelle. Aus beiden Ausgängen kamen Männer und

Frauen schreiend herausgestürzt. In Nähe der Explosionsstelle iagen mehrere Menschen verletzt auf dem Boden, zwischen Koffern, Mauerbrocken und Ziegeln."

nachdem Unmittelbar Sprengsatz gezündet hatte, fahndeten Hamburger Kriminal -fttt)te in dem Restaurant "La! Poppenbüttel" nach zwei M dern der Baader/Meinhof-Bande. Ein Polizeisprecher: "Aber es war ein Schlag ins Wasser."

Die Hamburger Kripo sucht eine etwa 50 bis 55 Jahre alte Dame mit brauner Schirmmütze und braunem Übergangsmantel, die zur Tatzeit in der Bahnhofshalle gerilmt hat. Die Frau könnte eine wichtige Zeugin sein, da sie möglicherweise Hinweise auf ih rem Filmmaterial besitzt.

Am Freitag hatte sich ein an onymer Anruter, der sich als Mitglied der "Roten Armee Fraktion" (RAF) ausgab, bei einer Hamburger Geschäftsfrau gemeldet, die in den Bahnhöfen die sogenann-ten grünen Wunschschatullen (An- und Verkaufsanzeigen) besitzt. Seine Forderung: "Ich will 1000 Mark, sonst geht im Bahnho eine Bombe los." Auch am Samstag meldete er sich wieder bei det Frau, verlangte aber inzwischer 3000 Mark.

Seit der Bombenexplosion im Hamburger Hauptbahnhof werden andere Bahnhöfe in der Bunverschärft überdesrepublik wacht.

Scite 3: Rest dos "2. Juni"

WWWir rechnen mil

am Schlimanasien

James 14.9.75

Experten befürchten: Uns droht ein spektakuläres Ereignis!

Fortseizung von Seite 2

Die Großsahndung der Hamburger Polizei nach den Bombenlegern im Hauptbahnhof gestern konzentrierte sich abend auf die Person des Anrufers, der den Anschlag angekündigt hatte. Das zweite Pro-Norddeutschen gramm des Norddeutschen Rundfunks und schließlich des auch das Fernsehen sendeten die anonyme Stimme, die von der Feuerwehr mitgeschnitten worden war. Die Bevölkerung wurde zur Mitfahndung aufgefordert .--:

Hinweise gingen ein. Eine erste Spur betraf einen Persodessen - Insassen nenwagen, ch verdächtig gemacht hatten. e Polizei teilte jedoch mit, es be sich allerdings kein Zusammenhang mit dem Anschlag ergeben. Im Verlaufe späten Abends gingen des noch drei weitere Bombendrohungen ein.

Der Dombenterror im Hamburger Hauptbahnhof ist nicht der erste, der Passanten und Reisende verletzte:

Am 7. Dezember vorigen

Jahres wurden ein Mensch schwer und fünf andere leicht verletzt, als in einem Schließfach des Bremer Hauptbahnhofs eine Bombe explodierte.

Als Metallmantel für den Sprengkörper diente ein ein Kilogramm fassender Auto-feuerlöscher. Den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes zuiolge (BKA) Wiesbaden handelte es sich bei der Bombe um das gleiche Modell, wie es bei versuchten Anschlägen auf das Shell-Hochhaus in Frankfurt und das Haus des Hamburger Richters Geert Ziegler verwendet worden war.

So war es in Bremen

Arn 26. Februar dieses Jahres vernaftete die Polizei in Hamburg die Eheleute Rainer (36) und Inga Hochstein (28). Behörden verdächtigten Die das Paar, an den Anschlägen auf dem Bremer Hauptbahnhof, den Hamburger Justizse-nator Ulrich Klug und einen Gefängnisarzt (beide Attentate

im Oktober 1974) beteiligt gewesen zu sein.

Ilnmittelbar nach dem Ere-mer Anschlag hatte der Innen-senator der Hansestadt, Hel-mut Fröhlich, erklärt, die Tä-ter seien "im Bereich Bauder-Meinhof" zu suchen.

Sicherheitsbehörden Die rechnen vor allem jetzt mit stärkerem Terror. Denn die RAF und auch die Bewegung 2. Juni sind durch die Festnahmen in der vergangenen Woche erheblich geschwächt und müssen mit neuen spektakulären Ereignissen wieder Unruhe stiften.

Zur Zeit arbeiten die Banden in Zweier- und Dreier-gruppen, um an mehreren Punkten Verwirwichtigeu rung auszulösen, um dann entscheidend loszuschlagen. "Wir rechnen mit dem Schlimmsten", sagte gestern ein Fahn-dungsbeamter gegenüber BILD am SONNTAG.

Bekannt wurde jetzt auch eine Anweisung Baaders aus dem Knast. Wörtlich stand in dem Kassiber: "... sollt ihr gleichzeitig die Besetzung ir-

gendeiner Institution — min-destens 20 bis 30 Geiseln — vorbereiten..." Beginnt nun der große Schlag in Hamburg? Die Polizei in Hamburg jedenfalls ist fest davon überzeugt, daß es sich beim ersten Anruf nicht um einen Psychopathen, sondern um einen Terroristen handelt. Nur ein professioneller Bombenleger könne die Explosion so genau voraussagen, sagen die Beamten.

Sie glauben allerdings nicht, daß der zweite Anrufer, der zwei weitere Explosionen im Hauptbahnhof ankündigte, etwas mit den Terroristen zu tun hat. Denn wie alle anderen auch, wurden diese Anrufe auf einem Tonbandgerät mitgeschnitten. Ein Vergleich der Stimmen hat gestern abend ergeben, daß sie keineswegs identisch sind.

Trotzdem wurden die Poliim Hamburger zeistreifen Hauptbahnhof verstärkt. Auch die Polizei in München setzte auf allen Bahnhöfen der bayrischen Großstädte zusätzliche Streifenbeamte ein, um weitere Attentate zu verhindern.

Die Warnung, die eine Phrase war

Um 16.25 Uhr hörte der Feuer-wehrmann am Alarmtelefon die kalte Männerstimme: "Um 16.30 Uhr geht im Bahnhof 'ne Bombe hoch — Kommando Ralf Reinders — Rote Armee!"

Um 16.28 Uhr ging die Bombe hoch - im Hamburger Hauptbahnhof, in der prallvollen Wandelhalle, zwischen arbeitsmü-den Männern, zwischen scherzenden Liebespaaren, zwischen

Frauen und Kindern: 11 Verletz-

Eine Warnung, die nichts nützen konnte und niemand genützt hat — wie gehabt! Eine Phrase, die die äußerste Brutalität gegen Unschuldige bemantein sollte - wie gehabt!

Bomben, die zur Ideologie geworden sind, Fanatismus jenseits aller Grenzen!

Was wollen die Bombenleger aus dem Untergrunddschungel erreichen?

Chaos, Angst, Panik, die Zer-

ruttung des Staates.

Was werden sie erreichen?

Nichts! Was bleibt?

Nackter Terror — gegen uns cliel

23,5.76 ptgl. N. + ptgl. 2tg.

POLI

Meinhof-Papiere offenbaren Differenzen mit den Mitgeforngenen

stuttgart, 12. mai 76 (ddp). - zwischen der anarchistin ulrike meinhof und ihren mitgefangenen, vor allemgudrun ensslin, haben nach ansicht der stuttgarter staatsanwaltschaft ''meinungsverschiedenheiten ideologischer, moeglicherweise auch persoenlicher art' bestanden. nach den worten eines sprechers der staatsanwaltschaft sind in der zelle ulrike meinhofs, die sich in der nacht zum sonntag in der haftanstalt in stammheim erhaengt hatte, papiere sichergestellt worden die dafuer ''anhaltspunkte ergeben''. es seien jedoch keine aufzeichnungen gefunden worden, die ''unmittelbare hinweise oder gar eine erkläerung der verstorbenen m zusammenhang mit ihrem ableben'' enthalten haetten.

wie der sprecher weiter mitteilte, ist ein teil der papiere, am mittwoch vom amtsrichter beschlagnahmt worden. es beduerfe ihrer 'sorgfaeltigen schrifttechnischen und inhaltlichen aus-di wertung'. ausserdem wolle man versuchen, sie zeitlich einanderun zuzuordnen. erst nach abschluss dieser 'zeitraubenden unter suchungen' koenne die aussagekraft dieser schriftstuscke, ed die teils mit der hand, teils mit der maschine geschrieben di wurden und zahlreiche abkuerzungen enthalten, beurteilt werden gei die weiteren untersuchungen einschliesslich der medizinischen dur seien noch im gange.

"imond Nachfolger von Thorpe

十七世

Auszüge aus bisher zurückgehaltenen Weinhof-Aufzeichnungen:

Sty. M. y, con rate das nicht nor aus" / 6.6.

Die schweren Spannungen mit Gudrun Ensslin treten offen zutage — Motiv für den Selbstmord?

STUTTGART (snd) - Die Aufzeichnunkennen, daß zwischen ihr und den anderen gen, die bei dem Nachlaß Ulrike Meinhofs gefunden, aber von der Justiz bisher zurückgehalten wurden, lassen deutlich erdern schwere Spannungen bestanden. Vor allem mit Gudrun Ensslin lag Uhike Meinhof im Konflikt, da die Ensslin zusammen rungsposition innerhalb der vier Angeklagten anstrebte, soweit das die Prozefistrate-gie betraf. Ein Licht auf diese Spannungen wirft auch der rüde Jargon, in dem der kehrte, wobei aus den Aufzeichnungen alin Stuttgant inhaftierten Bandenmitgliemit Andreas Baader offensichtlich die Fühlerdings nicht immer die jeweils strittigen Baader-Meinhof-Kern miteinander verhof heißt es wörtlich: "Das einzige, was mich schon ziemlich lange hindert vorzuschlagen, daß Jan (Raspe, d. Red.) statt G (Gudrun Ensslin, d. Red.) mein Zeug kontrolliert, ist Angst. Nur, die Struktur zwischen G und mir muß aufhören. Ich glaube nicht, daß sie sie besser aushält als ich. Ich blick da nicht durch oder will da nicht durchblicken — es geht mich nichts an — aber ich halte es nicht aus.

Sachverhalte deutlich werden. Möglicherwelse waren es diese Spannungen, die Ulri-

ke Meinhof zum Selbstmord trieben.

An anderer Stelle heißt es: "Es war ja anders, du sagtest ja nicht nur, warum hast du nicht geschrieben was Andreas gesagt hat? Als ich antwortete, sagtest du, ich wollte Geld und ich wollte dich kippen (Randbemerkung Gudrun Ensslins: "Ich habe gesagt, du willst, daß ich kippe"). Es geht nicht. Entweder du würgst mir, wenn ich mal Luft kriege, was rein, was tagemin wochenlang wirkt oder — so kommt es mir vor — du erstickst. Das ist die Struktur, in der wir hier nach wie vor zappeln und in der ich dauernd am Rand bin, ihr

Provokateur zu sein, was ich bin, wenn ich einknicke: Ein Kretin ist ein Provokateur. Das ist objektiv. So geht es auch nicht um einen Vorwurf, eben nicht um Schuld, aber das alles schreit nach Lösung."

Weiter steht in dieser Aufzeichnung: "Das üst nicht mystisch, wenn ich sage, ich halte das nicht mehr aus: Was ich nicht aushalte, ist, daß ich mich nicht wehren kann. Also es laufen einfach 'n Haufen Sachen durch, ich sage nichts, aber ich knalle an die Decke, über ihre Gemeinheit und Hinterhältigkeit. G. weiß, daß ich nichts sage, wenn sie lügt (handschriftliche Bemerkung Gudrun Ensslins: "Wo, wann?"). Es bleibt auch dabei — aber — ich halte es nicht aus. Soll ich je zu mir kommen, wenn ich gleichzeitig gezwungen bin, mit dem Schweinebild, das sie von mir im Kopf hat, zu koexistieren?"

Zu dieser Aufzeichnung machte Gudrun Ensslin folgende handschriftliche Randbemerkung: "Projektion Paranoiaschwein". Unter den Text schrieb Gudrun Ensslin: "Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht und wenn er auch die Wahrheit spricht—das ist was du meinst — aber für die Wahrheit ist nicht zu kämpfen.

In einer anderen Niederschrift sagt Ulrike Meinhof zu Gudrun Ensslin: "Ich weiß nicht, warum du das machst. Dich auf Fehler von mir stürzen und davon immer wieder anfangen. (Randbemerkung Gudrun Ensslins: "Wo und wann mache ich das seit Wochen?"). Ulrike Meinhof fährt fort: "So kommen wir nie zusammen, weil es nicht darum geht, den anderen als Kämpfer anzuerkennen, sondern darum, zusammen zu kämpfen, eben nicht um 'nen Status, sondern darum, daß die Sachen gemacht werden."

In dem Nachlaß der Meinhof befinden sich auch Aufzeichnungen Gudrun Ensslins und Jan-Carl Raspes, die zum Teil handschriftlich sind. In einer Niederschrift Gudrun Ensslins heißt es: ohne das Abgetippte Ulr. gezeigt zu haben, gebe ich es raus und sage hinterher zu Ulr., daß ich es abgetippt und was weggelassen habe und warum. Der Punkt: Wozu/warum mache ich das? Völlig funktionslos, denn der Zug war nicht nur abgefahren, sondern ich wußte auch, daß ich's richtig gemacht hatte. So war der Zweck meines Erzählens: U. quälen, indem ich ihr Quälerei zurückegebe — Auge um Auge'."

Welf, w.c.

Weinhof-Aufzeichnungen?

"auch zu diesem Punkt" nach Abschluß cher kündigte eine Stellungnahme der Ermittlungen über den Tod der weise noch in dieser Woche" sein. In den Berichten war von Dokumenten die Rede, aus denen Auseinandersetzungen zwischen Ulrike Meinhof und den Mitzeichnungen von Ulrike Meinhof sind Staatsanwalt-Kenntnis genommen worden. Ein Spre-Anarchistin an. Das könne "möglichergefangenen Gudrun Ensslin und Andrestizbehörden in Baden-Württemberg zurückgehaltene handschriftliche Auf-Berichte über angeblich von den Juschaft Stuttgart "mit Erstaunen" as Baader hervorgehen sollen. am Mittwoch von der

newsfeature

-- terrorists may be aiming for own atom bomb -by robert musel(1616)

London, jan. 9 (upi) -- the man described to a u.s. senate committee as one of the foremost western experts on political crimes says that terrorism has by no means reached its peak.

+one of these days, + said brian crozier, director of the institute for the study of conflict, +someone is going to make a home-made ato bomb. there are already thefts of fissile nuclear material. no doubt about it.+

crozier appeared at a hearing of the senate judiciary committee on internal security some months ago and since then has been tapping his formidable sources for clues to the direction terrorism may take as it seeks ever more sensational targets.

+opec shows that nothing is really impossible, + he said, referring of the kidnaping of arab and other oil ministers in austria.

+targets which are spectacular but at the same time soft are easily available, some high-risk targets require technical expartise and the kind of inside knowledge that few terrorist groups appear to possess but this could be supplied by foreign backers, russia, for example.+

nore

. upi 01-09 01:13 aes nnnn

1st add terror london xxx example.+

or, he said, some of it could be supplied by a relative newcomer on the scene — the free-lance mercenary who offers his services to political terrorists although he himself is not politically motivated. this could add an even more dangerous dimension of expertise to some groups whose exploits have been somewhat amateur even when violent and successful.

even before the opec.coup, the terrorist underground, crozier said in an interview, was discussing the possibility of attacking nuclear power stations, or stealing nuclear or chemical and biological warfare materials. they were exploring the possibility of poisoning the water supply of a major city= hijacking large passenger liners of oil tankers= sabotaging communications centers= destroying railway centers, oil refineries or offshore rigs.

rand corporation study introduced at the senate hearing showed that a kidhaping team had a 79 per cent chance of escaping punishment and death and a 100 per cent probability of major publicity —— usually one of the goals of the exercise.

upi 01-09 01:24 aes nnnn

Warnung aus dem Ausland - Verschär

Welt 20.5.76 11.1 Planen L'erroristen A auf deutsche Atomkraftwerke?

Die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik sind Ausland gesteuerte Aktion soll möglicherweise der vor einem Anschlag einer internationalen terroristischen Gruppe auf ein deutsches Atomkraftwerk gedreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe warnt worden. Unter strenger Geheimhaltung wurdienen in Bona tagte gestern die Reaktor-Sicherden zu Beginn dieser Woche die Kontrollen in den heitskommission. Ihr gehören die führenden Atom-Kernkraftwerken verstärkt. Die angeblich aus dem sicherheitsbeauftragten der Bundesrepublik an.

Die Wachen in den Atomkraftwerken und kernphysikalischen Forschungslabors erhielten zu Beginn der Woche Weisung; scharfe Ausweiskontrollen vorzunehmen und die ein- und ausgehenden Transporte genauestens zu konieren.-Bei-Stichproben hatten Sineitsbeamte unlängst festgestellt, es Fremden möglich ist, ohne Schwierigkeiten das Gelände zu betreten und in die Büros zu gelangen.

Ein Sprecher der Sicherheitsbehörden erklärte, die Polizei rechne seit längerem mit einem "Befreiungsschlag" der noch im Untergrund operierenden B/M-Spitzenleute für die im Stuttgart-Stammheim inhaftierten Andreas Baader, Gudrum Ensslin und Jan Carl Raspe, die in Düsseldorf angeklagten überlebenden, vier Stockholmer Geiselgangster und die in Berlin gefaßten Entführer des CDU-Politikers Peter Lorenz. Konkrete Anhaltspunkte für Zeitpunkt und Art des Gewaltaktes hätte die Polizer bisher nicht.

Nach dem Scheitern des vorerst letzten Befreiungsversuches von Terrori-

W. KAHLID. G., Bonn | sten, der Geiselnahme in Stockholm am 24. April 1975, gingen die Sicherheitsbehörden davon aus, daß sich die Akteure eines neuen Unternehmens des Risikos bewußt seien und "ganz oben" ansetzen würden. Die Atomkraftwerke gehörten zu den möglicherweise ins Visier genommenen Angriffspunkten. Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs hätte sich die Stimmung in der Anarcho-Szenerie verstärkt, unverzüglich die "Genosser im Knast" zu befreien, "ehe der nächste

ermordet wird". Nach Meinung technischer Experten haben Terroristen keine Chance, eine Reaktorkatastrophe - auszulösen. Bauausführung biete hinreichend Schutz gegen Sabotageakte. Wie Wolfgang Hawickhorst vom Laboratorium für Reaktorregelung und Anlagensicherung in München-Garching der WELT auf Anfrage mitteilte, gibt es nur zwei Wege, auf denen Saboteure an die ge-fährlichen Spaltprodukte im Reaktorkern gelangen könnten:

1. durch Sprengladungen von außen, 2. durch Unterbindung der Energieabfuhr aus dem Kern, was den Kern-schmelzen lassen und den schlimmsten anzunehmenden Unfall auslösen würde. Beide-Wege sind nach Hawickhorst für einzelne Terroristen ungangbar.

Der Reaktorkern ist durch eine Umhüllung von "Zwiebelschalen" ge-schützt, die praktisch nur durch Kanopanzerbrechende Waffen oder Atombomben zu "knacken" sei. Die äu-Berste Schicht, das eigentliche Gebäude. besteht aus ein bis zwei Meter-starken. Stahlbetonwänden. Dann folgt die Stahlsicherheitskugel mit einer drei Zentimeter starken Schale. In diese Kugel eingekapselt ist das Primärsystem. Der eigentliche Reaktordruckbehälter versteckt sich hinter weiteren dicken Betonwänden und -abschottungen, dem sogenannten "Thermischen Schild". Dieser Behälter birgt den Reaktorkern mit den Spaltprodukten.

Nach Hawickhorst ist die prinzipielle Gefährdung von Reaktoranlagen durch Sabotageanschläge in der Bundesrepublik als Problem erkannt. Gestern tagte in Bonn die Reaktorsicherheitskommission der Bundescepublik. Ihr gehören alle führenden Atom- und Sicherheitsexperten der Bundesrepublik an.

20.5.76

Passivseite in der Godesberger TE-Buchhaltung sind Prominente (Lang. Proll) wie beinahe Namenlose (Kornelia Ebbefeld, Vera Berzel) aus der westdeutschen Stadtguerilla, die mitunter schon seit drei Jahren im Untergrund leben.

Manche machen nahezu regelmäßig von sich reden, so

- Angela Luther, 35 und mit Vorrang gesucht, die nach Augenzeugen-Urteil Anfang September am Steuer eines grünen VW-Käfers vor der deutschen Botschaft in Oslo mit norwegischen Polizisten flirtete,
- Siegfried Haag, 30, untergetauchter Baader-Anwalt, der nach Geheimdienstberichten mal in Skandinavien, mal in Südfrankreich Spuren hinterließ,
- Andreas Vogel, 19, Mitglied des Reinders-Kommandos und nach Einschätzung der Polizei mit dem jüngsten Sprengstoff-Anschlag (11 Verletzte) im Hamburger Hauptbahnhof in Verbindung oder

Anwalt Lang, zuletzt in Holland gesichtet, der beim Rotwein bisweilen Kerniges sagt: "Nukleares Material in den Bodensee — das sind die Terror-Anschläge der Zukunft."

Verbindung zu "Roten Armeen" und "Roten Brigaden".

Manche sind verschollen — möglicherweise tot und verscharrt wie Ingelborg Barz (SPIEGEL 32/1975), sind "in einem fernen Land" (ein Eingeweihter) wie der Berliner Michael Baumann, oder sie leben "unter neuem Namen in einer neuen Legalität" (RAFDevise), wie es Fahnder den einstigen Mitgliedern des Heidelberger "Sozialistischen Patienten-Kollektivs" (SPK) Ewald Goerlich und Susanne Herminghausen oder der Kölner Studentin Rosemarie Keser zutrauen.

Manche ortete "Bild" in einem Steinbruch im Südjemen: die bei dem Lorenz-Coup befreiten Häftlinge Rolf Heißler, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Rolf Pohle, Verena Becker und Ingrid Siepmann. Doch amtliche Tokioter Quellen verweisen auf ein Ausbildungslager der militanten japanischen "Roten Armee" im unwegsamen jemenitischen Hinterland.

Westdeutschlands Anarcho-Szene, lange im Halbdunkel, hellt sich für die Fahnder nach der Verhaftung von Reinders und Teufel mehr und mehr auf. Zahlreiche sichergestellte Beweisstücke bieten in der Sicht der Kriminaler Ansatzpunkte für neue, erfolgversprechende Fahndungsmaßnahmen. Eine Reihe von Hauptakteuren freilich sitzt nach wie vor "im Loch" (RAF-Befehl) und wartet ab.

In der Vergangenheit fingen regionale Fahndungskommandos in den Län-

in den Colonnaden verletzi Vecins IV enschen bei schweren A LIVE SOLIE

Das Verbrechen galt vermutlich den Pflichtverteidiger der Anarchistin Margrit Schiller

Klaus Jürgen Langner, der gestern mittag bei einem Brandanschlag ver-letzle Pflichtverteidiger der Anarchistin ter: "Wir haben Langners Wohnung bewacht, das Büro aber nicht." schulz, Das erfuhr die WELT gestern von der Staatsschutzabteilung der Hamburger Kriminalpolizei (K 4). Ein Beam-Margrit Schiller, stand unter Polizei-

vorm Büroeingang ist tödlich für einen Rechtsanwalt. Zu dessen Klientel gehödem Rechtsanwalt getroffen. Ein K-4-"Ein Polizist konnte, wird von der Polizei jetzt nicht als Panne gewertet. Denn den Entschluß, nur die Wohnung zu schützen, natte die Polizei nach Absprache mit es zu dem Angehlag kommen gestern: Angehorger Daß

mal bedroht worden war. Am 2. Juni, drei Tage nach dem fehlgeschlagenen lassen, nachdem der Rechtsanwalt zweiren schließlich auch Ganoven."

Die Polizei hatte Langner schützen den Hamburger

Richter Dr. Werner Schmidt, war Langwarnt worden: "Paß auf! Du legst das genen Mittwoch drobbe wiederum ein anonymer Anrufer, in Languers Büro könne jeden Moment eine Bombe hochgehen. Der Anwalt rief die Polizei, meh-Buro nach verdächtigen Gegenständen. Ge-Einen von euch trifft es!" Am verganner von einem anonymen Amrufer ge-Mandat nieder. Derdee an Dr. Schmidt. rere Beamte durchsuchten das funden wurde nichts.

Und so spielte sich gestern der Anschlag ab:

ten 'den unverschlossenen Vorflur zu Langners Büro und zünden den Brandsatz. Eine Minute später erhält die Polizeizentrale den Notruf: "Feuer in den Colonnaden. Menschenleben in Ge-Täter den fünfgeschossigen Altbau an den Colonnaden 49 betreten haben. Sie steigen in den zweiten Stock, betre-Um 12.45 Uhr müssen die unbekannten

Als Polizei und Feuerwehr am Brand-ort eintreffen, stehen Langner und ein Mitarbeiter auf der Brüstung vor den geöffneten Bürofenstern. "Hilfe, wir verbreunen", rufen sie auf die Straße. I Aus den Fenstern dringt dichter Quahn ins Proje.

Cinem Langner und Heine Helden, kommen ins Krankenhaus St. Georg; eine Frau, Hanna K., wird mit lebensge-Minuten später sind alle Menschen über Drehleitern aus den Büroräumen - Iuni Personen, darunter die haben Raychvergiftungen erlitten und Krankenwagen weggefahren. Verbrennungen fahrlichen Anwälte befreit

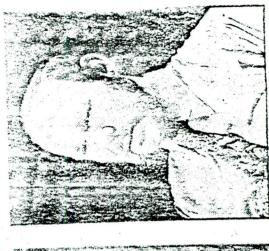
eines Anarchisten-Pflichlverteidigers geäußert. Er nannte zwei Beispiele für WELT uber die "schizoide Situation" der Erst vor wenigen Wochen hattersich die "Zusannmenarbeit" mit seiner Man-Klaus Jürgen Langner gegenüber dantin Margrit Schiller:

Schiller auf Ihn zu, schattete kurzer-hand sein Mikrofon ab und rief: "Ich Als Languer vor Gericht eine Urklärung abgeben wollte, ging habe keinen Verteidiger."

Ein anderes Mal legte Languer seiner Mandantin schweigend einen Schriftden Langner in Margrit Schillers Interesse verfaßt hatte. Doch die Angeklagte satz auf den Tisch - cinen Schriftsatz, drückte einfach ihre Zigarette auf dem Papier aus.

Außerdem gab er als Grund an: "In die Pflichtverreidigung von Margrit Schiller übernehmen würde. Languer unterworfen" fühlte. dieser Art er-Weilmachlen war Langner burger Landgerichts geträgt worden, ob nahin damais an, weil er sich einem "sofährt man eine Schulung an sich selest." von der Staatsschutzkanuner des Hameinem Mammutprozefs Zwang Kurz vor ziulen

rw/kvb/bbb/dp



3 Engagiert: Klaus Jürgen Languer 8. Mäiz bei einem WELT-Intervlew

Völlig erschöpft liegt Anwalt Langner auf einer Feugrwehr-Yrage, Bol dem Feuer hat er sich eine Rauchvergiffnung und eine Handverletzung zugezogen Witend wirst sie den Kops: Margrit Schiller auf dem Weg ins Gericht

London warnt vor den Terroristen mit der Atombombe

Der Bau von sogenannten "schnellen Brütern" kann die Gefahr eines Atombomben-Attentats durch Terroristen erhöhen. Diese Warnung hat eine britische königliche Untersuchungskommission geäußert, der führende Atomwissenschaftler angehören. Anlaß ihrer Sorge ist der Bau einer neuen Generation von kommerziellen Atom-Kraftwerken, den sogenannten "schnellen Brütern" mit einer Leistung von 1200 Megawatt.

FRITZ WIRTH, London

Die Kommission plädiert dafür, das Sicherheitsrisiko und die Umweltprobleme genauer zu studieren, bevor das Projekt in Angriff genommen wird. Diese Bedenken haben eine erhebliche Kontroverse mit der britischen Atomenergiebehörde ausgelöst. Sir John Hill, der Präsident der Behörde, erklärte: "Wir müssen an diesem Reaktorprogramm weiterarbeiten und versuchen, die Bedenken der Untersuchungskommission aus der Welt zu schaffen. Wenn wir diese schnellen Brüter nicht bauen, kann es in 25 Jahren eine schwere Energielücke in Großbritannien geben."

Die Untersuchungskommission begründet ihre Bedenken damit, daß "schnelle Brüter" beträchtliche Mengen Plutonium produzieren. Das würde dazu führen, daß beispielsweise in 15 bis 20 Jahren erhebliche Mengen an Plutonium im Umlauf seien. Das aber wäre ein ungeheures Sicherheitsproblem.

Einer bis zum letzten entschlossenen Gruppe von Terroristen könnte es nämlich gelingen, in Besitz von Plutonium zu kommen und damit eine zwar technisch imperfekte, aber dennoch hinreichend wirksame Bombe zu produzieren, mit der beträchtliche politische und kriminelle Erpressungen möglich wären.

Die Untersuchungskommission bezweifelt, daß die Regierung hinreichende Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung derartiger Risiken getroffen habe. Sir Brian Flowers, der Vorsitzende der Untersuchungskommission und einst Nachfolger des Atomspions Klaus Fuchs als Chef der Abteilung für theoretische Physik an der Atomenergie-Forschungszentrale in Harwell, warf der Regierung in dieser Hinsicht Nachlässigkeit vor. "Es war bisher Regierungspolitik, derartige Fragen herunterzuspielen oder zu unterdrücken. Es mag zuweilen richtig sein, gewisse kurzfristige Risiken der Öffentlichkeit zu verbergen. Über langfristige Risiken, mit denen Generationen von Menschen zu tun haben werden, sollte die Öffentlichkeit jedoch so umfangreich wie möglich informiert werden."

Die Entscheidung der Regierung über den Bau eines "schnellen Brüters" in Großbritannien ist durch die Warnungen der königlichen Untersuchungskommission zunächst einmal verschoben worden. In Regierungskreisen rechnet man mit einer endgültigen Entscheidung im Frühjahr nächsten Jahres.

56.83

C zu V ad be De de di eil di

ste

HIEHRATE POP

"Wir werden die Pflichtverteidiger liquidieren"

Erkenntnisse über die Brandanschläge auf den Entebbe-Film / Neuer Terrorakt in Düsseldorf

L. B. DÜSSELDORF, 17. Februar. Die Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf hat am Donnerstag zum ersten Mal Ergebnisse ihrer Ermittlungen wegen der Brandanschläge auf zwei Kinos in Aachen und Düsseldorf bekanntgegeben, die Anfang Januar gegen den amerikanischen Spielfilm "Unterneh-men tebbe" unternommen worden Strafverfolgungsbehörde wareh. Die glaubt nunmehr sicher zu sein, daß die seinerzeit verhafteten Täter einer "revolutionären Zelle" angehören, die weitere Gewaltakte plante. Beiden Tätern wird wegen der bei ihnen sichergestellten Waffen und Munition eine hohe Schkeit zugeschrieben. Unter-ist es in Düsseldorf zu einem Gef dess Bran Aschlag auf das Auto eines Pflichtverteidigers im sogenannten sogenannten Stockholm-Prozeß gekommen, für den ebenfalls eine "revolutionäre Zelle" die Täterschaft beansprucht, die sich als "Kommando Siegfried Hausner" zeichnet.

Bei den Kino-Brandstiftern, die seit dem 6. Januar in Untersuchungshaft sind, handelt es sich um den Kölner Soziologen Enno B. und den Dortmunder Hauptschullehrer Gerhard A. Sie sind 26 und 27 Jahre alt und waren vor ihrer Festnahme arbeitslos. Nach Darstellung des leitenden Oberstaatsanwalts Kraft sind sie Mitglieder einer "revolutioneren Zelle", was die Vermutung zuaß sie mit weiteren Anarchisten zusa...mengearbeitet haben. Die deutsche Gruppe, der die beiden genannten Untersuchungshäftlinge angehören, hatte sich seinerzeit in den üblichen, an Agenturen und Zeitungsredaktionen Bekennerbriefen versandten "Kämpfer für ein freies Palästina" bet. Die Sprengbrandsätze, die im in den Kinos gelegt worden wa-Jar tten Zündvorrichtungen mit eiren. nem 60-Minuten-Uhrwerk. Wegen technischen Versagens zündeten sie jedoch nicht.

Wegen der bei diesen Tätern gefunden Materialien und nach der Auswertung weiterer Spuren behauptet die Staatsanwaltschaft, daß beide einen schon bis ins Detail ausgearbeiteten

Plan für eine Geiselnahme mit Banküberfall im Raum Bochum hatten. Dabei sollte ein Bankdirektor aus seiner Wohnung entführt werden, um so die Herausgabe des Bargeldes der Bank zu erpressen. Der Kölner Soziologe besaß einen großkalibrigen Colt mit besonders schwere Verletzungen hervorrufender Hohlspitzmunition, zu der ein Schnelladegerät gehörte. Er besaß ferner gefälschte Ausweispapiere, die zum Teil aus einem Einbruch im Juli 1976 in die Stadtverwaltung Jöllenbeck bei Bielefeld stammen. Damals waren dort etwa 500 Ausweise entwendet worden. Bei diesem Täter wurden auch Waffenbesitzkarten gefunden, die bei einem Einbruch in das Landratsamt von Heppenheim an der Bergstraße erbeutet wurden.

Inzwischen sind bei Düsseldorfer Zei-

tungsredaktionen neue Bekennerbriefe eingegangen, in denen ein "Kommar lo Siegfried Hausner" sich den in der Nacht zum Mittwoch verübten Brand-anschlag auf einen Wagen der Familie des Rechtsanwalts Heinz Peters zu-schreibt. Peters ist Pflichtverteidiger des angeklagten Karl-Heinz Dellwo, der sich mit den Terroristen Krabbe, Taufer und Roessner wegen des Anschlags auf die deutsche Botschaft in Stockholm vom April 1975 seit vielen Monaten vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zu verantworten hat. Der Wagen, der auf einen Sohn des Anwalts zugelassen war und von dem Verteidiger nur gelegentlich benutzt wurde, brannte aus. Die noch unbekannten Attentäter hatten mit einem Hammer ein Seitenfenster eingeschlagen, Benzin in das Auto geschüttet und es dann mit einer Zündfackel - einer mit einem Lappen umwickelten Holzlatte - in Brand ge-

Die Bezeichnung "Kommando Siegfried Hausner" weist auf den Anführer der Stockholmer Terroristengruppe hin, die sich ihrerseits als "Kommando Holger Meins" bezeichnet. Hausner war bei den Explosionen in Stockholm schwer verletzt worden und nach seiner Abschiebung wenig später in Deutschland gestorben. In den Bekennerbriefen heißt es jetzt, wenn die vier im Düssel-Stockholm-Prozeß dorfer Peters, Herdegen, Pflichtverteidiger Paashaus und Münstermann "nicht sofort ihre Bullenfunktion beenden, werden wir sie liquidieren — während der Prozeß läuft oder später — den Zeit-punkt bestimmen wir". Die Pflichtverteidiger, heißt es weiter, verrichteten in diesem Prozeß die "Arbeit des Staatsschutzes". Dies ist eine Argumentation, die auch der Wahlverteidiger Klaus Croissant aus Stuttgart in diesem Verfahren wiederholt gegen das Gericht, lie Ankläger und die Pflichtverteidiger vorgetragen hat. Die Anwälte haben seit Mittwoch Personenschutz erhalten, der für die Richter schon seit Prozeßbeginn im Mai vergangenen Jahres verfügt worden war.

Gespräche zwischen Verteidigern und Baader-Meinhof-Häftlingen abgehört

Stammheimer Prozeß ausgesetzt - Die Minister Schiess und Bender übernehmen die Verantwortung

Von unserem Redaktionsmitglied

jaf. STUTTGART. Die beiden baden-württembergischen Minister Traugott Bender (Justiz) und Karl Schiess (Inneres) haben am Donnerstag Berichte bestätigt, wonach in der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim Gespräche zwischen Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande und deren Anwälten abgehört worden seien. Die beiden Minister rechtfertigen diese, wie sie betonten, "rein polizeirechtliche Maßnahme" mit dem Hinweis auf den Paragraphen 34 des Strafgesetzbuches, der den sogenannten "rechtferti-

Nähere Auskünfte darüber, wie viele Personen abgehört worden sind und welche Dienststellen an der Aktion beteiligt waren, lehnten die Minister Schiess und Bender ab. Über die Aktion sei weder das Bundesinnenministerium noch die Bundesanwaltschaft informiert worden. Anlaß für die Entscheidung, Gespräche zwischen den führenden Köpfen der Baader-Meinhof-Bande und deren Anwälten abzuhören, sei die "letztlich auf andere Weise nicht abzu-

genden Notstand" regelt. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Abhöraktion wurde der Stuttgarter Baader-Meinhof-Prozeß unterbrochen und auf Dienstag kommender Woche vertagt. Das Gericht gab damit einem Antrag aller Verteidiger im BM-Prozeß statt. Die Berichte aus Stuttgart waren am Abend auch Gegenstand eines überraschenden Gesprächs zwischen Bundeskanzler Schmidt, Innenminister Maihofer, Justizminister Vogel und den Fraktionsvorsitzenden Wehner und Mischnick.

April 1975 abgehört. Dabei h

minister Schiess zehn Tage.

fünf Tagen Hinweise auf einen

spielplatz und eine möglicherweise dort ge-

Aktion dauerte nach Angaben von Innen-

Die zwelte Aktion fand im November

1976 nach der Festnahme von Rechtsan-

walt Siegfried Haag und von Roland Mayer

Aus den bei der Festnahme von Haag und

statt und dauerte zwölf Tage. Auch in die

sem Fall habe man eine nahe bevors hende Geiselnahme befürchten müsse

erlangt. Diese erste

wendende Gefahr" gewesen, daß zur Befreiung der Häftlinge "durch Geiselnahme oder Terroranschläge" das Leben unschuldiger Bürger "konkret" gefährdet gewesen sei. Man habe beispielsweise gewußt, daß Andreas Baader in einem Zirkular an die Terroristenszene schon Ende 1973 "fünf konkrete Pläne zu seiner Befreiung sowie zu Geiselnahmen" entwickelt habe.

Im März 1975 hätten Justizminister Bender und Innenminister Schiess festgelegt, daß erst nach persönlicher Zustimmung beider Minister abgehört werden dürfe. Weiter habe man vereinbart, daß Erkenntnisse aus einer solchen Abhörung den Instanzen, die mit dem Baader-Meinhof-Prozeß befaßt sind, nicht zugänglich gemacht werden dürften. Aufzeichnungen, aus denen keine Erkenntnisse über schwerste Verbrechen (Mord, Geiselnahme) hervorgingen, sollten sofort vernichtet werden.

In der Folgezeit haben die Minister nach ihren eigenen Angaben zweimal einer Abhöraktion zugestimmt. Zum ersten Mal wurde am Tage nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm vom 24.

Mayer sichergestellten Unterlagen sei hervorgegangen, daß die Festgenommenen Teil einer organisierten Terrorbande gewesen seien, "deren konkretes Nahziel die Befreiung inhaftierter Gewalttäter, auch in Stuttgart-Stammheim", gewesen sei. Bei der am gleichen Tag erfolgten Festnahme von Elisabeth von Dyck seien überdies Fo-tografien aus der siebten Etage der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim, wo die Baader-Meinhof-Häftlinge untergebracht sind, gefunden worden. (Fortsetzung auf Seite 2.) tieren können"

Die hartnäckigen Fragen von Journalisten, wieviele Personen absehört worden seien, eventuell angebrachte Mikrofone noc installiert seien, von wem die Aktionen initiliert worden seien und welche Behörden beteiligt gewesen seien, wurden von den beiden Ministern unter Hinweis auf Sicherheits-Erwägungen nicht beantwortet Die beiden Minister betonten, daß sie auf Grund des Paragraphen 34 die volle Verantwortung für die Aktionen übernähmen. Die abgehörten Personen seien auch nach den Aktionen nicht informiert worden. Auch auf die Frage, ob die Abhöraktionen konkrete Hinweise erbracht hätten, wurde von den beiden Ministern — abgesehen vom Hinweis auf den Kinderspielplatz — nicht beantwortet. "Wenn wir strafrechtlich verwertbare Hinweise erhalten hätten, wäre ein Verfahren eröffnet worden", sagte Innenminister Schieß dazu. Dies sei bisher nicht geschehen. Man dürfe aus dieser Antwort allerdings nicht schließen, sagte der Minister auf Fragen, daß es überhaupt

keine strafrechtlich verwertbaren Erkennt-

nisse gegeben hat."

Weitere Abhöraktionen habe es wir das nach unserem Wissensstand garan soweit - in Baden-Württemberg micht gegeben. Eine Genehmigung der Aktionen durch einen Richter oder einen Staatsanwalt sei nicht notwendig gewesen, da es sich um "eine polizeiliche Maß-nahme" gehandelt habe. "Die im Parag phen 201 des Strafgesetzbuches garantie Vertraulichkeit des nichtöffentlich gesprochenen Wortes hat einen hohen Rang", versicherte Justizminister Bender. "Noch höheren Rang hat aber der Schutz des Lebens unschuldiger Bürger. Ihm mußte bei der erforderlichen Güterabwegung der Vorrang zukommen."

Mit der Pressekonferenz der beiden Landesminister wurde ein schon lange schwelender Verdacht bestätigt, der unter anderem durch Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Herbert Wehner, genährt worden war. Wehner hatte in Interviews zitiert, der Abhörfall Traube sei einmalig, und es gebe in keiner Wohnung und in keiner Strafanstalt eine

Telefongespräch mit dem Vorstand der Justizvollzugsanstalt Stammheim am Donnerstag, den 24.4.1975 zwischen 19 und 20 Uhr

Nach Rückkehr von einer Strafverteidigung ins Büro habe ich um 13,30 Uhr von den Geschehnissen in Stockholm erfahren.

Um 15 Uhr rief ein Herr Wickert vom Westdeutschen Rundfunk an und fragte, ob ich bereit sei, am gleichen Abend im Anschluß an die Tagesschau in einer Sendung zu sprechen, in der verschiedene Personen über die Ereignisse in Stockholm befragt werden sollten, so unter anderem Peter Lorenz. Er wolle mich fragen, wie ich die Situation und die Ereignisse bewerte, und was ich meinen Mandanten, falls ich sie sprechen könnte, bezüglich ihres Verhaltens raten würde.

Ich habe Herrn Wickert erklärt, daß es praktisch einem Himmelsfahrtkommando gleichkomme, wenn ein Anwalt in dieser Situation entsprechende Fragen beantworte, ob er etwa wolle, daß ich dem Fernsehpublikum sage, daß es sich um eine exemplarische Aktion der Metropolenguerilla handle? Er müsse bedenken, daß ich Verteidiger sei. Ich hätte allerdings ein Anliegen, und soweit sei ich auch grundsätzlich bereit, etwas zu sagen. Aufgrund einer telefonischen Mitteilung, die ich von einem entlassenen Gefangenen von der JVA Stammheim vor etwa 3 Wochen erhalten hätte, müsse befürchtet werden, daß aufgehetzte Vollzugsbeamte einen Austausch von Gefangenen - jedenfalls von bestimmten Gefangenen eigenmächtig mit dem äußersten Mittel verhindern könnten. Der entlassene Gefangene habe mir am Telefon seinerzeit durchaus glaubhaft erklärt, ein bestimmter Vollzugsbeamter, dessen Namen er genannt habe, hätte in der Justizvollzugsanstalt davon gesprochen, daß er im Falle einer Befreiungsaktion für die vier Gefangenen in Stuttgart mit seiner Pistole in die Zelle Baaders gehen und ihn abknallen würde. Er würde sich dann 6 Wochen in die Psychiatrie nach Tübingen schicken lassen. Nach 6 Monaten sei er dann wieder draußen. Das sei ihm die Sache wert.

Der betreffende Beamte soll diese Äußerungen während oder kurz nach der Lorenz-Entführung von sich gegeben haben.

Später rief Herr Wickert an und erklärte, die Fernsehsendung werde wohl nicht zustandekommen, weil eine Leitung von Stuttgart aus nach Köln nicht zustandekomme, es scheitere an technischen Fragen. Falls ich noch das Flugzeug geschafft hätte (Abflug 15,45 Uhr in Stuttgart) oder es noch mit dem Pkw zeitlich gereicht hätte, sei er dafür, mich in die Sendung einzubeziehen, weil auch diese Äußerung wichtig sei.

Ich habe danach versucht, den Anstaltsvorstand, Herrn Nusser, oder seinen Stellvertreter, Herrn Schreitmüller, telefonisch zu erreichen. Dies ist jedoch erst zwischen 19 und 20 Uhr gelungen, angeblich deshalb, weil sämtliche leitenden Herren der Anstalt sich außerhalb aufhalten würden. Ich habe Herrn Nusser über meine Information unterrichtet und ihn daraufhingewiesen, daß er im Falle eines Austausches der Gefangenen dafür Sorge tragen müßse möge, daß es zu einem derartigen Zwischenfall nicht komme. Nach der aufgesetzten Stimmung könne derartiges nicht ausgeschlossen werden. Ich habe Herrn Nusser auf seine Bitte den Namen des Vollzugsbeamten, der mir seinerzeit von dem entlassenen Gefangenen mit Oberverwalter Fleischer genannt wurde, mitgeteilt, nicht jedoch den Namen des Informanten.

Rechtsanwalt

(Dr.Croissant)

3459 / 248

BRIGITTE TILGNER

7000 STUTTGART 1
HEUSTEIGSTRASSE 64
TELEFON (0711) 642318/642325

Pressemitteilung

Namens und im Auftrag von Rechtsanwalt Klaus Croissant,
7000 Stuttgart 1, Langestr. 3, habe ich gegen den Leiter
des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg,
Herrn Dr. Dieter Wagner, sowie einen namentlich noch nicht
bekannten Mitarbeiter dieser Behörde Strafanzeige wegen
des Verdachts der Anstiftung zum Bruch des Anwaltsgeheimnisses in Tateinheit mit versuchter Nötigung bei der
Staatsanwaltschaft Stuttgart erstattet.

Die in der Anwaltskanzlei von Rechtsanwalt Croissant beschäftigte Sekretärin, Frau D., wurde am 3. 12. 1976 nachmittags vor ihrer Wohnung von einem Agenten des Verfassungsschutzes angesprochen, der ihr von der Anwaltskanzlei bis zu ihrer Wohnung mit dem PKW WN-JS 259 nachgefahren war.

Der Agent erklärte Frau D., sie seien interessiert, immerwieder Leute zu gewinnen, die ihnen Nachrichten bringen. Er wisse, daß Frau D. zum Schweigen verpflichtet sei. Es gehe aber nicht um Anwaltsangelegenheiten, sondern um Notizen, die irgendwo liegenbleiben und um Namen, die irgendwie fallen. Einige Tausend DM könnten schon für sie "rausspringen."

Als Frau D. die ihr angesonnene Spitzeltätigkeit ablehnte, erklärte der Agent, sie brauche ihm nicht erzählen, daß sie in einer normalen Arbeitsstelle tätig sei. Sie solle sich einmal überlegen, was ihre Nachbarn darüber denken, daß sie bei Rechtsanwalt Croissant arbeite. Wenn sie es nicht wegen des Geldes tun wolle, solle sie als Staatsbürgerin dazu bereit sein. Sie solle sich doch in die Situation versetzen,

daß eines ihrer Kinder entführt werde.

Frau D. hat die Anwaltskanzlei von Rechtsanwalt Croissant noch am gleichen Tag über den Vorgang unterrichtet.

Brigitte Tilgner Rechtsanwältin

zu punkt a

forschungsprogramme zu sensorischer deprivation sfb 115 dan gross in hamburg

Das Interesse des Militärs an der Aggressionsforschung

1

Die Aggressionsforscher in Enpendorf arbeiten mit der Bundeswehr zusammen. Seit einiger Zeit werden für die Versuche in der Camera Silens Soldaten aus verschiedenen Kasernen herangezogen. "Etwa ein halbes Jahr vor Beginn der Untersuchung wird an einem Jahrgang von Rekruten ein Pretest im Gruppenversuch durchgeführt, der alle relevanten Persönlichkeitsvariablen....insbesondere die Aggressivität dieser Versuchspersonen erfasst." (SFB 115)

Die Bundeswehr hat ein notwendiges Interesse, die Aggresivität von Soldaten zu erfassen, weil die Aggressivität in Verbindung mit Isolation bei der Bundeswehr eine große Rolle spielt, und zwar dort wo der einzelne Soldat isoliert in Panzern, U-Booten oder Pilotenkanzeln ist. Hier muß herausgefunden werden, wann der Soldat in der Lage ist, seine Hemmungen zu überwinden und seine Aggressionen die durch Isolation gesteigert werden gegen den Feind zu richten. Das makaberste Beispiel sind die Bombenteppiche auf Vietnam. Von Gross und Kempe besteht ein direkter Kontakt zur Bundeswehr; die Ergebnisse aus der Forschung werden erst von der Bundeswehr zensiert ehe sie in die Uffentlichkeit kommen.

In den USA bezeichnen hohe Beamte des Pentagon die Universitäten bereits als vierte Streitmacht der amerikanischen Armee. Die Tendenz zeigt sich auch in der BRD, zumal sie Bündnispartner der Yankees und militärische besetztes Gebiet von ihnen ist: dass Gross und Kempe Vernichtungsforschung an der Universitätsklinik machen, heißt, daß Kriegsund Vernichtungswissenschaft unter dem Deckmantel der "Wissenschaft für den Menschen" gemacht wird. Der Charakter der Wissenschaft wird zunächst dadurch verschleiert, da der Grundsatz "Freiheit der Forschung und Lehre" an den Universitäten für viele Menschen noch zu bestehen scheint. Der Rahmen der Universität ist wichtig auch für die Wirksamkeit der Durchführung der Versuche, denn die Versuchspersonen, manipuliert durch die scheinbare Objektivität der Forschung. erkennen nicht das wirkliche 7iel.

samkeit der Durchführung der Versuche, denn die Versuchspersonen, manipuliert durch die scheinbare Objektivität der Forschung, erkennen nicht das wirkliche Ziel.

Der zweite Grund die Versuche an der Universität durchzuführen sind die qualifizierten Wissenschaftler (Professoren, Assistenten, Studenten), die es bei der Bundeswehrnicht gibt.

Die Folterforschung in Eppendorf ist durch unsere Denunziation gefährdet worden. Wir haben die Forscher gezwungen, die Offentlichkeit über die Versuche in Eppendorf zu informieren. mit dem Ziel, die Forschung wieder zu legitimieren und alle, entstandenen Zweifel auszuräumen. Durch die Information über die Versuche, ist die Uninformiertheit der Versuchspersonen nicht mehr gewährleistet, d.h. daß die Versuche an dieser Universität nicht mehr weiter durchgeführt werden können. Die Zweifel an der Wissenschaftlichkeit der Forschung bleiben in der Uffentlichkeit bestehen, auch wenn die Medien, die über die Versuche berichten, mit den Forschern gleichgeschaltet sind.

Schmerzzufügung wurden in dieser amerikanischen Richtlinie

siehe Dokument)

ausgeschlossen."

Schlagen von Gefangenen oder andere Formen der physischen

genen abzielten, um sie so aussagebereit zu machen. Das

gung, Erschöofung und psychische Verunsicherung der Gefan-

aussagebereit zu machen. durch Maßnahmen,

sind US-Streitkräfte. Das Ziel dieser Ubung ist gefangene

"die auf Demüti-

In der BRD1ässt der BGS seine Einheiten durch US-Spezialisten in Sachen Folter ausbilden. Durch die Veröffentlichung einer Dokumentation der Gewerkschaft der Polizei "In Sachen Bundesgrenzschutz" ist die Ausbildung des BGS speziell zur "Banden-

lokale Ereignisse - sie werden durch Militärbündnisse und

Polizeischulen exportiert."

unterrichtet worden seien. Fölterungen sind nicht nur

bekämpfung"bekannt geworden. In dem US-Vernehmungszentrum

Lenggries/Oberbayern müssensich Angehörige des BGS einem

kontrollierten Härtetraining unterziehen. Die Ausbilder

Desweiteren gäbe es verbindliche Hinweise dafür, daß einige NATO-Einheiten, darunter auch die Deutsche, durch britische Spezialisten in der Anwendung ausgefeilter Verhörtechniken

Nordirland Anwendung fanden in jüngster Zeit zum allgemei-

nen Ausbildungsprogramm britischer Streitkräfte gehören.

die Forschung an der Universität nichtmehr möglich ist. Die Einheitlichkeit von Militarisierung der Wissenschaft und Verwissenschaftlichung des Militärs wird dann deutlich Bei der Bundeswehr sind bereits zwei Camera Silens vorhan-Folterforschung wird dorthin verlegt werden müssen, wenn den, eine in Kiel, die andere in Fürstenfeldbruck. Die sichtbarwerden.

den Geräuschen in die Zelle, Wachhalten in der Zelle, Beschrän-

ung des Trinkwassers und der Nahrung; Versprechen von Geld, einen hölzernen Kasten; übertragen von unangenehmen, stören-

peise, sofortiges Freilassen bei Verrat von bevorstehenden

3andensprengungen.

Einzelhaft, Unterbringen des Gefangenen in einen Schrank oder

Diese Ohung hat 1964 stattgefunden. Deutlich ist der Zusammenhang mit der Sensorischen Deprivation. Hier werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die in den USA gewonnen wurden eingesetzt, also die "psychische Verunsicherung", nicht die "physische Schmerzzufügung"; dunkel, Kapuze über den Kopf,

Polen. Auf dieser Tagung wurden Referate gehalten über aggres-sives Verhalten bei kindern Jugendlichen und Erwachsenen. schocks bestrafen sollen? Wie kann man die Sprache trainieren damit ein Mensch mehr oder weniger Aggressiv reagiert? Wie siven Verhaltens. Die Spesen würden aus dem Etat des SFB115 gezahlt. Es trafen sich Referenten aus den USA, Kanada, England (Ländern, die sich schon seit über 20 Jahren mit Aggrssionsforschung befassen), aus Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Irland, Türkei, Griechenland, Dänemark, Schweden, Welche Medikamente beeinflussen das Aggressionsverhalten bei Ratten? Welche Farbe beeinflußt das Verhalten von Menschen, Monte Carlo.zu dem Thema: Bedingungen und Ursprünge aggresbeeinflußt das aggressive Verhalten eines Gruppenmitglieds wenn sie einen Versuchspartner mit vermeintlichen Elektro-Professor Meyer war im Juli1973 auf einer NAIO-Tagung in

schrift "NEW Scentist" geht weiter und sagt:" ...und in steigendem Maße werden Arzte, VerhaltenBpgchologen, Pharma-zeuten und Techniker hierzu herangezogen." Folter ist regu-lärer Bestandteil der imperialistischen Regierungspolitik. Der Effizienz wegen, wird auch dieser Teil der Vernichtungs-

strategie verwissenschaftlicht und das weltweit, d.h. dass

ein reger Im- und Export von Foltertechniken stattfindet.

Der New Scientist veröffentlicht dazu folgendes:"... Techniken von Gehirnwäsche derart, wie sie bereits in

wurf, daß sie Gefangene foltern. Die Britische Wochenzeit-

Amnesty International macht über 60 Ländern der Erde, den

Hier werden die Ziele der Forschung mit sensorischer Depriva-tion gan≱ deutlich: es sind militärische Ziele, die den Wider-stand ausrotten soll, die politischen Gefangenen vernichten soll. Befehlsgewalt des BGS vorsehen. Der Bundesgrenzschutz begründet das mit der angeblichen Notwendigkeit, bestehende Lücken zwischen kriminalpolizeilichen, schutzpolizeilichenund – neuerdings- militärischen (kriegsähnlichen) Lagen zu schließen Weil der Faschismus in der BRD angegriffen worden ist, hat er um die Vernichtungsmaschinerie zu effektivieren und um den Schein der Rechtsstaatlichkeit aufrecht zu halten – was nicht seinen scheinbaren Frieden aufgeben müssenund ist offen übergegangen zur Bekämpfung derjenigen, die sich der Vernichtung "Beim Bundesgrenzschutz existieren Pläne, die für bestimm**ż**e bei denen es um die Vernichtung, nicht die Lähmung des Geg-ners gehe," Als Beispiel wird die "Oberwältigung von Baaderwidersetzen. Die wissenschaftliche Grundlage ist notwendig, Aufgaben eine Unterstellung von Beamten des BKA unter die Heinhof und der Fall Mc Loid" genannt. möglich ist.

-333-

Blatt: 97



Projekt A .8:

"Soziale Interaktion in einer modellhaften, inkompatiblen Gruppensituation unter besonderer Berücksichtigung der Aggressivität"

Leiter:

Prof. Dr. med. J. Gross
Psychiatrische u. Nervenklinik d..
2000 Hamburg 20
Martinistraße 52
Tel.: 0411/468410

Dieses Teilprojekt stellt die Weiterfürhung von Arbeiten dar, die unter BU 237/6 begonnen wurden und z.T. in GR :37/2 enthalten sind.

Wie schon bei Projekt A 7 ausgeführt, steht der Antrag GR 437/: als Einzelprojekt gerade bei der DFG zur Bewilligung an.

Beteiligte Wissenschaftler:

- 1. P. Kempe Dipl.-Psychologe, Exp. Psychologie im SFB tätig ab: 2. Halljahr 1972
- 2. W. Spehr Dr. med., Facharzt f. Psychiatrie u Nervenheilkunde, EEG-Labor, im SFB tätig ab:1.1.1973
- 3. G. Burzig
 Dr. med., Facharzt f. Psychiatrie u
 Nervenheilkunde im, SFB tätig ab:
 1.1.1974

6.2. Darstellung des Tellphojetues:

Während das Projekt A 5 dazu dienen soll, die Wirkung einschränkender Bedingungen unter verschiedenen weiteren situ ativen sowie Persönlichkeits-Variablen auf die Auslösung aggressiver Verhaltensweisen zu untersuchen, wenn ihnen ein einzelnes Individuum ausgesetzt ist, soll mit dem Projekt A 8 eine Situation modelliert werden, in denen 2 Individuen derartigen Bedingungen ausgesetzt sind.

Als Andlogiesituation können zwel oder mehr Patienten gedicht Werden, die in einem ? Juder ? Heben Dissen, immebilistert sint; oder wie z.B. nach Herzinfarkt oder schwerwiegenderen operativen Eingriffen, strikten Verhaltens-

Fish,

13816

Die Modellsituation ist für die Vp derart strubturiert, daß diese sich, sobald sie die erste Außerung tut oder sich in von der Instruktion abweichendem Ausmaß bewegt, zwangsläufig im Nachteil gegenüber der anderen, vermeint lichen Vp befinder.

Diese Konkurrenzsituation modelliert also eine Konstella in welcher der oder die anderen Patienten in der Lage sit sich besser an die vorgeschriebenen Reglementierungen zu halten.

Während für die Vpn in der Modellsituation das Einhalten der Instruktion durch die angekündigte Vergabe von Gratifikationen für optimales Befolgen der Verhaltensmaßregel gewichtet wird, hat der Patient die Vorstellung, daß der Heilungseffekt bei Einhaltung der Reglementierung verbes sert wird.

In der geschilderten psychischen Lage sind von den Vpn aggressive Äußerungen gegen den Versuchsleiter (entsprechend: Arzt, Krankenschwester etc.), jedoch auch ge den"fiktiven Partner" (entsprechend: der andere Patient) zu erwarten.

In der geschilderten Anordnung soll nun geprüft werden, welchen Effekt eine hohe gegenüber einer niedrigen Aggrosionsbereitschaft (Trait-Aspekt) auf die Äußerungen aggresiver Inhalte hat, und in welcher Form zwei Stufen der Reglementierung der Verbalisierung damit interferieren.

Vom Konzept der Modellsituatien her wäre die Abstufung Reglementierung im Versuchsplan nicht unbedingt notwend jedochlsind diese beiden Stufen in bezug auf das Projek "Reizsuche-Verhalten" (GR 437/2) von Bedeutung

Versuchsplan:

a) Stichprobe

2000 Habbur 20 Bartinistral a

Es soll versucht werden, für diese Untersuchung ebenfalls Soldaten heranzuziehen (N = 80), wobei die Aufteilung für die einzelnen Vpn-Gruppen (gemäß folgendem Schema/vorgenommen werden sollte

N	Verbalisation durch Instrukt. eingeschränkt	Verbalisation durch Instrukt frei
Ausmaß der A+ Aggressivi- A+ (trait)	20	20
A-	20	20
	40	40

b) Versuchsbedingungen und Durchführung der Untersuchung:

Zunächst hat die Vp eine Reihe von Tests auszufüllen.

Während sie damit beschäftigt ist, verläßt der Versuchsleiter von Zeit zu Zeit für langere Perioden den Versuchsraum, um angeblich nach der anderen Vp zu schauen.

Kurz vor der Beendigung des Fragebogenausfüllens schaut ein männlicher Mitarbeiter als "Versuchsperson" herein und sagt dem Versuchsleiter, er sei fertig mit dem Ausfüllen der Fragebögen und bereit zum Kammer-Experiment.

Daraufhin verläßt der Versuchsleiter den Raum und präpariert angeblich den "Partner" für das Kammer-Experiment (Anlegen von Elektroden etc.) und bringt diesen angeblich in die Kammer.

Zu Beginn der Untersuchung, während des Fragebogenausfüller hat der Versuchsleiter nebenbei auf die Zielsetzung des Experimentes hingewiesen, indem er sagte:

In dem Experiment, an dem Sie teilnehmen werden, soll geprüft werden, wie lange Vpn die Bedingungen Stille, Dunkelheit und ruhige Lage aushalten können,

Blatt: 100

und wie Sie darauf reagieren, wenn Sie nicht allein sondern gemeinsam mit einer anderen Vp diese Untersuchung absolvieren.

Nachdem nun der "fiktive Partner" versorgt ist, kommt der Versuchsleiter zurück zur Vp und sagt ihr:

Ihr Partner sitzt nun schon im Versuchsraum; ich möchte Ihnen nun noch die Elektroden anlegen und dann führe ich Sie auch hinein.

Je nachdem welcher Gruppe die Vpn zugeteilt wurden, bekommen sie kurz vor Betreten der Kammen noch folgende Instrukt

- a) Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit anderen Untersuchungen möchte ich Sie bitten, während des Experimentes so wenig als möglich zu sprechen.
- b) Es ist Ihnen und Ihrem Partner freigestellt, ob Si während des Versuches sprechen wollen, oder ob Sie lieber schweigen.

Alle Vpn bekommen noch diesen weiteren Hinweis:

Jeder von Ihnen hat auf der rechten Armlehne einen Panik-Knopf, damit er den Versuch abbrechen kann, wenn er es nicht mehr aushält.

Derjenige von beiden jedoch, der abbricht, bekommt nur den Anteil der Versuchsentlohnung, der dem %-Anteil entspricht; welcher vom Versuchsbeginn bis zu dem Zeitpunkt des Abbruches verstrichen ist.

Derjenige von beiden, der nicht geklingelt hat, bekommt immer die volle Entlohnung, egal wie lange der Versuch tatsächlich dauerte.

Zusätzlich wird bei der Entlohnung berücksichtigt, wie gut sich jeder von Ihnen an die Ihnen gegebenen Instruktionen hält.

Denken Sie bitte daran, daß durch Bewegungen unsere Meßwerte gestört werden, so daß ein Abweichen von unserer Instruktion, sich möglichst ruhig zu verhalten, sofort von uns registriert werden kann.

Dies gilt vor allem für Bewegungen mit der linken Hand bzw. den Fingern, wo, wie Sie wissen, verschiedene Ableitungs-Elektroden befestigt sind.

Sobald die Vp die Camera Silens betritt, wird über ein Tonb ein leises, kaum wahrnehmbares Atmen in die Kammer gespielt das den USiktiven Bartner in Ruhe" darstellen soll.

3459 / 253

Vorversuche haben ergeben, daß bei Verwendung nur eines Lautsprechers, der eine Richtungs-Lokalisation ermöglicht, und geringer Lautstärke eine realistische Darstellung des "fiktiven Partners" möglich ist.

In weiteren Vorversuchen soll geklärt werdon, ob diese Situation auch bei Verwendung von Kopfhörern in Kombination mit Kehlkopf-Mikrofonen so naturgetreu dargestellt werden kann.

Damit würde sich die Möglichkeit eröffnen, bei späteren Versuchsgruppen verbale Interaktionen zu simulieren.

Es handelt sich bei diesem Versuch um ein offenes Experiment d.h. eines mit nicht festliegendem Ende.

Das Experiment wird entweder durch den Tastendruck der Versuchsperson auf den Panik-Knopf, oder aber nach Ablauf der Maximal-Zeit (voraussichtlich 80 min.) beendet.

c) Meßwerte:

I. Screening-Test:

Hier sollte mit der gleichen Test-Batterie wie bei A 5 gearbeitet werden, nur sollte die bis dahin voraussichtlich weiterentwickelte Aggressions-Meßmethodik (Trait-Aspekt) verwendet werden.

II. Kammer-Pre-Tests:

M.E.L., M.A.C.L.

III. Kammer-Meßwerte:

- 1. Latenz bis zum ersten (2., 3., 4., etc.) Ansprechen des "fiktiven Partners".
- 2. Wie oft wird der "nicht reagierende Partner" ange-
- 3. Wieviele Worte werden an ihn gerichtet?
- 4. Skalierungs-Maße des Inhaltes:
 - a) Welchen Aufforderungscharakter haben diese verbalen Zuwerdungen?
 - b) Beurteilung dieser Inhalte nach den Sprach-Inhalts--Analysen-Skalen von GOTTSCHALCK und GLESER.
- 5. Abbruch-Kriterien (Zeit vom Beginn der Untersuchung bis zum Drücken der Panik-Taste).

- 6. Polyphysiographische Maße:
 - a) EEG (8 Kanäle), b) PGR; c) Puls,

 - d) Att/ing, e) Plethismographie.
- 7. Maße der Motorik und des Verhaltens: (s. Projekt A 5).

IV. Kammer-Post-Tests:

M.E.L., M.A.C.L. sowie standardisiertes Interview zu Kammer-Wersuch.

d) Auswortung und Analyse:

Bei einem Teil der in der Kammer erhobenen Meßwerte sind wertungs-Verfahren erst noch zu entwickeln, d.h. es m Beurteilungs-Kriterien gefunden und auf ihre Objektivita

In bezug auf die statistische Auswertung ist auch bei die Experiment, soweit es die Meßwerte erlauben, an eine mult variate varianzanalytische Verarbeitung gedacht.

6.3. Voraussichtliche Bearbeitungsdauer:

Die Vorbereitungsphase dieses Teilprojektes wird in dem 2. Halbjahr 1973 liegen, die Datenerhebung 1974 abdecken fund die Berichtphase Anfang 1975 abgeschlossen Werden könn

6.4. Erwartete Bedeutung:

Im Teilprojekt A 8 werden insoweit neue Wege beschritten, bisher zwar das Verhalten von Kleingruppen unter einschrän den Bedingungen (s. dazu Vorbemerkungen zu A 7) untersucht Wurde und in ciner Studio (DAVIS et. al. ((1961)) mit Stufen der Vertrautheit zwischen den Vpn (Verheiratete/re experimentiert wurde, in keiner der uns bekannten Untersuc aber ein "fiktiver Partner" eingefügt wurde.

Mittels des "fiktiven Partners" läßt sich die "2. Versuchs person" in ihrem Verhalten entweder konstant halten (wie i cen hier beschriptenen Projekt) oder in gezielter Weise ma pulleren, indem der Versuchsleiter im Kontrollraum die Rol der 2. Versuchsperson spielt.

Damit eröffnet sich ein neuer Weg zur Untersuchung einer V zahl von Variablen der sozialen Interaktion einerseits und der Modellierung verschiedener interpersonaler Beziehungen. he crack sitt z n.r : .

6.5. Stellung des Teilprojektes im Gesamtprojekt:

du dieser Frage wande in der barstellung des leingerjobier schon Stellung genommen, es ergibt sich daraus, daß es sic hier um einen Teilaspekt des Teilbereiches A "Aggressivitä in Abhängigkeit von Krankheit und therapeutischen Maßnahme



Eine entsprechende klinisch-empirische Fragestellung ist zur Zeit noch nicht ausgearbeitet, Beziehungen bestehen jedoch zum den Projekten A. 2 und besonders A. 3, in denen ammiche Gesichtspunkte eine Rolle spielen.

6.6. Gegerwärtiger Erkenntnisstand und eigene Vorarbeiten:

Es ist zu verweisen auf die allgemeinen Vorbemerkungen zu den Frojekten der Arbeitsgruppe "Experimentelle Psychiatri besonders auf die Variable "Persönlichkeits-Kompatibilität wobei hier die Unverträglichkeit dadurch bedingt ist, daß der "fiktive Partner" keinerlei Reaktionen zeigt, und die Vp sich durch ihre Außerungen zwangsläufig in die Rolle des Verlierers manipuliert.

Andererseits ist auf Voruntersuchungen mit einer von uns übersetzten Fassung der Sensation-Seeking-Scale von ZUCKERMAN zu verweisen, deren Fragestellungen durch die hier beschriebene Versuchsanordnung weiter aufgeklärt werde können (s. dazu auch Arbeitspapier "Stimulushunger" sowie eine frühere Veröffentlichung und ein Vortrag der Arbeitsgruppe).

Die Art der an verschiedenen Patientengruppen gefundenen Unschiede in dieser Skala legt nahe, daß mit ihr ein Faktor gemessen wird, der als Fähigkeit zur Schaffung von Sozial-Kontakten beschrieben werden kann:

Falls dies der Fall ist, sollten die im Fragebogen erreicht Sensation-Seeking-Scores Prediktionen erlauben in bezug auf das Ausmaß und die Art der sozialen Kontakt-Bemühungen, welche die Vpn unter den verschiedenen Restriktionen verwirklichen.

LITERATUR:

1. DAVIS, J.M.; McCOURT, W.F. und SOLOMON, P.:

"Sensory Deprivation, the Role of Social Isolation" Arch. Gen. Psychiat. 5, S. 84-90, 1961

Zusätzlich Anlagen:

- 1. "Experience with the Sensation Seeking Scale by ZUCKERMAN in Speech Disorders".
- 2. "Stimulushunger" and the second that the second second

Blatt 114

Teilprojekt A 10

Bezeichnung: Experimentell-klinische Untersuchunger zur Auswirkung aggressiven/nichtaggres ven Verhaltens von Arzten auf apozifis Vorschulkindergruppen in simulierten Standardsituationen.

·Leiter: Prof.Dr.H. Wallis, Dipl. Psych.G. Schröde

Dienstanschrift: Psychosomatische Abteilung der Universitäts-Kinderklinik, 2000 Hambur Martinistr. 52, Vorwahl-Tel.:0411/46850

D Dieses Teilprojekt wird aus keinem anderen Forschungsförderungsverfahren finanziert. Ein entsprechender Ant

Beteiligte wissenschaftliche Mitarbeiter: Siehe Auf Ve. auf der nächsten Seite.

6.2 Darstellung des Teilprojekto

6.2.1 Ziel:

Unter der Annahme, daß aggressives Verhalten von Ärzter zu unmittelbaren Veründerungen im Verhalten des Kindes führt, die diagnostische und/oder thorapeutische Maßnah ungünstig besinflussen, sollen kindliche Verhaltensände gen und ihre physiologischen Korrelate systematisch erf und ausgewertet werden.

Art, Ausnaß, Regelhaftigheit sowie begrenzte Beeinflußb keit solcher provozierver Verhaltensänderungen und ihre physiologischen Korrelate sollen unter experimentellen dingungen in simulierten Standardsituationen untersucht analysiert werden.

Die Untersuchungen sollen sich auf Vorschulkinder (7 Jahre) beziehen, weil für diese Altersgruppe en wen stens systematische Befunde vorliegen, sie dagegen an sten gefährdet erscheint, iatrogen gesetzte psychogene Störungen zu entwickeln (s. 6.6). dividude of docial lands

6.2.2 Ansatz: ·

Als Versuchspersonen sollen Kinder aus folgenden Stichproben Zenommen wenden:

- 1. Psychisch unauffällige, körperlich gesunde Impflin-
- 2. Extrem Engstliche, aber körperlich gesunde Kinder gemäß den Auswahllriterien einer z.Zt. laufenden Untersuchung (s. 6.6).
- 3. Krankheitsverdächtige Kinder als Erstüberweisungen a
- 4. Chronisch kranke, von Eratlicher Dauerbetreuung abel gige Kinder aus Spezial-Sprechstunden (Himophilie, Diabetiker - vorbereitende Untersuchung s.Projekt A

Jede Stichprobe soll 50 Kinder umfassen. Die Versuchsbedingungen setzen sich zusammen aus (a) si lierten und standardislerten Wartezinzer- und Untergu-

13823

3459 / 255

Blatt 116

chungszimmer-Situationen, (b) Arzten mit einem hohen/
niedrigen Aggressivitäts-Score und der Anweisung, sich
in spesifischer Weise aggressiv/nichtaggressiv zu verhalten. Die experimentelle Durchführung erfolgt so,
daß nach angemessener Eingewöhnungszeit in die Standardsituationen das Verhalten und die physiologischen Reaktichen der Kinder gemessen werden. Diese Daten unter
nicht-stimulierenden Bedingungen gelten als Ausgangswerte. Dann werden die Arzte als unabhängige StimulusVariable in die Ausgangssituation eingeführt und die
davon abhängigen Verhaltensänderungen und physiologischen
Korrelate der Kinder erneut gemessen. Ausgangsdaten und
Enddaten werden nit statistischen Methoden aufbereitet,
verglichen und analysiert.

Engelmist.

Es wird angenommen, daß Ärzte mit einem hohen Aggressivitäts-Score (Bestimmung durch die im Projekt C 1 entwickelten Verfahren) bei Kindern stärkere Verhaltensänderungen hervorrufen, als Ärzte mit einem niedrigen
Aggressivitäts-Score, unabhängig von ihrem Verhalten.
Es wird ferner angenommen, daß die Verhaltensänderungen
der Kinder in Richtung stärkerer Angstreaktionen gehen
und daß sich die einzelnen Stichproben in Art und Ausmaß
der Angstreaktionen ihrer Versuchspersonen voneinander
unterscheiden. Die so erzeugten Ängste werden auf ihre
Stabilität kontrolliert und für den Fall, daß sie nach
einer zeitlich begrenzten Kontrollperiode nicht abgeklungen sind, mit Hilfe bereits entwickelter verhaltenstherapeutischer Verfahren abgebaut (s. 6.6).

6.2.3 Methoden:

Da der erlebnispsychologische Zugang zur Messung von Konstrukten, wie Angst und Aggressivität, bei Kindern unter 8 Jahren aus entwicklungspsychologischen Gründen sehr unbefriedigend ist und somit keine psychodiagnostischen Tests in Form von Fragebögen, projektiven Tests etc. sinnvoll eingesetzt werden können, ergiot sich die Notwendigkeit, auf verhaltenspsychologische Maße und ihre physiologischen Korrelate zurückzugreifen. Unter dem Aspekt der Quantifizierung sollen zwei meßmethodische Ansätze für die spezielle Fragestellung adaptiert und eingesetzt werder

(1) Die direkte Beobachtung und Messung von Verhalten nach HUET and nutt (s. 6.6). Dieser ethologisch orientiente Ansatz zur Verhaltensaustern und -verläufen in einzelne Kategorien und Komponenten zum Ziel, wobsi auch biologisch-organismische Variablen (z.B. Hunger und Modeligiett) berucksichtigt werden. Die Erstellung der Kategorien erfolgt durch systematische, längerdauernde Beobachtungsreihen, in denen die beobachteten dauernde Beobachtungsreihen, in denen die beobachteten Verhaltensabläufe unter morphologischen und funktionalen Gesichtspunkten in quantifizierbare Verhaltenselemente aufgegliedert werden. Diese Gliederung ergibt einen brauphschen Rahmen für eine klassifizierte Verhaltensmessung, bei der z.B. Dauer, Haufigkeit und Ruszaß eines definierten Werhaltenselementes als Kenngrößen verranct werden. Die bei diesen methodischen

Blatt 13824

Vorgehen eingesetzte Registrier- und Meßtechnik besteht aus Tonbandgeräten, Check-Listen, Eventgecorder, Filmaufzeichnungen und Video-Geräten.

Zur Erstellung beschreibbarer und definierter Vohaltenskategorien werden Kinder in simulierten Stuationen direkt und systematisch beobachtet. Die Beobachtungen werden simultan auf Band gesprocher (mehrere Beobachter). Die Transkripte der Bände werden analysiert und kategorisiert.

Die daraus gewonnenen Verhaltenskategorien könne durch Check-Listen und/oder Eventrecorder erfaßt und registriert werden. Das kann durch time-samp procedures und/oder event-sampling-procedures er gen. Die Check-Listen und Eventrecorder können vunterschiedlicher Zeitaufgliederung und Kapazitäsein.

Für bestimmte Fragestellung lassen sich spezifis kategorisierte Aktivitätskataloge und -vokabular erstellen, die mehrfach an den realen Beobachtun situationen überprüft und modifiziert werden istelle wesentlichen Verhaltenskategorien unter ein bestimmten Fragestellung befriedigend erfassen (Beispiel: McGREW, FESHBACH, s. 6.6). Nach bis gen Untersuchungen kommt man nach mehrfachen über beitungen, z.B. mit ca. 60 Verhaltensmerkmalen, motorischen Verhalten von Kindern aus.

(2) Die polyphysiologische Messung über telemetrisch Systeme in simulierten Situationen (a) unter nie stimulierenden (b) unter stimulierenden Bedingu mit unterschiedlichen Stimuli. (Anzahl und Art abzugrnifenden physiologischen Variablen muß gediert und im Übereinstimmung mit den anderen polyphysiographisch angelegten Projekton enarbeitet

(3) Der anamnestischen Gesichtspunkten werden in Sy listen eingesetzt, die Verhaltsstörungen und ne tische Symptome der Kinder erfassen. Dafür will leine Angst-Liste für Kinder benutzt, die in elaufenden Untersuchung von uns entwickelt worder und sich als brauchbar erwiesen hat (6.6); 2. Symptomliste wird eingesetzt, welche dem in Proj A 4 benutzten Fragenkatalog entspricht. Mittels last- und Symptom-Listen sollen Informationen dewonnen werden, ob eine Beziehung besteht zwisch anamnestisch erfaßten Stürsymptomen und Stüranfikeit gegenüber aggressivem Verhalten von Arzten.

Die Auswertungsmethoden richten sich nach dem Skalen der verhaltensanalytischen und telemetrischen Daten ufassen nichtparametrische, Rang- und parametrische Veren.

Die Gradelan Daten sollen Huge alle Gruppen variensen tisch und innerhale der Gruppen korrelationsanalytisc geprüft werden.

'a cadyoden

5,2

C -

Blatt 118

6.3. Voraussichtliche Bearbeitungsdauer:

Das Projekt soll ab 1.1.1973 beginnen. Als Anlaufzeit für Beschaffung, Erprobung und Anpassung der Technik sowie Einfibung in die Registrier- und Meßnethoden sowie erste Versuchsdurchgunge rechnen wir mit 6 Monaten. Die Untersuchungen selbst können etwa ab 1.7.1973 beginnen: Veranschlagte Dauer für das Gesant-Projekt 2 bis 5 Jahre.

6.4 . Erwartete Bedeutung:

Die bisherigen Untersuchungen über psychische Traumatisierung von Findern durch kurz- oder längerfristige Krankenbausaufenthalte, ärztliche Maßnahmen und Pflegebedingungen sind Zast ausschließlich unter dem Aspekt der Spätfolgen in Form von neurotischen Symptomen und Verhaltensstörungen angelegt worden.

Die unmittelbaren Auswirkungen ärztlichen Verhaltens auf das unmittelbare Verhalten von Kindern sind dagegen noch nicht systematisch und unter experimentell variierbaren Bedingungen untersucht worden. Andererseits sind junge, gesunde Einder in zunehmendem Maße ärztlichen Maßnahmen ausgesetzt (Vorsorgeuntersuchungen, Impfprogramme, kormi gierende Behandlung relativ geringfügiger Anomalien). Die Bedeutung des Projekts liegt darin, festzustellen, welche in einer abzuellen Minischen Standardsituation abzuelen Prozesse verhältenspsychologischer und psychophysiologischer Art von unmittelbarer Bedeutung für die Entwicklung späterer, psychischer Störungen sein können.

6.5 Stellung innorhalb des Programmes des SPB:

Aus der thematischen Zielsetzung des Gesamtprojektes ist die Stellung dieses Teilprojektes unmittelbar ersichtlich. Es handelt sien um eine Erwalterung der Untersuchungen du Arat-Patienten-Verhültnis auf spezielle Vorschulkinder-Gruppen. Für die Hessung der Aggressivität der erwachsenst Versuchspersonen (1922), worden die gleichen Thatrument benutzt, welche auch die anderen Arbeitsgruppen erwenden (s. Projekt C 1). Daraus ergibt sich die Höglichkeit, in Projekt A 10 und A 11 und etwaigen späteren Projekten psychonentische Patienten in ihrer Funktion als Eltern nit psychonentische Patienten in ihrer Funktion als Eltern nit psychonen aus Patienten (Arzeinnen) zu vergleichen.

The for Assolit polyshir tographischer Messungen wird das Mendere Manual Mendere Men

Darüber hinaus werden unsere Kinderstichproben für die Gründlagenierschung (Freiekt C 1) Vergleichsdaten lie-

6.6 Gegenwärtiger Erkenntnisstand, eigene Vorarbeiten:

Uper die Bedeutung traumutisierender Auswirkungen durch Krankenhauseufenthalte und Filogebedingungen auf Kinder Fliegentzehlreiche, vorwiegend psychoanalytisch orientierte Arbeiten vor (Literaturübersicht bei v.TROSCHÆ, 196 Über die unmittelbare Auswirkung aggressiven Verhalt von Arzten auf Vorschulkinder scheint es bisher noch keine systematischen Untersuchungen unter experimente Bedingungen zu geben.

Eigene Vorerbeiten unter dem Aspekt der Angstreaktion bei Kindern als Folge aggressiver ärztlicher Maßnahme (z.B.Injektionen) sind von uns bereits in systematisc Form durchgeführt worden. Zur Zeit läuft eine klinisc experimentelle Untersuchung an ca. 150 kindlichen Patten, bei der das Schwergewicht auf der Anwendung vorh entwickelter verhaltenstherapeutischer Behandlungsmet der iatrogen erzeugten Angste liegt (SCHRODER 1970, SCHRÖDER und DANWERTS 1970, SCHRÖDER 1971 a und b, SCHRÖDER 1972, unveröffentlicht).

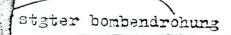
Weitere Vorarbeiten liegen in der Weise vor, daß Kind

The second of the State of t

ning paramental factors arguments has blocked in a supplied the factor of the factor of

Enter # 1

zu punkt 21



Juni 72

stgt.ztg., 30.5.72

amerikanische militärpolizisten kontrollierten autofahrer mit einem baader-meinhor-fahndungsblatt in der hand - (foto)

stgt.ztg., 3.6.

ausserdem hatten die amerikanischen streitkräfte materielle und personelle hilfe angeboten. so entdeckte die besatzung eines an. hubschraubers...einen kleinbus...

stgt.n., 3.6.

' ein roter alfa und ein commodore sollten dort angeblich ... von einer patrouille der amerikanischen militärpolizei und des cid verfolgt worden sein. als sich ein "bussard" einschaltete, war lediglich die mp-streife an der ausfahrt zuffenhausen zu sehen...stuttzarts kripo-chef kurt frey fand eine erklärung: "die maerikaner haben tatsachlich auf der autobahn heilbronn - stuttgart fahrzeuge der marken baw, alia romeo, porsche und commodore überprüft." 1

stgt.n., 5.6.

Politeiproi o'dent ' dann aber platzte über "uran" eine/meldung in die funksentrale... zweimal richtete paul rau rückfragen an die landespolizeizentrale, dann stand fest : der amerikanische sicherheitsdienst cid und die militärpolizei hatten in eizenregie die autobahn beobachtet.

krisenstab : filbinger +

vertreter des staats -, innen + justizministeriums, des lka, des landesamts für vs, der staatsanwaltschaft, der oberpostdirektion + der stgt polizei
+ koordination mit bundesbehörden (stgt.z,30.5.)

die sonderkommission der stgt polizei 'arbeitet eng zusammen mit den zuständigen stellen des lka, des bka, væs mad jund der sg bonn (sgt.n., 30.5.)

genscher in panorama:

nachrichtenagenturen, zeitungen, funk und fernsehen sollen sich vor der veröffentlichung von bombendrohungen mit der polizei beraten – absprachen über das oh und wie der veröffentlichungen stellten keine zensur dar. es bestehe ein interesse daran, dass die massenmedien die bevölkerung über die gefährlichkeit der bm-bande aufklären.

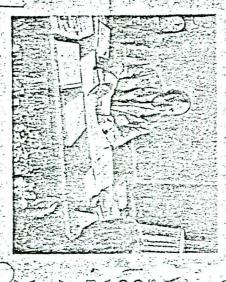
maselberg, vors.des presserats in derselben sendung : für freisizhige zurückhaltung der massenmedien (stgt.n.,30.5.)

damm (cdu, bundestagsabg.): brief an brandt wegen möglichem einsatz der bundeswehr

COHA. Sander

in studies in Angels.

Stuttgarts Einkaufszentrum Schulstraße um 10 Uhr 27 (Irichts) und um 13 Uhr 27 (rechts). Viele Stuttgarter blieben in der Stunde X am Freitag, dem 2. Juni, zwischen 13 Uhr und am Freitag, dem 2. Juni, zwischen 13 Uhr und diese Stunde drei Bombenexplosionen in der schwäbischen Metropole angekündigt. Mehr als 2000 Polizisten schützten die Stadt, Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger um 113 Uhr 10 zu QUICK-Autor Harvey T. Rowein, Die Terroristen wollen den Staat zerstören"



der Halle. Die drei Japaner rissen ihre Koffer auf, holten die Waffen heraus und schoesen wahl- und ziellos um sich.

Bei diesem Attentat wurden zwei Deutsche verletzt: Die 30jährige Doris Winterlis und ihr 32jähriger Freund Klaus Peter Dörr. Doris Winterlis berichtet der QUICK: "Es begann fürchterlich zu knallen, Peter riß mich zu Boden, im selben Augenblick spürte ich einen entsetzlichen Schmerz auf meinem Oberschenkel. Ich stand Todesängste aus, denn ich hörte nur Schüsse und schreckliche Schreie. Als ich mich umschaute, sah ich Peter – sein Gesicht war blutverschmiert. Ich wollte ihm helfen, aber da knallte es wieder."

Eine weitere Augenzeugin, Rachel Brauntein, berichtet: "Plötzlich hatte einer der
Terroristen eine Handgranate in der Hand.
Er warf sie zwischer die schreienden Menschen. Ich habe Leichert gesehen, denen die
Gliedmaßen durch die Explosionen der
Granaten abgerissen wurden. Einer Frau
wurde buchstäblich der Kopf vom Leib
gerissen, Überall war Blut."

Nach dem Blutbad sprengte sich einer der Attentäter, Toryo Ken, selbst in die Luft. Der zweite Attentäter, Sagisale Kiiro, wurde von Kozo Okamoto versehentlich erschossen. Alle drei hatten den Auftrag, ihrem Leben

22 **- MIST**

Wohnung in Bad Godesberg. Er erklärte dort in einem langen Gespräch, daß es ungeachtet der zu erwartenden Fahndungserfolge der nächsten Tage darauf ankomme, den Bestand unseres. Staates und unserer Gesellschafts ordnung in Zukunft durch neue Gesetze besser zu schützen als dies bisher der Pall sein konnte. Auf Initiative des Innenministers verden dem Bundestag zwei neue Gesetze vorgelegt, die es der 19 000-Mann-Gruppe des Bundesgrenzschutzes ermöglichen solle, aktiv an der Bekämpfung von Terroristen teilzunehmen.

Während der kurzen Nachtruhe des Bundesinnenministers beginnt der von ihm an Nachmittag beschlossene Countdown. In Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Stadtpolizeien wird die Alarmstufe 2 für das gesamte Bundesgebiet angeordnet. Während in Stuttgart die Polizeikräfte

die deutsche Offentlichkeit bisher überhaupt tum in Deutschland durch FBI-Agenten sche Armeeinrichtungen haben die US eigene Falist. Die Anschlage auf amerikani verdoppelt wurden, rüsteten sich die Beam-Kommando zwei verdächtige Italiener in schützen zu lassen. Bisher hat das FBI-Regierung veranlaßt, amerikanisches Eigen-(FBI) in Deutschland und recherchiert au der amerikanischen Bundeskriminalpolize belindet sich ein 40köpfiges Spezialistentean den nur sehr wenig wußten; seit Plingsten nichts und die deutschen Sicherheitsbehörehen Zeit lief eine Aktion weiter, von der Frankfhrter Versteck Andreas Baader für die letzten entscheidenden 24 Stunden, Zur glei-Sicherungsgruppe Bonn vor dem

kriegt, konnten in jedem Augenblick unsere gebracht. Aber die Angst in der Bevölkerung Gesellschaft von neuem bedrohen, Baader, Meins und Raspe wurden in Bochum, Düsseldorf und Köln hinter Schloß und Riegel der Bundesrepublik blieb.

weite Teile unseres Landes in der vergangehrief bei der Deutschen-Presse-Agentur in innenstadt drei mit Sprengstoff beladene Filbinger Vertreter aller mit der Fahndung reitskonserenz zusammen. Die Beschlüsse dem 28. Mai, um 10.25 Uhr ausgelöst. Zu befaßten Behörden zu einer großen Sicherdieser Konferenz mündeten zunächst in die Die bürgerkriegsähnliche Stimmung, die nen Woche erfaßt hatte, wurde am Sonntag, dieser Minute ging ein aus Zeitungsbuchstaben zusammengeklebter anonymer Eil-Hamburg ein. Die Absender kündigten an, zwischen 13 und 14 Uhr in der Stuttgarter Wagen hochjagen würden. Um 16 Uhr rafen unter Vorsitz von Ministerpräsident daß sie am kommenden Freitag, 2. Juni Alltagsroutine einer Großfahndung,

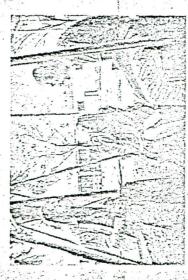
Redakteure die Geschichte dazu mit Schlagzeilen wie "Stuttgart - Stadt in Angst" garnyme Drohbrief angedruckt wurde und einige nierten, mahnte Stuttgarts 67jähriger Oberbürgermeister, Dr. Arnulf Klett, die Bürger tionen vieler deutscher Zeitungen der ano-Panikstimmung lag in der Luft. Die Reaktion der Bevölkerung war nicht voraus-Während am späten Abend in den Redakseiner Stadt zur Besonnenheit. Kein Zweifel: zusehen.

Als die Masse der Bundesbürger erst jetzt

führen würde. Am frühen Nachmittag diesesm 72 Stunden zu einem entscheidenden Erfolg Dignstag sagte ein leitender Agentenchef des behörden allen Anlaß zur Hoffnung, daß ihre monatelange Arbeit innerhalb der nächsten Bundesnachrichtendienstes zu zwei QUICK-Redakteuren in der Lobby eines Bonner Hotels: "Das Netz zicht sich zu. Bis Freitag die Gefahr erkannte, hatten die Sicherheitssitzt der Kern der Bande hinter Schloß und Ricgel."

Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe -Diese Zuversicht bezog der Geheimdienstmann aus seinem Wissen über den Stand der Ermittlungen, die die Sonderkommission gestellt hatte. Der Unterschlupf von Andreas der Sicherungsgruppe Bonn in Frankfurt anim Appartmenthaus Hofeckweg 2-4 stand seit neun Tagen unter Beobachlung.

Verbündeten in ihre Stammkneipe "Sport-Als an diesem Dienstag die drei



Die deutschen Überlebenden Doris Winterlis und Klaus Peter Dörr zu QUICK-Reporter Hans Böck (I.): "Die Halle glich einem Schlachthof."

block explodiert; war damif gebannt, Die Verhaftung der drei Terroristen zu diesem Doch die Sicherungsgruppe rechnete sich sondern auch für andere deutsche Städte Zeitpunkt wäre ein Kinderspiel gewesen. eine größere Erfolgschance aus: Für die zum so vermuteten die Fahndungsexperten, die ganze Baader-Meinhof-Bande im Hofeckweg 2-4 versaunneln. Die einmalige Möglichkeit, die ganze Bande fassen zu können, 2. Juni mittlerweile nicht nur für Stuttgart angedroliten Bombenattentate könnte sich, war nicht auszuschließen.

eter Westchiggschaf fir Can Koncill

Die internationalen Komplicen der Baader-Meinhof-Bande waren es, die noch am Abend desselben Tages auf die bisher grausamste und verbrecherischste Art von sich reden machten. Als die Boing 707 der Air aus Paris kommend, auf dem Flughafen Rom landete, machten sich dort drei Japaner zum Einsteigen für den Weiterflug nach France, Flug Nr. 132, mit vierzig Minutee Verspätung um 18.50 Uhr italienischer Zeit, Tel Aviv fertig:

Sagisaki Kiiro und der 24jährige Kozo Der 23jährige Toryo Ken, der 23jährige lische Maschinenpistolen, normale Pistolen Aviv, wo er um 22.30 Uhr Ortszeit landete. Und das ist der Zeitplan des Attentats: Okamoto. In ihren Koffern hatten sie sowjeund Handgranaten. Um 19.30 Uhr Ortszeit startete der Air-France-Flug 132 nach Tel

Als das Gepäck in der Ankunstshalle eintraf, befanden sich etwa 300 Menschen in Lesen Sie bitte weiter auf Scite 22

Band 814/Lö

- Vorsitzender -

gestellten Erklärungen...
Wollen Sie sich zu Wort melden?

Der Angeklagte Baader verlässt um 10.25 Uhr den Sitzungssaal.

- RA Wei.: Herr Vorsitzender, vielleicht darf ich anregen, zu unterbrechen. Mein Mandant wollte auch noch eine Erklärung abgeben und einen Antrag stellen.
 - V.: Ja, es steht nichts im Wege, daß er sich vorführen lässt.

 Wir brauchen deswegen nicht zu unterbrechen, meine ich.

 Soll irgendetwas erklärt/zu diesem Beweisantrag?
- OStA Z.: Ich möchte kurz Stellung nehmen, Herr Vorsitzender. V.: Bitte, Herr Bundesanwalt Zeis.
 - OStA Z.: Die Beweisthemen sind, auch wenn man von der darin enthaltenen Polemik einmal absieht, für die Schuld- und Straffrage sämtlich ohne Bedeutung.

Hier geht es um Mord, Mordversuch, Sprengstoffverbrechen und die Gründung und Fortsetzung einer kriminellen Vereinigung. Darauf beziehen sich aber die gestellten Beweisanträge ersichtlich nicht.

Wir beantragen daher,

sie gemäß § 244 StPO zurückzuweisen.

Danke.

- V.: Herr Rechtsanwalt Oberwinder.
 - RA Ob.: Ich möchte kurz erwidern auf die Ausführungen des Herrn Oberstaatsanwalts Zeis.

Es ist ja vorhin bekannt geworden und offentsicht verfügt ja auch die Bundesanwaltschaft über den Antrag des Kollegen Dr. Temming, der auf die Einstellung des Verfahrens abzielt, mit der Begründung, daß ja nun offenkundig geworden ist, daß von der Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens von allen äußeren Umständen jach hicht mehr die Rede sein kann. Und es ist also interessant zu hören, daß es hier um Schuld- und Straffrage geht, aber offensichtlich auf die Frage fairer Prozeß, rechtmäßiger Prozeß – das ist ja auch offenkundig geworden –, nicht mehr ankommt. Und wenn das jetzt von Ihnen schon so platt zugegeben wird, ist dem eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

V.: Ja, bitte. Sie wollten auch was...

Band 814/Lö

RA Wei.: Ich wollte erwidern.

Herr Bundesanwalt, Erkenntnisse des Gerichts sind auf engem justizförmigen Wege zu gewinnen. Und in Erinnerung an die gerade vor kurzer Zeit erfolgte Lauschaktion, hier in der Vollzugsanstalt Stammheim, wäre Ihnen doch anzuraten, sich in Bezug auf Ihre Erwiderungen auch etwas zurückzuhalten.

V.: Ja, dann bitte ichalso sonstige Erklärungen abzugeben, falls Sie es wünschen. Sie hatten ja von einer Zurückstellung gesprochen, wenn Sie sich erklären wollen, es steht dem nichts im Wege.

RA Schn: Im Augenblick nicht.

V.: Im Augenblick nicht.

Ja, dann werden wir...

Herr Rechtsanwalt Schaegel, Sie wollten...

RA Schl.: Herr Vorsitzender, ich wollte Ihnen nur bekanntgeben, daß ich auch einen Antrag habe, den ich allerdings zurückstellen möchte, bis der Herr Raspe im Saal. Es hat für mich, für meine Entscheidung Bedeutung, was Herr Raspe möglicherweise ausführt, und was Herr Weidenhammer vielleicht dazu sagen kaka wird.

Der Angeklagte Raspe erscheint um 10.28 Uhr im Sitzungssaal.

- V.: Herr Raspe, es ist angekündigt, Sie wollten einen Antrag stellen. Sie haben Gelegenheit dies zu tun.
- RA Ob.: 7 ich beantrage hochmal 5 Minuten Pause zu machen, weil noch verschiedene Sachen ungeklärt sind.
- V.: Ja, ich sehe dem nichts Entgegenstehendes. 10.35 Uhr Fortsetzung.

Pause von 10.29 Uhr-10.36 Uhr

Fortsetzung der Hauptverhandlung um 10.36 Uhr.

Der Angeklagte Raspe ist nicht mehr anwesend.

Der Angeklagte Baader ist wieder anwesend.

V.: Wir setzen fort. Ich dachte an sich, Herr Raspe wollte irgend einen Antrag stellen.

Angekl.Ba.: Ich möchte noch einen Antrag stellen.

V.: Herr Baader, Sie wollen jetzt an Stelle von....

Angekl.Ba.: Ja, ich möchte noch einen stellen. Denn ich habe gerade den Brief von Bender oder Schieß gelesen.

Dann also Bender und Schieß als Zeugen zu laden, die bestätigen werden, daß die abgehörten Gespräche zwischen uns und den Verteidigern nichts ergeben haben, was auf eine Verbindung zu den Gefangenen, also zu dem Kommando Holger Meins in Stockholm, auf eine angeblich geplante Geiselnahme auf einem Kinderspielplatz, auf einen Zusammenhang zwischen uns und den Aktionen in Den Haag, Orly, Drenkmann, Lorenz usw. schließen läßt;

daß 2. die Meldung einer angeblich in Stammheim geplanten Geiselnahme auf einem Kinderspielplatz eine gezielte Falschinformation ist, die die Öffentlichkeit täuschen soll; und daß die Baden-Württembergische Landesregierung diese selbe Konstruktion schon 1974 benutzt hat, um einer Schwester Gudrun Ensslins die Ausbildung als Kindergärtnerin im Öffentlichen Dienst zu verbieten; daß die bei Elisabeth van Dyck beschlagnahmten Fotos aus Stammheim dazu benutzt werden mußten, eine Verbindung zwischen uns und der Gruppe Haag zu konstruieren, weil sie sich aus den abgehörten Gesprächen nicht ableiten ließ; dazu könnten Sie zum Beweis auch noch Elisabeth van Dyck laden; daß diese gesamten Behauptungen 4. tatsächlich Zwecklügen sind, die rechtfertigen sollen, daß über die Nachrichtendienste, dem Bundesnachrichtendienst und dem Verfassungsschutz, über den Bundesnachrichtendienst die Bundesanwaltschaft und über den Verfassungsschutz das

Justizministerium über die Gespräche, über den Inhalt der abgehörten Gespräche das Gericht laufend informiert haben. Und dann wollte ich noch sagen: Falls die Zwangsverteidiger hier tatsächlich die Erwägung hatten, den Prozeß zu verlassen...

- V.: Ich habe das gerade nicht verstanden. Würden Sie das bitte nochmal wiederholen?
- Angekl.Ba.: Falls die Zwangsverteidiger hier tatsächlich die Erwägung hatten, sich von diesem Prozeß zu trennen, was man kaum glauben kann, dann kommen Sie nicht auf den Gedanken, daß damit jetzt zu legitimieren mit diesen Anträgen, daß Sie etwa hier sitzen bleiben. Wir sind der Ansicht und Sie können sicher Ihre Funktion als Verteidiger auch am Besten erfüllen, wenn Sie endlich den Prozeß verlassen. Außerdem Wilte ich Ihnen noch mitteilen auf Ihre Frage, ob wir bereit sind, dem Gericht oder dem Anstaltsarzt....
- V.: Ja, Herr Baader, das betrifft ja jetzt die Haftbedingungen.

 Das ist dann außerhalb der Hauptverhandlung....
- Angekl.Ba.: Nein, das ist aber, glaube ich, ganz wichtig. Sie haben auch nicht so häufig Gelegenheit, mit uns Kontakt aufzunehmen.
- V.: Ja doch, ständig. Wir verkehren doch ständig schriftlich....Das wollen wir aus der Hauptverhandlung herauslassen, Herr Baader, sonst kommen die Haftbedingungen....
- Angekl.Ba.: Aber Sie haben doch ausdrücklich die Frage an uns gestellt....
- V.: Ja, wir hatten sie gestellt, und ich bitte Sie, die auch sezu beantworten, wie das außerhalb der Hauptverhandlung geschieht. Sie haben Papier und sind des Schreibens kundig; und ich sehe dem entgegen. Also das wollen wir jetzt im Prozeß nicht vorgetragen haben.

Zu der Frage mit dem Kinderspielplatz. Da will ich zur allgemeinen Kenntnis noch folgendes referieren: In diesem schon erwähnten Einstellungsantrag von Herrn RA Dr. Temming wird auf diese Frage eingegangen. Herr Dr. Temming schreibt hier: "Richtig ist, daß z.B. der Unterzeichner und Ulrike Meinhof sich über Kinderspielplätze nach der Aktion in Stockholm unterhielten. Allerdings in dem Kontext, daß sich beide darüber empörten, daß dieses Argument der Sicherheit für die Kinderspielplätze -neben dem berühmten Milchmann oder Briefträger an der Ecke- in den Massenmedien hochgespielt wurde, um die Notwendigkeit+von Sicherheitsmaßnahmen zu legitimieren. Bei diesem Ge-

spräch stuften Ulrike Meinhof wie der Unterzeichner dieses Gefasel von der Unsicherheit der Kinderspielplätze als Bestandteil der psychologischen Kriegsführung gegen die RAF seitens des Staates und der ihm treu ergebenen Massenmedien ein. D.h. als typisches Manöver der Lüge und der Desinformation, weil alle wußten, daß die RAF oder andere Guerilla-gruppen niemals zu solchen Mitteln greifen würden. Diese Zeilen lassen vielleicht bei der Bewertung der Überlegung Raum, ob es hier zu Mißverständnissen, zur Falschinterpretation von gewissen abgehörten Äußerungen gekommen sein könnte. Dies nur zur Information der Beteiligten, die ja nicht alle über diesen Schriftsatz verfügen.

Der Angeklagte Baader verläßt um 10.42 Uhr den Sitzungssaal und übergibt gleichzeitig noch das dem Protokoll als Anlage 4 beigefügte Schriftstück.

- V.: Herr Raspe will anscheinend nichts sagen, denn er ist nicht da.
- RA.Wei.: Ich höre gerade, er ist auf dem Weg; er will hierher kommen. Aber offensichtlich verzögert sich das noch etwas.
- V.: Ja, das ist natürlich nicht so angenehm, Herr Rechtsanwalt. Also wir hatten vorhin doch etwas verzögerlich verhandelt, um Herrn Raspe die Gelegenheit zu geben. Und dann wäre es schon recht, wenn er kommen will, daß er hier ist. Denn im Grunde: Wer eben nicht hier ist, den kann man auch nicht hören, nicht.
- RA.Wei.: Das ist ja richtig. Aber sein gesundheitlicher Zustand läßt eben nicht zu, daß er, so wie Menschen, die eben gesund sind, reagieren, sondern er ist in der Reaktion auch etwas eingeschränkt durch die Haftbedingungen. Ich bitte das doch zu berücksichtigen.
- V.: In was ist er eingeschränkt?
- RA.Wei.: Er ist in seiner Gesundheit eingeschränkt, eben durch die Haftbedingungen.
- V.: Sie nannten irgend eine Reaktion oder was?
- RA.Wei.: Ja, er ist nicht mehr so reaktiv, wie ein gesunder Mensch.

 Das sieht man ja, wenn er hier erscheint. Und darum bitte ich....

- V.: Ich versteh zwar nicht ganz, was die Reaktion mit dem Erscheinen im Sitzungssaal zu tun hat; aber mag sein. Also kommt er jetzt oder wie stets.
- RA.Wei.:Er bemüht sich zu kommen. Also ich bitte nochmal kurz fünf Minuten zu unterbrechen.
- V.: Ja, wir unterbrechen jetzt keine fünf Minuten; also so kann man nicht weiter machen. Er ist vorhin gekommen, Er hätte erklären können. Sie wollten fünf Minuten Pause. Die sind längst vorüber. Das war um 10.30 Uhr. Jetzt ist es 10.44 Uhr; so geht es auch nicht. Also wenn er jetzt kommt, darf er auch etwas erklären, und wenn er nicht kommt, dann ist es halt nimiglich.
- RA.Wei.: Ich entnehme einem Zeichen, daß er kommt. Und er kommt. V.: Das ist sehr schön.

Der Angeklagte Raspe erscheint wieder um 10.44 Uhr im Sitzungssaal.

- V.: Herr Rechtsanwalt Oberwinder, Sie melden sich nochmals?

 RA.Ob.: Ich hab eine Informationsfrage. Die Verteidigung hier verfügt also nicht über die Information, die genügen, zu diesem Schreiben des Justizministeriums Stellung zu nehmen. Ich hätt' gern von dem Senat erfahren: Mir ist bekannt, daß nach 138 a der StPO aus diesem Verfahren drei Verteidiger ausgeschlossen worden sind. Das sind die Kollegen Groenewold, Ströbele und Croissant. Und ich hätt' nun gern gewußt, zu welchem Zeitpunkt die drei ausgeschlossen sind, worden sind, mit dem Ziel zu erfahren, welcher der in dem Schreiben genannten Verteidiger dieses Gespräch mit Frau Meinhof geführt haben soll?
- V.: Ja, das ist natürlich aus den Akten unschwer zu erkennen. Ich hab es nicht im Kopf. Die Ausschlußbeschlüsse sind in den Akten.
- RA.Ob.: Ja, das Problem ist nur, daß ich natürlich hier diese Akten nicht hab, sondern....
- V.: Ja, das ist bei Gerichtsakten ja häufig so, daß sich die bei Gericht befinden, Herr Rechtsanwalt. Auch aus den Akten ergibt sich natürlich auch die vorläufige Suspendierung der Rechte

auf Verteidigerbesuche. Das wäre natürlich auch schon zu berücksichtigen. Also es steht Ihnen frei. Die Geschäftsstelle ist jederzeit bereit, Ihnen da Aufschluß zu geben.

- RA.Wei.: Darf ich noch etwas fragen, Herr Vor-sitzender WarmXIch habe bei der Bundesanwaltschaft u.a. gegen die Herren Schieß und Bender Strafanzeige erstattet wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung und wollte fragen, ob bis heute bekannt geworden ist, daß einer der genannten Herren inzwischen in Untersuchungshaft genommen worden ist, weil nach Ansicht der Verteidigung hier dringend Verdunkelungsgefahr besteht. Ist Ihnen da etwas bekannt geworden?
- V.: Ja, ich würde doch da die zuständige Staatsanwaltschaft und den zuständigen Haftrichter befragen. Die wissen da sicher mehr drüber. Wir beschäftigen uns mit solchen Dingen nicht. Herr Rechtsanwalt, ich weiß nichts von dergleichen. Es wäre möglicherweise auch im Nachrichtendienst erörtert worden, wenn so etwas geschehen wär.

Ja, jetzt, Herr Raspe, Sie wollten irgend was erklären oder Antrag stellen.

Angekl.R.: Ja, ich hab da noch ein paar Anträge zu stellen. V.: Bittesehr.

Angekl.R.: Die schließen an an das, was also Andreas eben bereits gesagt hat. Und ich will nur noch kurz vorweg sagen, zu diesen Anträgen, daß sie alle sagen, daß dieses Verfahren/eingestellt werden muß. Die Fakten, die sie begründen, bedeuten, daß die Mittel einer Verteidigung restlos zerstört sind. Man kann es also auch anders sagen, wie wir das auch oft genug gesagt haben, daß die Fakten, die sie begründen, dieses Verfahren zum Teil einer militärischen Auseinandersetzung deffinieren.

V.: Ja, Herr Raspe....

Angekl.R.: Das vorweg...

V.: ...Wenn Sie natürlich jetzt auf die Einstellung des Verfahrens antragen wollen, dann wirkt sich das aus, was ich anfänglich sagte. Das ist möglicherweise nach der Strafprozeß-ordnung Gegenstand eines Plädoyers, weil durch Urteil darüber entschieden werden müßte. Und in diesem Stadium sind wir noch nicht. Das wäre also möglicherweise....

Angekl.R.: Ne, ne, Sie haben mich da vielleicht mißverstanden. Ich

- hab gesagt, diese Anträge sagen das. Das ist der Inhalt quasi.....
- V.: Naja, das hab ich wohl auch werstanden, Herr Raspe.
- Angekl.R.:... darum geht das. Das ist nicht ein Antrag. Das bezieht sich darauf, daß es sinnlos ist, in diesem Verfahren zu verteidigen. Das wollte ich damit sagen. Aber....
- V.: Das ist xxxx ein merkwürdiger Antrag: Es ist sinnlos, im Verfahren zu verteidigen. Das sehe ich im Augenblick nicht. XXX Ein Antrag muß ja irgend eine gerichtliche Reaktion herbeiführen wollen, Zeugen zu laden oder was weiß ich. Jetzt der Antrag, die Verteidigung ist sinnlos, das ist schwer zu bescheiden. Vielleicht kann es Ihr Herr Verteidiger erklären, wie es mit Einstellungsanträgen.....
- RA.Wei.: Mein Mandant möchte doch lediglich einen Sinnzusammenhang herstellen zwischen dem, was er jetzt erläutert und dem, was kommt. Mehr will er ja gar nicht.
- V.: Ja also dann, schießen Sie mal los. Wir werden ja sehen, was kommt.
- Angekl.R.: Also wir <u>beantragen</u>, Maihofer zu laden zur Klärung der Frage, aus welcher Quelle der Bundesinnenminister schöpft, wenn er in seiner Erklärung vor dem Bundestag am 16.3.77 zum Fall Traube behauptet, Andreas hätte "..noch im Juli 76 in einem Gespräch gesagt: Jetzt muß die Sache endlich steigen. Dies muß vor den Wahlen sein, sonst würden sich die Standpunkte verhärten. Jetzt ist noch die Möglichkeit offen, jetzt sind die Parteien noch zu Zugeständnissen bereit, schon aus Rücksicht gegenüber den Wählern." Das ist ein Zitat aus dem Plenarprotokoll des Bundestags, Bundestagsdrucksache Seite 958.
- V.: 16.3.77 sagten Sie?
- Angekl.R.: Ja; beziehungsweise ihn zu laden zur Klärung der Frage, ob im Juli 76 die Zellen der Gefangenen oder die Anwalts- und Besuchszellen abgehört wurden und von wem? Nachdem es, unterstellt man mal, Schieß und Bender, daß, was Sie sagen, sei wahr, zu diesem Zeitpunkt weder der Verfassungsschutz noch der BND gewesen sein können; beziehungsweise Maihofer zu laden zur Klärung der Frage, ob dießehauptung falsch ist und der Bundesinnenminister Öffentlichkeit und Parlament angelogen hat, und damit in ein schwebendes Ver-

3459 / 263

Band 815/Ko

fahren eingegriffen hat, um die grundgesetzwidrige Abhörpraxis und damit den Verfassungsbruch zu rechtfertigen, bzw. um zu verhindern, daß "der ganze Stammheimer Prozeß gegenstandslos und nachträglich zur Farce wird" – und das ist aus derselben Erklärung von Maihofer; d.h., die Verurteilung der in Stammheim angeklagten Gefangenen aus der RAF zu betreiben. Zu diesen Fragen also Maihofer zu laden.

Wir beantragen weiter, Kanzleramtschef Schüler, in seiner Funktion als den Koordinator der Westdeutschen Geheimdienste, und den BND-Präsidenten Wessel zu laden zum Beweis, daß sowohl Wessel wie Schüler darüber informiert waren und gebilligt haben, daß die Abhöranlagen im 7.Stock in Stammheim-seit Anfang Mai 75 laut Bölling auf der Pressekonferenz vom 18.3.77. seit 10. Mai nach einer Chronologie, die im "Vorwärts" erschienen ist- "daß also die Abhöranlagen im 7. Stock in Stammheim seit diesem Datum kontinuierlich vom Bundesnachrichtendienst gewartet wurden bis in jüngere Zeit" das ist auch ein Zitat bzw. im Vorwärts, d.h., daß sie ständig benutzt wurden. Weiter, daß der BND kontinuierlich und unkontrolliert im 7.Stock in Stammheim arbeiten konnte, also auch zum Zeitpunkt des Todes von Ulrike, was u.a. dadurch bewiesen ist, daß Maihofer in der Regierungserklärung vom 16.3.77 dieses angeblich wörtliche Zitat von Andreas bringt, was ich eben gerade vorgelesen habe, und das eben ja aus dieser Zeit stammt, und was nur aus abgehörten Gesprächen stammen kann. Weiter zum Beweis dafür zu laden Schüler und Wessel, daß Be-

hauptungen Schülers, er habe geglaubt, daß die Abhöranlagen nur dem Zweck, freigesetzte Terroristen - wie er sich also ausgedrückt hat - zu belauschen, haben sollten und daß er das eineinhalb Jahre lang geglaubt hat; und daß es sich dadaren eine absolut unglaubhafte und in sich widersinnige Konstruktion handelt, um den tatsächlichen Zweck dieser Aktion zu verschleiern.

nämlich 1), operativen Einheiten des Bundesnachrichtendienstes unkontrollierten und kontinuierlichen Zugang zum 7. Stock in Stammheim zu verschaffen;

und 2) auf illegalem Weg Informationsmaterial für die Staatsschutzorgane - also Bundesanwaltschaft, Bundeskifminalamt, Ge-

heimdienste und die Regierung-zu beschaffen, um es gegen die Gefangenen und die Verteidiger einzusetzen. Was damit bewiesen ist, daß der Bundesnachrichtendienst genau zum Zeitpunkt des Beginns des Prozesses hier mit seiner Arbeit anfing, und daß - als auch das nicht klappte, weil es da nichts zu erfahren gab - in einer koordinierten Planung aller Staatsschutzstellen dieset 72 laufenden psychologischen Kriegsführung forsiert xxxx konstruierten Counter-Meldungen fortgeführt wurde und wird, um die Öffentlichkeit gegen die RAF zu mobilisieren und für ihre Vernichtung zu konditionieren. Schließlich sind sie zu laden zum Beweis dafür, daß die Behauptung, die Entscheidungsabläufe seien "auf mittlerer Ebene gelaufen" eine Zwecklüge ist, um die Planung und Koordination auf höchster Ebene - nämlich der Präsidenten des Verfassungsschutz, des BND und des Chefs/Bundeskanzleramts Schüler und gleichzeitig Koordinator aller Geheimdienste der Ministerpräsidentenebene-und den tatsächlichen Zweck der Operation zu verschleiern; wobei dazu noch zu sagen ist, daß das nur diejenigen und diejenigen Instanzen sind, über die also überhaupt öffentlich gesprochen wird, was nichts über das tatsächliche Wissen von Maihofer und Schmidt aussagt.

Wir beantragen weiter, den früheren Vorsitzenden Richter dieses Senats hier, Prinzing, zu laden zum Beweis dafür, daß er über die Abhörmaßnahmen informiert war entgegen seinen öffentlichen Behauptungen und daß er Kenntnis über den Inhalt der abgehörten Gespräche hatte, was u.a. darin bereits bewiesen ist, daß 1. der Ausschluß der Gefangenen nach § 231 a, also diesem speziell für diesen Prozeß erlassenen Sondergesetz, auf verfälschte und falsch zugeordnete Zitate aus Gesprächen der Gefangenen untereinander gestützt wurde. Zum Beispiel das Zitat, was eine Fälschung darstellt, daß also einer von uns gesagt haben soll, wir müßten krank wirken und geschwächt aussehen usw.

2. Ist es dadurch bewiesen bereits, daß die dienstliche Erklärung Prinzings vom 20. Januar 77, über die er dann abtrat,
und zwar die Erklärung zu dem Gespräch mit Künzel, daß er in
dieser Erklärung wörtlich Andreas zitiert, der also hinsidtlich
der Unterrichtung Mayers vom Revisionssenat des BGH, dem 3.

Strafsenats, durch Prinzing gesagt haben soll: Was das wieder für eine Kiste sei, wörtlich.

3. sagt Künzel in der Stellungnahme zu seinem Gespräch mit Prinzing, mit seinem Telefonat mit Prinzing: Prinzing habe ihm gesagt, was er konkret wisse, ich zitier das mal, was Künzel sagt: "daß er konkret wisse, daß Frau Ensslin die Ablehnungsanträge egal seien." Was also auch ein ziemlich deutlicher Hinweis darauf ist - nachdem er es zunächst in einer schwächeren Form ihm gegenüber geäußert hat; daß er sich also auf konkrete Angaben bezieht, die er erhalten hat, und über die er dann hier aussagen sollte, über Weg, Methode usw., wie er dazu gekommen ist, wer ihn da informiert hat, und was er da noch so weiß.

Wir <u>beantragen</u> dann weiter, da drüben vom Gefängnis Nusserzu laden, außerdem Schreitmüller und Bubeck, die als Zeugen bestätigen werden,

- 1. daß Gespräche zwischen den Gefangenen aus der RAF und ihren Anwälten seit Mai 75 abgehört werden;
- 2. das zu diesem Zweck eine Abhöranlage in den Besuchszellen im 7. Stock der Anstalt installiert, bzw. bestehende Einrichttungen zum Abhören umgebaut wurden;
- 3. daß der Ein- bzw. Umbau der Anlage von anstaltsfremden Personen vorgenommen wurde, die sich als vom Justizministerium beauftragt oder als Mitglieder des Bundesnachrichtendienstes, des Staatsschutzes, der politischen Polizei, des Innenministeriums oder des Verfassungsschutz auswiesen; daß
- 4. die Anlage regelmäßig seit ihrem Einbau bis heute von anstaltsfremden Persmonen gewartet wurde und wird, die sich gegenüber der Anstalt, wie eben bereits aufgezählt, ausgewiesen haben, um diese Tätigkeit ausführen zu können;
- 5. daß eine informelle dienstinterne Anweisung existiert, die nur den Zeugen und gegebenenfalls zusätzlich ausgewähltem Kontrollpersonal der Anstalt bekannt ist, die den sich unter dem vorletzten Punkt Nr. 3 genannten Modus ausweisenden Personen ungehindert und jederzeit freien Zugang zur Abhöranlage im 7.Stock verschafft; daß
- 6. die in der Öffentlichkeit durch die Landesregierung von Baden-Württemberg und die Bundesregierung verbreiteten Angaben

über den Zeitraum, in dem abgehört wurde, falsch sind, vielmehr zutrifft, daß die Gespräche zwischen Gefangenen und Anwälte seit dem Einbau der Anlage durchgehend abgehört werden;

daß 7. die anstaltsinterne Anweisung, die Besuche der Gefangenen Mohnhaupt und Schubert, die formal in Strafhaft sind, im 7. Stock durchzuführen, auf Veranlassung des Justizministeriums getroffen wurde und den Zweck hatte, diese Gespräche ebenfalls zu überwachen;

und daß 8. der zuständige Richter Prinzing ihres Wissens detailliert von der Tatsache, daß die Gespräche der Gefangenen mit ihren Verteidigern abgehört wurden und über ihren Inhalt informiert war, bzw. daß sie selbst den Richter formellen und informell unterrichtet haben.

Wir beantragen weiter vom Gericht,

- 1. jede Abhörmaßnahme gegenüber den Gefangenen untereinander beim Umschluß, während der Bewegung im Freien, wie
 das so heißt, auf dem Dach des 7. Stocks, in den Zellen und
 in den Kellerzellen des Mehrzweckgebäudes-jede Abhörmaßnahme
 gegenüber den Gefangenen zu untersagen,
- und 2. festzustellen, und den Gefangenen und ihren Anwälten umgehend mitzuteilen;
- a) in welchem Umfang
- b) in welchem Zeitraum
- c) zu welchem Zweck
- d) von welchen staatlichen Institutionen bzw. Dienststellen

f) welchen Personenkreisbzw. welchen Institutionen die abge-

- e) mit welchen Einrichtungen bzw. technischen Gerät, die Gespräche der Gefangenen untereinander abgehört wurden und
- hörten Gespräche-oder Teile dieser Gespräche bzw. Zusammenfassungmihres Inhalts-zugänglich gemacht wurden, und 3. mitzuteilen, auf welchem Weg und drch welche Person, und in welcher Funktion der Senat den Inhalt der Gespräche der Gefangenen untereinander erfuhr, wobei zu erwähnen ist dazu, daß die Tatsache, daß er von dieser Tatsache erfahren hat, feststeht, z.B. durch die Bemerkung von Zeis neulich, der also hier in einer Erwiderung auf einen Antrag Oberwinders erklärt hat: Das sei ja also ein Antrag, der also

sozusagen nur propagandistischen Zweck hätte und nur propagandistische Funktionen erfüllen würde, und der von den Gefangenen stamme, wozu ja Herr Zeis irgendwo her, wenn er so eine Behauptung aufstellt z.B. die Information haben muß, daß es so ist. Es sei denn, er wollte sich hier auf diese Weise öffentlich dadurch auszeichnen, daß er lügt. Daß der Senat von diesen Tatsachen erfahren wird hat, steht weiterhin dadurch fest..Aber ** ich will das jetzt nicht alles nochmal wiederholen, durch die Punkte, die ich vorhin bereits aufgezählt habe, daß er also verwendet hat, angebliche Zitate, bzw. Verfälschungen von Äußerungen von uns aus unserer Diskussion, um die Gefangenen auszuschließen beispielsweise, und ebenfalls nochmal kann ich darauf hinweisen, auf die beiden dienstlichen Erklärungen Prinzings und dem Schrieb von Künzel. Ich kann dazu noch sagen, daß ich sicher bin und wir sicher sind, daß, wenn wir uns die Mühe machen, beispielsweise jetzt mal diese Protokolle genau durchzugehen, daß wir da also einen ganzen Berg von Punkten finden werden, aus denen es eindeutig hervorgeht. Ich kann z.B. noch einmal kurz hinweisen auf einen Punkt, das war -glaube im -...Eine Sekunde mal.....

> Der Vorsitzende weist eine Zuschauerin in einem blauen Parka und mit kurzen schwarzen Haaren darauf hin, sich entweder aufrecht hinzusetzen und nicht zu schlafen oder den Sitzungssaal zu verlassen. Daraufhin setzt sich die Zuschauerin aufrecht hin und bleibt im Sitzungssaal.

Angekl.R.: Also ich will dazu nur kurz sagen: Es gibt, es gab hier unten etwa Seitz 1100 oder 1200 des Protokolls, also daründer am Anfang des Prozesses wurde darüber bereits zenom mal gesprochen. Wir haben damals auch bereits gesagt, daß wir die Tatsache, daß die Gespräche der Gefangenen untereinander und der Gefangenen mit ihren Anwälten abgehört werden, eines Tages auch beweisen werden. Das ist damals von Wunder in seiner heuchlerischen Manier mit großer Empörung und Geste von sich gewiesen worden. Allerdings hat er dabei deutlich gemacht, daß er darüber informiert war, daß schon damals-und mit ihm natürlich auch die ganze Behörde der Bundes-

anwaltschaft-daß schon damals abgehört worden ist, indem er nämlich gesagt hat- ich kann das jetzttleider im Moment, weil ich es nicht hierhabe, nicht wörtlich zitieren aus dem Protokoll, aber ich kann das nachher noch hier noch dazuhängen und reingeben; indem also auf die Frage von Andreas, daß er etwa mit seinem Dementie behaupten wolle, daß er davon nichts gewußt habe, erwidert hat, daß dann ja die ganze Abhörsache sinnlos wäre. Das heißt, indirekt hat er damit gesagt: Die Gespräche der Gefangenen untereinander und der Gefangenen mit ihren Verteidigern abzuhören hat nur den einen Sinn und nur den einen Zweck - jedenfalls auf der Ebene, auf der er aggiert - die Bundesanwaltschaft mit Informationen zu versorgen, die Sie dann in dem Prozeß verwenden kann.

- V.: Also ich kann mich an eine derartige Äußerung nicht entsinnen.
- Angekl.R.: Ich sagte nur, ich hab das nur ergänzt, es gibt natürlich massenhaft, in den 13 000 Seiten Protokoll gibt es massenhaft davon....
- V.: Sie müssen es schon belegen. Einfach solche Äußerungen in den Saal zu reden, das empfiehlt sich nicht. Sie sollten das natürlich schon belegen, solche Dinge. Herr Raspe, Sie haben sich ja wohl vorbereitet auf diese Antragsstellung.
- Angekl.R.: Ich sagte, Sie können ja vielleicht mal 5 Minuten Pause machen; dann hole ich das hoch. Ich habe nämlich auch noch einen Antrag, zu dem mir auch noch ein Detail fehlt, das ich nicht vorenthalten möchte hier dem Gericht. Also machen Sie/mal fünf Minuten Pause.
- V.: Nein, wir machen jetzt keine Pause. Sie haben ja Pause genug gehabt und konnten sich vorbereiten. Also ich stelle eben fest....
- Angekl.R.: Also Sie wollen keine Pause machen?
- V.: Nein, das will ich jetzt nicht. Also es wird schon mal eine Pause gemacht, natürlich. Aber jetzt nicht.

 Ja, sind Sie am Ende *** Threm Antrag, Herr Raspe?

 Ich
- Angekl.R.: Ja, ich sagte, ich hab noch einen Vbräuchte dazu aber noch einmal 5 Minuten Pause.

3459 / 266

Band 815/Ko

- V.: Ja was, Sie haben nochmal einen Antrag?
- Angekl.R.: Ich habe noch einen Antrag, ja. Und ich brauch dazu nur noch fünf Minuten Pause.
- V.: Und was wollen Sie in den fünf Minuten treiben. Ich meine, wozu brauchen Sie es denn?
- RA.Wei.: Herr Vorsitzender, ich bitte doch dem Gefangenen die fünf Minuten zu gewähren. Die Verhältnisse sind hier nicht so, daß man von einem ruhigen und konzentrierten Arbeiten sprechen könnte. Und es wäre doch schon angebracht, ihm zur Vorbereitung des nächsten Antrags und zur Vervollständigung die fünf Minuten zu gönnen.
- V.: Ja, an mir soll es nicht liegen. Also Fortsetzung 11.20 Uhr.

Pause von 11.12 Uhr bis 11.21 Uhr

v

3459 / 267

Fortsetzung der Hauptverhandlung um 11.21 Uhr

V.: Wir setzen die Sitzung fort.

Herr Raspe, Sie wollten noch einen Antrag stellen.

Angekl. Ra.: Ja, ich will das jetzt men kurz ergänzen, diese Protokollstelle; es ist also auf den Seiten 1276/277, und ich kann das men kurz zitieren.

V.: Könnten Sie es nochmal sagen, ich habe es nicht verstanden.

Angekl. Ra.: 1276 und 1277 erklärt also Wunder, ich zitiere das kurz, es ist ein ganz knappes Stück: "Herr Vorsitzender, ich kann für die Bundesanwaltschaft erklären, daß aber auch nicht ein Wort wahr ist von der Behauptung des Herrn Baader." Daraufhin sagt Andreas: "Daß Sie abhören, daß Sie Anwaltszellen abhören." Wunder: "Ja, genau das." Daraufhin sagt Prinzing: "Das ist wohl verständlich, und bezieht sich darauf, daß Wunder daß also interveniert hatte, Andreas unterbrochen hatte und sagt zu ihm: "Letzt dürfen Sie fortfahren." Und Andreas fragt: "Und Sie können sich also auch nicht vorstellen, Herr Wunder, daß Sie davon nichts wissen, obwohl uns das sehr unwahrscheinlich vorkommt". Und darauß agt Wunder: "Herr Baader, dann hätte es doch gar keinen Sinn, Sie abzuhören."

Ich weiß nicht, wie Wunder das anders interpretieren will; aber da kann er sich selber Gedanken darüber machen. Ich will jetzt den nächsten Antrag bringen, nämlich den, den letzten, den wir hier stellen werden, den Antrag,

Zeis, um es gleich, ja, den Bundesanwalt Zeis, den BKA-Präsidenten Herold, Margit Schiller und die Rechtsanwältin Ge-bauer, zu laden

zum Beweis dafür, daß Erkenntnisse aus Gesprächen der Gefangenen untereinander und der Gefangenen mit ihren Anwälten, über die Konzenption von Zeugenbefragungen, über die Beurteilung von Prozeßakten, von Anträgen der Bundesanwaltschaft beispielsweise und über Maßnahmen, und über die Maßnahmen der Bundesanwaltschaft innerhalb und außerhalb des Prozesses, daß also Erkenntnisse darüber benutzt wurden,

- Angeklagter Raspe -

- 1. den Zeugen auf ihre Befragung durch die Anwälte bzw. die Gefangenen vorzubereiten und
- 2. um bei den Aussagen, die unmittelbar zum Prozeß gefertigt worden sind, wie z. B. die Aussage Hoffs und die Aussage Müllers Widerspräche auszubügeln, und die Aussagen bzw. die Antworten zu konditionieren.

Dazu kurz eine Begründung und um den Zusammenhang herzustellen:

Es ist bekannt geworden, daß, nach dem also bekannt geworden war, daß Müller in Stammheim aussagen wollte. teilte Margit Schiller ihrer Anwältin Gebauer mündlich mit, daß sie Zeuge war, als Müller den Polizeibeamten Schmidt in Hamburg erschossen hat, und daß sie als Zeuge in Stammheim aussagen wolle. Nach-dem die Rechtsanwältin Gebauer dies mündlich mit den Anwälten in Stammheim erörtert hatte, und diese den Gefangenen in den Besuchszellen darüber gesprochen hatten, bekam Margit Schiller einen Drohbrief von Müller. Und im Hamburger Gefängnis wurde mit ihm eine Begegnung amangiert, deren Zweck also war, diesen Drohbrief zu untermauern. Und am gleichen Tag ließ also der Staatsschutz im Büro ihres Zwangsverteidgers Langner eine Bombe exploditeren, um Margit Schiller einzuschüchtern, und ihre Aussage in Stammheim zu verhindern. Das war auch der Inhalt dieses Briefes. Wesentlich ist dabei, daß sich das alles abspielte, bevor es in irgendeinerigffentlich bekannt war. daß es darüber nicht, also in keiner anderen Weise gesprochen worden als, wie ich das eben gerade dargestellt habe, nämlich in den Besuchszellen in Hamburg bzw. in Stammheim.

Dazu ist vielleicht noch wichtig, daß im Hamburger Prozeß gegen Müller die Akte, die seine Schußwechsel, die den Schußwechsel, das Geständnis dieses Schußwechsels enthält bzw. enthielt, durch eine Intervention auf Regierungsebene, also Vogel bzw. Vogel hat das, hat den Sperrvermerk anbringen lassen, und die Intervention lief über Buback, daß dieser Teil der Akte also in Hamburg nicht ins Verfahren reinkam, nicht öffentlich wurde, und daß das die Voraussetzung dafür war, daß Müller im Prozeß in Hamburg von

- Angeklagter Raspe -

der Mordanklage freigesprochen werden konnte, Und dieser Freispruch wiederum war seine Bedingung dafür, daß er sich also als Kronzeuge für das Stammheimer Verfahren der Bundesanwaltschaft, dem Staatsschutz usw. zur Verfügung stellen würde.

Weiter zu diesem Antrag. Es wäre natürlich absurd anzunehmen – ich will das jedenfalls noch ergänzen – die Bundesanwaltschaft habe vom Abhören nichts gewusst, nach dem für jeden klar ist, daß die gesamte Dramaturgie der Fahndung, der Haftbedingungen, der Liquidierung von Gefangenen und der Prozese in den Händen der Bundesanwaltschaft liegt. Sie war es, die Prozeßakten und echte und gefälschte Briefe der Gefangenen veröffentlicht hat bzw. diese Veröffentlichung veranlasst hat, und sie war es, die nach dem Mord an Ulrike durch die Behauptung...

- V.: Herr Raspe, es ist natürlich so, die Unschuldsvermutung, die Birker für die Bundesanwaltschaft; also wenn Sie von Mord und dergleichen reden, dann müssten Sie sich vielleicht darüber im Klaren sein, die Unschuldsvermutungengelten für alle Bürger.
- Angekl. Ra.: Tja, die Unschuldsvermutung für eine Behörde dieser Art... Ich hab' das im übrigen im Augenblick nicht personell konkretisiert...
- V.: Sie sprachen von Mord,..
- Angekl. Ra.: ...sein sollte.
- V.: ... und hinter einem Mord steht eigentlich häufig ein Mörder, nicht, wen Sie auch immer meinen damit, denn sonst ist es ein Todesfall.
- Angekl. Ra.: Wir sind sicher, daß es so ist; aber wenn Sie also besonderen Wert drauf legen, kann ichdas in diesem Zusammenhang auch so formulieren, daß es die Bundesanwaltschaft war, die nach ihrem Tod durch die Behauptung intimer Kenntnisse der Kommunikation unter den Gefangenen das Gerücht von Meinungsverschiedenheiten und Spannungen unter den Gefangenen lanciert hat, öffentlich verbreitet hat, über ihre, über ihr Berichterstatternetz. Und daß sie es Schließlich auch war, die im Zusammenhang des Ausschlusses nach 231 a in der Zeitung "Quick" einen Bericht lanciert hat, der also die detailiertesten Kenntnisse der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gefangenen im

- Angeklagter Raspe -

7. Stock nachwies. Und es wird natürlich auch vollkommen klar, wenn man sich an den Tatbestand erinnert, daß jedenfalls Zeis in Personalunionen mit seiner Tätigkeit hier auch die Ermittlungen gegen Haag nort, und daß es zu einer Zeit, als Haag noch der Pflichtverteidiger von Andreas war, beispielsweise bzw. gleichzeitig die Durchsuchungen in der Kanzlei in Heidelberg geleitet hat, und dort sich das entsprechende Material verschafft hat, und eben auch die Durchsuchungen in den Zellen der Gefangenen hier geleitet hat, und sich auf diese Weise hier das Material zu verschaffen, das er für die Prozeßvorbereitung der Bundesanwaltschaft offensichtlich brauchte. Jedenfalls ist es eindeutig, daß die Bundesanwaltschaft, daß, was man also Herr des Verfahrens nennt, und die Dramatugie dieses Schauprozesses auf allen Ebenen ihre Sache ist. Und sie hat die Kampagne zur Elliminierung der Verteidigung in Staatschutzprozessen geführt in der Beschränkung, in den Sondergesetzen z. B. dem Gesetz, das die Zahl der Verteidiger auf drei beschränkt, daß die Überwachung des schriftlichen Kontakts mit Anwälten iniziert, und sie hat schließlich natürlich auch den Ausschluß von - ich weiß nicht genau - ich glaub 23 Anwälten bzw. ihre Nichtzulassung in diesem Verfahren durchgesetzt, und damit eben natürlich auch jede Verteidigung blockiert schließlich. Sie hat die verschiedenen Staatsanwaltschaften mit Material versorgt, nach definAnklagen vor den Ehrengerichten zusammengesetzt wurden, und sie hat - das waren Holland und Zeis - die Kanzleien durchsuchen lassen. Sie hat beantragt und durchgesetzt, daß die Telefone sämtlicher Verteidiger, die hier aufgetreten sind, abgehört werden und sie hat schließlich, also als Beispiel nur, daß es schließlich die Bundesanwaltschaft war, die also gegen eine Gerichtsbestimmung oder eine gerichtliche Bestimmung in Hamburg die Zulassung der Überdes Telefons auf wachung Groenewolds auch einen ganz bestimmten Teil beschränkte. Die Bundesanwaltschaft hat diese Vorschrift gebrochen und hat also gleich 20 000 Telefonate abgehört und aufzeichnen lassen. Und sie hat die Durchsuchung der Kanzei Groenewolds in genau dem Moment durchgesetzt, als die Anwälte eine Pressekonferenz zum Tod Siegfried Hausners

3459 / 269

organisiert hatten und das war der gleiche Zeitpunkt, in dem sie also auch noch gezielt Ströbele und Croissant verhaften ließ.

Soviel zu diesem Antrag.

V.: Ja, danke. Ich will...
Bitte?

- Angekl. Ra.: Moment noch, wir müssen einen kleinen Moment Pause machen, weil Gudrun jetzt hochkommt und...
- V.: Ja, ich muß überhaupt nichts; aber wenn ich höre, daß Frau Ensslin noch einen Antrag stellen will, dann überlege ich mir, ob ich eine Pause mache.
 - Aber zunächst will ich noch bekanntgeben, ehe es vergessen wird: Herr Baader hat dem Gericht ein Schriftstück überreichen lassen, da heißtes: "ASchiess, Bender, Foth, Meyer, Berroth, Breucker und Völsch" und dann sind das zwei Seiten aus einem Buch herausgeerissen Überschrift "Die sieben Schwaben". Und was dann folgt ist, der Verfasser ist nicht angegeben, aber ich meine, es sei die Fabel von Johann Peter Hebel, die da wiedergegeben wird. Der Senat beabsichtigt nicht, das Schriftstück zu verlesen; aber zu den Akten nehmen ich; ich will das nur bekanntgeben. Herr Rechtsanwalt Oberwinder, Sie verteidigen doch Frau Ensslin, glaube ich doch.
- RA Wei.: Ich habe also keine Kenntnis von dem Schriftstück.

 Würden Sie den anderen, mir und andern Verfahrensbeteiligten vielleicht das Schriftstück vorlesen? Darf ich anregen, das zur Kenntnis zu bringen?
- V.: Ja, ich denke nicht daran.
- RA Wei.: Ja, nehmen Sie es zu den Akten oder...?
- V.: Ich nehme es zu den Akten, wie jede Zuschrift, die wir erhalten. Und wenn etwas in der Hauptverhandlung überreicht wird, dann nehme ich es zu den Akten.
- RA Wei.: Ja, nun haben Sie es ja...
- V.: Aber Sie dürfen es gerne lesen.
- RA Wei.: Nun haben Sie es ja eingeführt in die Verhandlung, in dem Sie es zur Kenntnis gebracht haben, es gäbe ein solches Schreiben. Mich interessiert, was da drin steht.
- V.: Ja, dann lesen Sie es nach.
- RA Wei.: Sie beabsichtigen ...
- V.: Es kommt zu den Akten, und Sie haben die Akteneinsicht,

- Vorsitzender -

nach § 148...

- RA Wei.: Also Sie beabsichtigen nicht, es auch nur zu bloßen Informationszwecken zur Kenntnis zu bringen?
- V.: Ach, an sich ist unsere Zeit auch bemessen. Und ich meine, ich kann es wirklich nicht tun, Herr Rechtsanwalt; aber Sie dürfen es gerne lesen. Sie können es ja dann verwerten, wenn Sie es für sinnvoll halten.

Das übergebene Schriftstück wird als Anlage 4 zu Protokoll genommen Der Angeklagte Raspe verlässt um 11.34 Uhr den Sitzungssaal.

V.: Ja, ich weiß jetzt nicht. Ich höre also, Frau Ensslin will auch noch einen Antrag stellen. Nun ja, sie hat wahrscheinlich abgewartet, bis Herr Raspe mit seinem Antrag fertig ist.

Bitte, Herr Dr. Wunder.

BA Dr. Wu.: Herr Vorsitzender, zu dem Antrag von Herrn Raspe möchte die Bundesanwaltschaft eine detaillierte Stellungnahme im Augenblick noch nicht abgeben, sich aber vorbehalten, schon weil der Antragsteller akustisch nur sehr schwer verstehbar war.

Eines: Den mir eben unterschobenen Sinn einer Erklärung hier im Saal, weise ich aber gleich jetzt mit alle Entschiedenheit zurück. Es handelt sich hier um böswillige Wortverdrehungen, offenbar im Zusammenhang mit den hiesigen Mikrophonen im Sitzungssaal. Dazu, zu den damaligen Schaltmöglichkeiten, hatte ich mich einmal geäußert. Aber so sauber, so sauber, wie unser Nichtwissen um diese Abhördinge ist, um die es jetzt geht, so sauber kann etwas anderes überhaupt nicht sein.

Das können Sie bitte Herrn Raspe ausrichten.

Gelächter im Sitzungssaal.

- RA Wei.: Ich weise diese, diese Anschuldigung zurück, Herr Vorsitzender, und bitte das zu beanstanden.
- V.: Ich bitte im Saak Ruhe zu bewahren. Wir sind irgendwo, wo Beifall oder Abscheu kundgetan wird; das Publikum heisst nicht umsonst "Zuhörer" und nicht "Zurufer." Ich habe es jetzt nicht mitgekriegt, Herr Rechtsanwalt, wenn Sie es nochmal sagen wollen.

Anlage 4 zum Protokoll vom 29. März 1977 852

Za Scher, Gludes, John, auges, Sevolle, Sveiche + Johnly

Mon J. Tounder den frieft ichnrift um 29.3.77.

Die sieben Schwaben

inmal waren sieben Schwaben beisammen, der erste war der Herr Schulz, der zweite der Jackli, der dritte der Marli, der vierte der Jergli, der fünfte der Michal, der sechste der Hans, der siebente der Veitli; die hatten alle sieben sich vorgenommen, die Welt zu durchziehen, Abenteuer zu suchen und große Taten zu vollbringen. Damit sie aber auch mit bewaffneter Hand und sicher gingen, sahen sie's für gut an, daß sie sich zwar nur einen einzigen, aber recht starken und langen Spieß machen ließen. Diesen Spieß faßten sie alle sieben zusammen an, vorn ging der kühnste und männlichste,

das mußte der Herr Schulz sein, und dann folgten die andern nach der Reihe, und der Veitli war der letzte.

Nun geschah es, als sie im Heumonat eines Tags einen weiten Weg gegangen waren, auch noch ein gut Stück bis in das Dorf hatten, wo sie über Nacht bleiben mußten, daß in der Dämmerung auf einer Wiese ein großer Roßkäfer oder eine Hornisse nicht weit von ihnen hinter einer Staude vorbeiflog und feindlich brummelte. Der Herr Schulz erschrak, daß er fast den Spieß hätte fallen lassen und ihm der Angstschweiß am ganzen Leibe ausbrach. »Horcht, horcht«, rief er seinen Gesellen, »Gott, ich höre eine Trommel!« Der Jackli, der hinter ihm den Spieß hielt und dem ich weiß nicht was für ein Geruch i die Nase kam, sprach: »Etwas ist ohne Zweifel vorhanden, denn ich schmeck das Pulver und den Zündstrick.« Bei diesen Worten hub der Herr Schulz an, die Flucht zu ergreifen, und sprang im Hui über einen Zaun, weil er aber gerade auf die Zinken eines Rechen sprang, der vom Heumachen da liegengeblieben war, so fuhr ihm der Stiel ins Gesicht und gab ihm einen ungewaschenen Schlag. »O wei, o wei!« schrie der Herr Schulz. »Nimm mich gefangen, ich ergeb' mich, ich ergeb' mich!« Die andern sechs hüpften auch alle einer über den andern herzu und schrien: »Gibst du dich, so geb' ich mich auch, gibst du dich, so geb' ich mich auch.« Endlich, wie kein Feind da war, der sie binden und fortführen wollte, merkten sie, daß sie betrogen waren. Damit die Geschichte nicht unter die Leute käme und sie nicht genarrt und verspottet würden, verschwuren sie sich untereinander, so lang davon stillzuschweigen, bis einer unverhofft das Maul auftäte.

Hierauf zogen sie weiter. Die zweite Gefährlichkeit, die sie erlebten, kann aber mit der ersten nicht verglichen werden. Nach etlichen Tagen trug sie ihr Weg durch ein Brachfeld, da saß ein Hase in der Sonne und schlief, streckte die Ohren in die Höhe und hatte die großen gläsernen Augen starr offenstehen. Da erschraken sie bei dem Anblick des grausamen und wilden Tieres insgesamt und hielten Rat, was zu tun das wenigst Gefährliche wäre. Denn so sie fliehen wollten, war zu besorgen, das Ungeheuer setzte ihnen nach und verschlänge sie alle mit Haut und Haar. Also sprachen sie: »Wir müssen einen großen und gefährlichen Kampf bestehen, frisch gewagt ist halb gewonnen!« – faßten alle sieben den Spieß an, der Herr Schulz vorn und der Veitli hinten. Der Herr Schulz wollte den Spieß noch immer anhalten, der Veitli aber war hinten ganz mutig geworden, wollte losbrechen und rief:

»Stoß zu in aller Schwabe Name, sonst wünsch i, daß ihr möcht erlahme.« Aber der Hans wußt' ihn zu treffen und sprach: »Beim Element, du hascht gut schwätze, bischt stets der letscht beim Drachehetze.« Der Michal rief:

3459 / 271

»Es wird nit fehle um ein Haar, so ischt es wohl der Teufel gar!«

Drauf kam an den Jergli die Reihe, der sprach:

»Ischt er es nit, so ischt's sei Mutter oder des Teufels Stiefbruder.«

Der Marli hatte da einen guten Gedanken und sagte zum Veitli:

»Gang, Veitli, gang, gang du voran, i will dahinte vor di stahn.«

Der Veitli hörte aber nicht drauf, und der Jackli sagte:

»Der Schulz, der muß der erschte sei,

»Der Schulz, der muß der erschte sei, denn ihm gebührt die Ehr allei.«

Da nahm sich der Herr Schulz ein Herz und sprach gravitätisch:

»So zieht denn herzhaft in den Streit, hieran erkennt man tapfre Leut.«

Da gingen sie insgesamt auf den Drachen los. Der Herr Schulz segnete sich und rief Gott um Beistand an. Wie aber das alles nicht helfen wollte und er dem Feind immer näher kam, schrie er in großer Angst: »Ha! Hurlehau! Hau! Hauhau!«

Davon erwachte der Has, erschrak und sprang eilig davon. Als ihn der Herr Schulz so feldflüchtig sah, da rief er voll Freude:

> »Potz, Veitli, lueg, lueg, was isch das? Das Ungehüer ischt a Has.«

Der Schwabenbund suchte aber weiter Abenteuer und kam an die Mosel, ein mooriges, stilles und tiefes Wasser, darüber nicht viel Brücken sind, sondern man an mehrern Orten sich muß in Schiffen überfahren lassen. Weil die sieben Schwaben dessen unberichtet waren, riefen sie einem Mann, der jenseits des Wassers seine Arbeit vollbrachte, zu, wie man doch hinüberkommen könnte. Der Mann verstand wegen der Weite und wegen ihrer Sprache nicht, was sie wollten, und fragte auf trierisch! »Wat? Wat? « Da meinte der Herr Schulz, er spräche nicht anders als: »Wate, wate durchs Wasser!« - und hub an, weil er der vorderste war, sich auf den Weg zu machen und in die Mosel hineinzugehen. Nicht lang, so versank er in den Schlamm und in die antreibenden tiefen Wellen, seinen Hut aber jagte der Wind hinüber an das jenseitige Ufer, und ein Frosch setzte sich dazu und quakte: »Wat, wat, wat.« Die sechs andern hörten das drüben und sprachen: »Unser Gesell, der Herr Schulz, ruft uns, kann er hinüberwaten, warum wir nicht auch?« Sprangen darum eilig alle zusammen in das Wasser und ertranken, also daß ein Frosch ihrer sechse ums Leben brachte und niemand von dem Schwabenbund wieder nach Haus kam.

Die drei Handwerksburschen

s waren drei Handwerksburschen, die hatten es verabredet, auf ihrer Wanderung beisammen zu bleiben und immer in einer Stadt zu arbeiten. ■ Auf eine Zeit aber fanden sie bei ihren Meistern kein Verdienst mehr, so daß sie endlich ganz abgerissen waren und nichts zu leben hatten. Da sprach der eine: »Was sollen wir anfangen? Hier bleiben können wir nicht länger, wir wollen wieder wandern, und wenn wir in der Stadt, wo wir hinkommen, keine Arbeit finden, so wollen wir beim Herbergsvater ausmachen, daß wir ihm schreiben, wo wir uns aufhalten, und einer vom andern Nachricht haben kann, und dann wollen wir uns trennen.« Das schien den andern auch das beste. Sie zogen fort, da kam ihnen auf dem Weg ein reich gekleideter Mann entgegen, der fragte, wer sie wären. »Wir sind Handwerksleute und suchen Arbeit, Wir haben uns bisher zusammengehalten, wenn wir aber keine mehr finden, so wollen wir uns trennen.« – »Das hat keine Not«, sprach der Mann, »wenn ihr tun wollt, was ich euch sage, soll's euch an Geld und Arbeit nicht fehlen; ja, ihr sollt große Herren werden und in Kutschen fahren.« Der eine sprach: »Wenn's unserer Seele und Seligkeit nicht schadet, so wollen wir's wohl tun.« - »Nein«, antwortete der Mann, »ich habe keinen Teil an euch.« Der andere aber hatte nach seinen Füßen gesehen, und als er da einen Pferdefuß und einen Menschenfuß erblickte, wollte er sich nicht mit ihm einlassen. Der Teufel aber sprach: »Gebt euch zufrieden, es ist nicht auf euch abgesehen, sondern auf eines anderen Seele, der schon halb mein ist und dessen Maß nur vollaufen soll.« Weil sie nun sicher waren, willigten sie ein, und der Teufel sagte ihnen, was er verlangte, der erste sollte auf jede Frage antworten: »Wir alle drei«, der zweite: »Ums Geld«, der dritte: »Und das war recht.« Das sollten sie immer hintereinander sagen, weiter aber dürften sie kein Wort sprechen, und überträten sie das Gebot, so wäre gleich alles Geld verschwunden. Solange sie es aber befolgten, sollten ihre Taschen immer voll sein. Zum Anfang gab er ihnen auch gleich soviel, als sie tragen konnten, und hieß sie in die Stadt in das und das Wirtshaus gehen. Sie gingen hinein, der Wirt kam ihnen entgegen und fragte: »Wollt ihr etwas zu essen?« Der erste antwortete: »Wir alle drei.« - »Ja«, sagte der Wirt, »das mein' ich auch. «Der zweite: »Ums Geld. « – »Das versteht sich «, sagte der Wirt. Der dritte: »Und das war recht.« - »Jawohl, war's recht«, sagte der Wirt. Es ward

RA Wei.: Danke, Herr Vorsitzender, ich möchte den Gang des Verfahrens nicht durch im Grunde genommen schon gewonnene Vermutungen über die Tätigkeit der Bundesanwaltschaft in der Vergangenheit noch länger ausdehnen.

Die Angeklagte Ensslin erscheint um 11.37 Uhr im Sitzungssaal.

V.: Dankesehr.

Frau Ensslin, wir hörten, Sie wollten einen Antrag stellen? Sie haben das Wort.

Angekl. Enss.: Na, ich will hier kurz die Forderungen des Hungerstreiks mitteilen...

V.: Das weiß ich jetzt...

Angekl. Enss.: ...in dem wir seit heute sind...

V.: ... also vom Hungerstreik reden wir im Augenblick nicht.

Angekl. Enss.: Und was heißt da nein, nein...

V.: Das Wort Hungerstreik fällt hier zum ersten Mal. Und wenn Sie da reinplatzen, und Sie wollen was zum Hungerstreik sagen,...

Angekl. Enss.: Ja.

V.: ...müssten Sie mir schon dartun, was nun der Hungerstreikbisher sprachen wir vom Abhören und von ähnlichen Dingenwas das nun soll? Das müssten Sie mir schon erklären.

Angekl. Enss.: Eben.

V.: Ja. Aber jetzt, aber bevor Sie den Antrag stellen oder die Erklärung abgeben, erklären Sie, was walen Sie jetzt dartun, damit ich prüfen kann, ob das etwas ist, was in die Hauptverhandlung rechtens gehört.

Angekl. Enss.: Sie werden einfach zuhören, dann werden Sie es prüfen.

V.: Ja, ich will natürlich der Gefahr vorbeugen, daß Sie möglicherweise...

Angekl. Enss.: Wir sind ab heute in einem Hungerstreik - es ist auch schon angekündigt worden -...

V.: Sie sind? Was...

Angekl. Enss.: ...und.in einem Hungerstreik,...

V.: ..ja das ist, ich weiß es nicht...

Angekl. Enss.: ... den das Gericht...

V.: ...das ist das erste, was ich davon höre.

- Angekl. Enss.: ...ja, den das Gericht doch wohl wesentlich mitprovoziert hat dadurch, daß sie sich seit 1 1/2 Jahren weigern, den Forderungen der Gutachter und des Anstaltsarztes entsprechen. Um nur eine...
- V.: Also, Frau Ensslin, dazu kann ich Ihnen das Wort...
- Angekl. Enss.: ...der unmittelbaren Zusammenhänge hier...
- V.: ...dazu kann ich Ihnen das Wort nicht belassen. Über Haftbedingungen sprechen wir in der Hauptverhandlung nicht. Und dabei bleibt es auch.

Wenn Sie einen Antrag stellen wollen, der in die selbe Richtung geht, wie von Herrn Baader und Herrn Raspe,...

- Angekl. Enss.: Also es ist klar, daß hier nicht mehr der Ort ist.
- V.: ...dann ist das ein...
- Angekl. Enss.: ... zu irgendwelchen politischen Erklärungen; die sind hier überflüssig geworden...
 V.: Ja, zu zweit sprechen, das ist/eine schlechte Sache...
- Angekl. Enss.: ...das ist ganz sicher so. Aber nicht überflüssig geworden ist ist natürlich die Forderung, kurz hier mitzuteilen; und darum geht es mir.
- V.: Ja nun, also, nein , das ist Haftbedingung, und das wird im Prozeß nicht erörtert. Sie können sich...
- Angekl. Enss.: Also haben Sie zur Kenntnis genommen, daß ich sage, daß hier ganz sicher überflüssig geworden ist, politische Erklärungen zu bringen. Es geht doch um die Forderung, und nichts als die Forderung ...
- V.: Sie haben gesagt, Sie haben gesagt: Wir finden uns ab heute im Hungerstreik, so habe ich Sie verstanden, ja?
- Angekl. Enss.: Das ist richtig.
- V.: Ja, und das wollen Sie erklären und, weil damit Forderungen verbunden seien, die sich auf die Haftbedingungen beziehen. Und dann habe ich gesagt: Das wird in der Hauptverhandlung nicht erörtert.
- Angekl. Enss.: Also, wollen mich nicht, Sie wollen mich nicht die vier kurzen Forderungen des Hungerstreiks hier an dieser Stelle mitteilen lassen?
- V.: Sie haben mich durchaus richtig verstanden. Der Hungerstreik, die Haftbedingungen gehören nicht in-s Verfahren. Es läuft... Angekl. Enss.: Die Anträge...

3459 / 273

V.: Es läuft ein Antrag der Verteidiger; diesen Antrag wird entschieden werden. Wir sind ja zur Zeit noch bei gewissen Ermittlungen.

Angekl. Enss.: Es gibt ein Erklärungsrecht, falls Sie das nicht auch inzwischen schon ganz und gar abgeschafft haben...

V.: Ja, ein Erkkrungsrecht...

Angekl. Enss.: ...immer abgeschafft.... Unterbrechung usw.

V .: Ich hab mich ja neulich mit Herrn Rechtsanwalt Weidenhammer...

Angekl. Enss.: Und es ist hier jedem, es gibt hier niemand...

V.: Jetzt seien Sie doch bitte mal ruhig, Frau Ensslin...

Angekl. Enss.: Entschuldigung, es gibt hier niemand in dem ganzen Saal,..

V.: ...so können wir doch nicht reden.

Angekl. Enss.: ... den Sie...

V.: Ja, ja, das hat überhaupt keinen Sinn,...

Angekl. Enss.: ...unmittelbar...

V.: ...wenn Sie dazwischen reden, und ich Ihnen das Wort nicht gebe, dann ist das sinnlos. Ich hab mich ja kürzlich schon mit....

RA Wei.: Herr Vorsitzender....

- V.: Auch Sie sind jetzt nicht am Wort. Ich hab mich ja kürzlich mit Herrn Rechtsanwalt Weidenhammer schon darüber unterhalten, daß es kein Erklärungsrecht im Prozeß schlechthin gibt. Es gibt ein Erklärungsrecht nach § 257, es gibt ein Antragsrecht; das ist heute schon ausgenützt worden. Und auch Sie, Frau Ensslin, haben ein Antragsrecht. Aber was die Haftbedingung anlangt, die gehören nun mal nicht in die Hauptverhandlung. Das Verfahren läuft außerhalb; und dabei wollen wir es auch belassen. Zu solchen Dingen kann ich Ihnen das Wort nicht geben, und tu es nicht.
- RA Wei.: Herr Vorsitzender, möglicherweise handelt es sich auch um eine Gegendarstellung. Und in diesem Zusammenhang möchte ich anregen, der Gefangenen Ensslin das Wort zu erteilen.
- V.: Ja, also wissen Sie, mit den Gegendarstellungen, da haben wir uns ja nun auch schon verschiedentlich unterhalten, daß die Gegendarstellung im Pressegesetz steht. Und da gibt es eine Spezialkammer beim Landgericht und ein Spezialsenat beim Oberlandesgericht. Aber der Senat ist nicht die richtige Sta-tion für Gegendarstellungen.

- RA Wei.: Ja, aber um das beurteilen zu können, ist doch zunächst erforderlich, daß man sich mal anhört, was sie überhaupt vorbringen möchte. Bis jetzt wurde sie ja nur unterbrochen.
- V.: Ja, sie sagte es doch, ich kanns schon beurteilen. Sie wollten auch noch etwas sagen, Herr Oberwinder, Herr Rechtsanwalt Oberwinder, Entschuldiang.
- RA Ob.: Herr Vorsitzender, es ist doch wirklich merkwürdig, daß jeder hier im Saal- haben Sie ja selbst gesagt- die Möglichkeit hat, jeder Prozeßbeteiligte, diesen Vorgängen, die ja jetzt auf den Tisch gekommen sind- und es handelt sich ja nun mit Sicherheit um außergewöhnliche Vorgänge; Stellung dazu zu nehmen. Wieso also die Gefangenen, die unmittelbar davon betroffen sind, nicht in irgendeiner Form dazu Stellung nehmen können, das verstehe ich wirklich nicht.
- V.: Ja, wenn Sie es nicht verstehen, haben Sie es vielleicht nicht richtig mitverfolgt, Herr Rechtsanwalt Oberwinder. Ich meine, ich sage ja zu diesen Vorgängen, zu diesen Vorgängen können Anträge gestellt werden, nicht? Und zu diesen Anträgen wird dann wieder Stellung genommen. Es können Anträge gestellt werden jeder Art hierzu. Aber Anträge zu den Haftbedingungen, die gehören nicht dazu, denn das sind Dinge, die außerhalb der Hauptverhandlung erörtert werden. Also das ist nun mal meine Entscheidung, und so ist es.
- RA Ob.: Die Frau Enssling hat noch gar nicht ausgeredet, über was sie eigentlich reden will. Sie haben das Wort "Haftbedingungen" gehört, und dann haben Sie einfach Schluß gemacht.
- V.: Ja, sie hat es doch erklärt.
- Angekl. Enss.: Und das Wort "Haftbedingungen" ist im Zusammenhang, nämlich nur im Zusammenhang mit Ihnen und zu Ihnen gefallen.
- V.: Sie hat doch...
- Angekl. Enss.: Also lassen Sie mich das doch mal...
- V.: Sie haben gesagt, ich will die vier Forderungen vortragen hinsichtlich der Haftbedingungen, und zum Hungerstreik...
- Angekl. Enss.: Nein...
- V.: ... so haben Sie gesagt...
- Angekl. Enss.: Nein, das habe ich nicht gesagt.
- V .: ... und so hab ich das verstanden...

3459 / 274

Angekl. Enss.: Das müssten Sie...

V.: .. und das reicht, um das...

Angekl. Enss.: ...da müssten Sie sich korrigieren, Herr Foth; das habe ich nicht gesagt.

V.: Ja dann bitte, ich bin ganz 6hr.

Angekl. Enss.: Also nochmal. Es sind hier Anträge gestellt worden von der Verteidigung, von Andreas und von Jan. Und zu den Anträgen gibt es, jedenfalls strafprozessualrechtlich, die Möglichkeit, Stellung zu nehmen, wie Sie es zelbst gesagt haben. Die Anträge handelten alle von, bieten alle das Bild von Tatbeständen, die nur möglich sind, in einem rechtsfreien Raum. Der Hungerstreik, von dem ich rede und dessen vier Forderungen ich vortragen will hier, ich hier mitteilen will, reagiert auf diesen rechtsfreien Raum; darum geht es. Insofern ist es tatsächlich, auch wenn es die Form von vier Forderungen zu einem Hungerstreik hat, nichts anderes, als eine Stellungnahme zu den Anträgen, die ich hier bringen will.

V.: Das kann ich nicht billigen, was Sie da sagen, ich kann die Argumentation nicht nachvollziehen. Die vier Forderungen, so sieht es wenigestens aus, sind Forderungen, die sich mit den Bedingungen der Untersuchungshaft befassen.

Angekl. Enss.: Sie haben sie noch nicht gehört.

Also ich würde sagen, hören Sie sichs an, ehe Sie vermuten.

V.: Na gut, ich will die erste hören; vielleicht...

Angekl. Enss.: Angesichts der Tatsache...

V.: ...erhalte ich dann bessere Klarheit.

Angekl. Enss.: Angesichts der Tatsache, daß der Staat die Auseinandersetzung im rechtsfreien Raum des permanenten Ausnahmezustandes führt, und daß sich in 6 Jahren Staatsschutzjustiz gezeigt hat, daß die Menschen- und Grundrechte in der Waxwark war in den Prozessen und in den Gefängnissen ein Fetzen Papier sind, fordern wir, daß die Gefangenen aus den antiimperialistischen Widerstandsgruppen, die in der Bundesrepublik kämpfen, entsprechende Mindestgrantien der Genfer Konvention von 1949 behandelt werden.

V.: Ja, also jetzt sind wir haarscharf...

Angekl. Enss.: In besonderen...

V.: ...bei den Haftbedingungen, wie ich es gesehen habe.

- Vorsitzender -

Es hat keinen Wert, Frau Ensslin, Sie erhalten hiærzu nicht das Wort; das ist jetzt mein letztes Wort. Sie dürfen die Entscheidung des Senatzs beantragen. Aber zu diesen Haftbedingungen verhandeln wir jetzt nicht in der Hapt-verhandlung.

Sonstige Wortmeldungen im Saale?

- Angekl. Enss.: Dann beantrage ich eine Senatsentscheidung darüber.
- V.: Soll sonst noch irgendwie Stellung genommen werden hierzu?
 Nicht.

Wir werden uns kurz zurückziehen. Ich bitte im Saale zu bleiben.

Pause von 11.45 Uhr bis 11.48 Uhr

V.: Der Senat hat den Beschluß gefasst:

Es bleibt bei der Entscheidung, daß die Angeklagte Ensslin nicht das Wort erhält, um über die Haftbedingungen der Angeklagten zu sprechen.

Die bisherigen Ausführungen von Frau Ensslin bieten hinreichende Grundlage, um beurteilen zu können, daß sie
sich mit den Haftbedingungen befassen will. Dies ist aber
ein Gegenstand, der außerhalb der Hauptverhandlung geprüft und geregelt wird. Eine Prüfung der Haftbedingungen
auf schriftlich gestellte Anträge der Verteidigung ist
zur Zeit im Gange. In der Hauptverhandlung wird dies
nicht erörtert.

Angekl. Enss.: Dann stell' ich eben noch einmal æst, daß das nicht nur die Kleinlichkeit und die Kleinheit des Gerichts ist, wie wir sie seit 2 Jahren kennen, sondern dass es auch die übliche Methode ist, glatt was zu verfälschen, denn um Haftbedingungen handelt das nicht, und nur äußert indirekt. D. h. also, genau das, was Sie sonst immer fälschlicherweise zum Vorwurf gemacht haben, um uns nichts erklären zu lassen, nämlich es bestünde kein Zusammenhang; das konstruieren Sie jetzt hier taghell.

Und bleibt mir 2., die Zwangsverteidiger aufzufordern, doch endlich zu gehen.

V.: Sonstige Wortmeldungen? Herr Rechtsanwalt Oberwinder.

Die Angeklagte Ensslin verlässt um 11.50 Uhr den Sitzungssaal.

RA.Ob.: Also ich finde das ja sehr merkwürdig, in einer Situation, wo sich in diesem Staat auch gegenüber diesem Verfahren jeder erlaubt, was er will, daß die Gefangenen nicht die Möglichkeit haben, das, was ihnen als Reaktion darauf verbleibt, hier öffentlich vorzutragen. Das kennzeichnet aber wohl nur den Versuch des Senats, diese Sache, die auch durch die Abhöraffäre provoziert worden ist, unterzudrücken.

Ich möchte nun selbst folgende Erklärung dazu abgeben, daß jedenfalls aus meiner Sicht....

V.: Wozu soll das sein?

RA.Ob.: Bitte?

- V.: Wozu soll diese Erklärung dienen? Ich meine, Sie müssen, nach welcher Vorschrift oder was soll das werden?
- RA.Ob.: Ich hab nicht die Absicht, jetzt hier irgendwelche Paragraphen zu zitieren. In der Situation....
- V.: Es wäre aber schon sehr gut, wenn Sie es könnten, Herr....
- RA.Ob.: ... das kann ich Ihnen auch sagen in der Situation, wo z.B. der Generalbundesanwalt Buback, der ja auch Verfahrensbeteiligter ist, sagt: Außergewöhnliche Umstände rechtfertigen auch außergewöhnliche Mittel.

 Und daß hier mittlerweile außergewöhnliche Umstände eingetreten sind, können Sie, Herr Dr. Foth, wohl hier auch nicht bestreiten.
- V.: Also eine Art übergesetzliches Erklärungsrecht im Strafprozeß....
- RA.Ob.: Ja, ich nehme dieses übergesetzliche Erklärungsrecht in Anspruch, allerdings.
- V.: Ja nun, also ich will mal hören, was daraus werden wird.

RA.Ob.: Ich bin der Ansicht....

OStA.Z.: Herr Vorsitzender....

V.: Bitte.

- RA Ob.: Ich hab jetzt das Wort, Herr Oberstaatsanwalt.
- V.: Ich weiß nicht, was, falls eine Einwendung erhæoben werden sollte, müsste die natürlich gleich berücksichtigt werden. Was wollten Sie sagen, Herr Bundesanwalt Zeis?
- OStA.Z.: Herr Vorsitzender, <u>ich beanstande</u>, daß Herrn Rechtsanwalt Oberwinder das Wort zur Abgabe einer Erklärung gegeben worden ist. Es besteht keine rechtliche Grundlage. Eine rechtliche Grundlage sieht ausschließlich § 257 StPO vor. Jedenfalls, nach unserer Beurteilung kann Herrn Rechtsanwalt Oberwinder zur Abgabe irgendwelcher Erklärungen nicht das Wort erteilt werden.

RA.Ob.: Aber selbstverständlich....

V.: Nun ja, ich...

RA.Ob.: ... ich will mich erklären zu dem, was der Senat eben entschieden hat, wie die Bundesanwaltschaft sich auch zu den Anträgen von Herrn Raspe erklärt hat, und will....

V.: Ja, also Erklärungsrecht an sich natürlich zu Beweiserhebungen, was nicht der Fall ist hier. Ich hatte ja Herrn
Rechtsanwalt Oberwinder gebeten, einmal mit seinem Vortrag zu beginnen, damit ich dann besser bewerten kann,
was es werden soll. Bis jetzt kenne ich das Sujet also
noch nicht.

Ich möchte auch dabei bleiben.

Bitte, Herr Rechtsanwalt Oberwinder.

RA.Ob.: Ja, also ich möchte mich erklären zu diesem Schreiben, was ich heute morgen erhalten hab' des Justizministeriums Baden-Württemberg....

V.: Ja bitte.

- RA.Ob.: und welche Konsequenzen die Verteidigung, jetzt nicht speziell aus diesem Schreiben, sondern aus diesen Vorgängen zu ziehen gedenkt.
- V.: Ja nun, es ist also so, Herr Rechtsanwalt, eine Erklärung zu diesem Schreiben; ich meine, das ist eine Art Beweis- erhebung im prozessualen Freibeweis, die wir erhoben haben; dazu steht Ihnen, dürfen Sie sich äußern, ja, wenn es sich in diesem Rahmen hält, selbstverständlich.

RA.Ob.: Das überlassen Sie mir, die Beurteilung.

V.: Ja, das wird sich zeigen.

RA.Ob.: Also es ist sehr merkwürdig. Der Senat hat ja in seinem ersten Schreiben an den Justizminister und Innenminister

- RA Oberwinder -

des Landes Baden-Württemberg darauf hingewiesen, daß er gehalten ist, darauf zu achten, daß Rechtsverletzungen, wie die Verletzung des § 148 StPO, nämlich der unüberwachte mündliche Verteidigerverkehr, gewährleistet sind.

Ich vermag also auch den Antwortschreiben, insbesondere jetzt hier diesem zweiten vom 28. 3. 1977, keine entsprechende Erkärung zu entnehmen. Das einzige, was ich darin sehe ist, daß da steht, daß der Herr Bender, der ja diese Maßnahme angeordnet hat die ja, da dürfte für einen Jurist eigentlich keinen Zweifel bestehen, glatter Verfassungsbruch ist, nun meint, er habe volles Verständnis für die Haltung des Senats und der Verteidigung. Ich meine, daß also ein größerer Hohn ja wohl kaum möglich ist. Der Abhörer hat also Verständnis für die Argumente des Abgehörten.

Es ist auch nicht mehr die Rede davon, daß hier etwa, wie das bei Herrn Maihofer noch hiess, äußerte Mittel angewendet wurden in einer einmaligen Situation, sondern Herr Bender schreibt hier, daß die beiden Abhöraktionen als Mittel der vorbeugenden Verbrechensverhütung rein präventiver Natur waren, was also für mich den Schluß zulässt: Zur präventiven Verbrechensverhütung ist es ein ganz normales Mittel, und wird wohl auch weiter angewandt; das haben die Herren Schiess und Bender ja auch bereits gesagt. Und auch der Herr Bundeskanzler Helmut Schmidt hat ja der Sache seinen Persilschein ausgestellt. Damit, meine ich, ist ja nun wirklich offenkundig, wer in diesem Verfahren das Sagen hat, was in diesem Verfahren gespielt wird, und daß es keine Möglichkeit gibt für eine Verteidigung, wollte sie nicht diese ganzen Machenschaften noch legitimieren, an diesem Verfahren in der Hauptverhandlung, nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge, weiter teilzunehmen.

Die größte Infamie in diesem Pamphlet des Justizministeriums ist aber nun die Behauptung...

V.: Herr Rechtsanwalt, ich bitte doch die in Gerichtssälen übliche Form zu wahren.

RA Ob.: Ja, ich weiß ja auch nicht mehr, was...

V.: Von den üblen "Pamphlet."..

- RA Ob. Ja, ich weiß ja auch nicht mehr, was üblich ist,...
 - V.: Sie können es ja und Infamie -...
 - RA Ob.: ... man weiß es ja langsam...
 - V.: ... Sie können es ja sicher auch in Ihrem Wortschatz noch etwas anderes finden...
 - RA Ob.: Man zweifelt ja, man zweifelt ja langsam daran, was üblich ist in Gerichtssälen.
 - V.: Ja, also deswegen, wenn Sie Zweifel haben, ich hab Sie ja jetzt bereits aufgeklärt, daß ich das für unüblich halte.
 - RA Ob.: Die größte Infamie und bei dem Ausdruck bleibe ich allerdings ist ja nun die Behauptung...
 - V.: Na gut, dann bleiben Sie eben ausdrücklich dabei; das stelle ich dann fest.
 - RA Ob.: ...daß die Behauptung, die ja öffentlich zur Legitimation dieser Abhörmaßnahme gedient hat, die so als Brocken in die Öffentlichkeit geworfen worden ist, nämlich daß Erkenntnisse darüber bestanden hätten, daß von den Gefangenen aus der Roten-Armee-Fraktion Aktionen betreffend Kinderspielplätze geplant worden seien. Und interessanterweise wird diese Äußerung, die auch abgehört worden sein will - ker konntends ja nicht feststellen - der Ulrike Meinhof zugeschoben, d. h. der Gefangenen, die tot ist. Und es ergibt sich da eine bestimmte Parallele, so wie ich aus der Presse erfahren habe - ich war ja bei den Plädoyers der Bundesanwaltschaft im Saal nicht anwesend -, ist ja bei der Würdigung der einzelnen Gefangenen auch in der Weise vorgegangen worden, das man gesagt hat: Naja, die Ulrike Meinhof, das war noch jemand mit politischen Idealen, die war nicht so schlecht, wie die andern. Mit andern Worten, und das kommt ja hier wieder zum Ausdruck: Der tote Gefangene, und nur der tote Gefangene ist ein guter Gefangener.

Und ich hab auch nochmal nachgelesen, Herr Vorsitzender, diesen Absatz, den Sie zitiert haben aus dem Antrag des Kollegen Dr. Temming, der darauf hingewiesen hat, daß zwischen ihm und Ulrike Meinhof ein Gespräch stattgefunden hat, in dem sie beide – das war wohl nach der Aktion Stockholm – darüber gesprochen haben, daß wohl jetzt zur Legitimation der Maßnahmen der Behörden gegen solchen Gruppen und Gefangenen

3459 / 277

- RA Oberwinder -

solche Dinge wie Kinderspielplätze herhalten müssen. Dies ist in dem Antrag des Kollegen Dr. Temming klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Wenn Sie jetzt, Herr Vorsitzender, sagen, das war ja zweideutig, dann möchte ich mal wissen, was daran zweideutig ist. Für mich ergibt sich dann nur daraus, eine Tendenz, daß offen xxxxxx das Gericht sich bemüßigt, diese Argumentation der Herren Schiess und Bender-und wer auch noch immer dazu gehören mag - zu übernehmen. An diesem Antrag jedenfalls ist alles eindeutig, da gibt es keine Zweideutigkeiten. Und wenn das nun vom Gericht schon dermaßen zum -Ausdruck gebracht wird, bestärkt das die Verteidigung nur in ihrer Annahme, daß es wohl keineswegs so ist, daß die anderen Prozeßbeteiligten über diese Abhörvorgänge keine Kenntnis hatten. Das wird sich wahrscheinlich nie feststellen lassen, jedenfalls zunächst nicht. Hätte man dem Herrn Bender oder dem Herrn Schiess vor 2 Monaten gesagt, sie würden hier abhören, hätten sie das bestimmt auch mit größter Empörung und Androhung von Konsequenzen zurückgewiesen. Der Verdacht, daß auch andere Prozeßbeteiligte mit Informationen der Tonbänder versorgt worden sind, ist keineswegs aus der Welt geräumt; jedes weitere Verbleiben im Prozeß würde diesen ganzen Sumpf wirklich nur legitimieren.

V.: Herr Rechtsanwalt Oberwinder, nur eines, Sie haben mich sicherlich mißverstanden: Ich habe diese Ausführungen im Antrag von Herrn Dr. Temming keinesfalls als zweideutig darstellen wollen, sondern diese Ausführungen sind eindeutig. Ich habe nur konstatiert, daß zwischen dem, was in diesem Brief des Herrn Ministers steht, daß, dort ist von Kinderspielplätzen die Rede war, und hier ist von Kinderspielplätzen die Rede war, und hier ist von Kinderspielplätzen die Rede. Ich habe bloß die Diskrepanz zwischen diesen beiden Erklärungen im Auge gehabt. Daß die Erklärung von Herrn Dr. Temming eindeutig ist, ich nehme nicht an, daß das so mißverständlich war, daß manes falsch verstehen konnte. Ich hoffe doch, daß Sie damit befriedigt sind, und daß, dieser Vorwurf geht also sicher ins Leere. Herr Rechtsanwalt Weidenhammer.

RA Wei.: Herr Vorsitzender, ich möchte nach ... zu den Beweisanträgen, die wir gerade gehört haben, daran erinnern,

- RA Weidenhammer -

daß der dringende Tatverdacht besteht, fortbesteht, daß eine kriminelle Vereinigung die Herrschaft über das Verfahren und den Vollzug ergriffen hat und daß es schon von daher geboten ist, bis zur vollständigen Aufklärung dieser Angelegenheiten das Verfahren...

BA Dr. Wu.: Herr Vorsitzender, bei derartigen Ausführungen.... RA Wei.: ...zu unterbrechen oder auszuetzen.

V.: Er hat einen Aussetzungsantrag gestellt, und hat Dinge vorgetragen über irgendeine kriminelle Vereinigung.

Rechtsanwalt Oberwinder verlässt um 12.00 Uhr den Sitzungssaal.

Nun ja, wir werden es würdigen, wie es gesagt worden ist. Sind jetzt sonstige Äußerungen abzugeben erklärungen abzugeben?

Rechtsanwalt Weidenhammer verlässt um 12.00 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Rechtsanwalt Schwarz, Sie haben sich gemeldet.

RA Schw.: Herr Vorsitzender, der Senat hat in einem an den Herrn Justizminister gerichteten Brief vom 18. März 1977 mitgeteilt, er sei gehalten, darauf zu achten, daß in dieser Strafsache die gesetzlichen Vorschriften eingehalten würden. Er hat weiter darauf hingewiesen, er müsse darauf bestehen, daß diese Bestimmung befolgt wird. Und ich habe dem gegenüber festzustellen, daß ungeachtet der absolut unzureichenden Auskünfte, die der Herr Minister dem Senat gegeben hat, sowohl der Herr Justizminister, als auch der Herr Innenminister, zu letzt noch vor dem Landtag, die Erklärung abgegeben haben, sie würden in einer vergleichbaren Situation wieder in der gleichen Weise handeln.

Der Gehilfe des RA Weidenhammer, Herr Wackernagel, verlässt um 12.01 Uhr den Sitzungssaal.

Das heißt, sie behaupten nicht nur rechtsmäßig gehandelt zu haben, sondern sie rücken es durchaus in den Bereich der Möglichkeit, daß zu einem, wiederum ihrer Meinung nach, wohl dann außerhalb des Verfahrens durchzuführenden Weise erneut Abhörmaßnahmen durchgeführt werden. Bei dieser Situation meine ich, ist der Senat den Angeklagten, aber

- RA Schwarz -

auch den übrigen Prozeßbeteiligten, eine Erklärung dahin schuldig, wie er es bewerkstelligen will, daß er seine Meinung, das nicht überwachte Verteidigergespräch sei unabdingbar und er müsse darauf achten, daß es so gehandhabt wird, wie er diese Meinung durchsetzen will. Solang der Senat das nicht kann und nicht tut, bin ich der Meinung – und das ist jetzt mein Antrag –.

muß das Verfahren erneut unterbrochen oder dann gegebenenfalls ausgesetzt werden.

Denn es ist eine Unzumutbarkeit, daß man sich auf der einen Seite damit befasst, daß erklärt wird, die und die gesetzlichen Bestimmungen müssen eingehalten werden, und auf der anderen Seite diejenigen, die in der Vergangenheit diese gestzlichen Bestimmungen nicht eingehalten haben, in schöner Offenheit erklären, wenn es notwendig wird, wird wieder genau so verfahren.

- V.: Bitte, Herr Rechtsanwalt Künzel oder Schnabel?
 Bitte, Herr Rechtsanwalt Schnabel.
- RA Schn.: <u>Ich bitte das Verfahren auszusetzen</u> bis eine Antwort auf eine erneut an den Herrn Justizminister zu stellende Frage vorhanden ist.

Diese Frage geht dahin, daß der Herr Justizminister klarlegen möge, welche Voraussetzungen des § 34 vorgelegen haben in Bezug auf eine gegenwärtige, nicht anders abwendbare Gefahr. Denn in dem Antwortschreiben vom 28. März ist apodiktisch festgestellt, daß das Landeskriminalamt sich streng an die Voraussetzungen des § 34 StGB gehalten habe. Ich bitte den Herrn Justizminister zu erklären, welche Voraussetzungen vorhanden waren, daß man sich an diese Vorschrift hätte halten können. Konkret gesprochen, welche Erkenntnisse ihm oder dem Landeskriminalamt vorgelegen haben, dak von einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leib usw. zu sprechen gewesen wäre, zumal hier in dem Schreiben ein Widerspruch insofern vorhanden ist, als davon gesprochen wird, Frau Meinhof hätte angeblich die Möglichkeit der Geiselnahme eines Kindes erwähnt, und im vierten Absatz dann davon die Rede ist, daß es keinen hinreichenden Verdacht einer konkret geplanten strafbaren Handlung gegeben hätte. Auch diesen Widerspruch bitte ich

- RA Schnabel -

aufzulösen.

Im übrigen ist davon die Rede, daß als Mittel der vorbeugenden Verbrechensverhütung rein präventiver Natur die
Mittel angewandt worden sind. Eine vorbeugende Verbrechensverhütung rein präventiver Natur ist zumindest in dieser
Beziehung, und was den Kinderspielplatz anbelangt, wenn
überhaupt, heute nicht mehr vorhanden, denn das ist ja längst
Schnee von gestern, so daß auch insofern sich wohl der
Herr Justizminister nicht darauf berufen könnte, er könnte
dazu keine näheren Angaben machen, daß dannin den internen
Dienstbereich oder in den Staatsschutz, oder wie auch immer,
hineinragen würde, denn diese Sache ist ja abgeschlossen.
und insofern: Karten auf den Tisch.

V.: Herr Rechtsanwalt Künzel, bitte.

RA Kün.: <u>Ich beantrage</u> das Verfahren auszusetzen, bis eine sichere Gewährung dafür gegeben ist, daß die Überwachung eines Verteidigergesprächs nicht mehr stattfindet, und auch sonst die Voraussetzungen geschaffen sind, die eine vom Vertrauen der Angeklagten getragene Verteidigung wieder möglich machen.

Zur Begründung trage ich vor, unter Hinweis auf das, was Herr kollege Schnabel gesagt hat: Ich berufe mich auf die Rechtswidrigkeit dieser Verteidigerüberwachung. Es ist Schutzbehauptung, wenn gesagt wird, § 34 StGB hätte die Maßnahme gerechtfertigt. Unabdingbare Voraussetzung einer vom Vertrauen des Angeklagten getragene Verteidigung ist die Vertralichkeit des Verteidigergesprächs.

Dies ist so selbstverständliche Voraussetzung, daß sie eigentlich keiner weiteren Begründung bedarf. Es kemmt kommt gar nicht darauf an, ob das Gericht Kenntnis vom Inhalt der Gespräche bekam, bekommt oder bekommen wird, entscheidend ist, daß durch das heimliche Abhören die Verteidigung in ihrer Substanz getroffen wurde.

RA.Kün.: So wie ich als Verteidiger sicher davon ausgehen würde, daß Ihnen als Richter ein Richten nicht mehr möglich wäre, wenn das geheime Beratungsgespräch abgehört würde, so sollten Sie als Richter davon ausgehen, daß es einem Verteidiger nicht mehr möglich ist, eine Verteidigung zu führen, wenn er mit einem Abhören des Verteidigergesprächs rechnen muß. Wo die Totalität des Staates, die den Gefangenen im Gefängnis umgibt, bis in das Gespräch zwischen Verteidiger und Angeklagten hinein-reicht, ist das Maß an Freiheit nicht mehr vorhanden, ohne das der Angeklagte noch um seine Freiheit kämpfen könnte. Wo der Gesprächs raum, den der Staat zum Verteidigergespräch zur Verfügung stellt, mit Wanzen besetzt ist, kann ein Verteidiger diesen Raum nicht mehr betreten. Diese ist selbstverständliche Voraussetzung des unüberwachten Verteidigergesprächs war Gegenstand einer Anhörung vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages am 2.4.1976. Dort haben geäußert Professor Dr. Grünwald: "Eine wirksame Verteidigung, auf die der Beschuldigte ein Recht hat, wird unmöglich gemacht. Jeder Beschuldigte hat ein Recht darauf. Er hat es auch und gerade wenn er als Staatsfeind erscheint. Diesen Beschuldigten treten die Strafverfolgungsbehörden nicht sine ira et studio gegenüber. Durch eine Überwachung würde eine echte Verteidigung vereitelt. Rechtsanwalt Dr. Lürken hat als Sachverständiger vor dem Ausschuß erklärt: Ein Verteidiger, der überwacht wird, ist kein Verteidiger für seinen Mandanten mehr und hat bemerkt: Aber da die Überwachung dem System der Verteidigung in einer Weise witderspricht, daß sie einfach unmöglich wird, bleibt nur die Regelung des Verteidigerausschlusses." Rechtsanwalt Dr. Bransch hat bei dieser Anhörung unmißverständlich auf die Konsequenzen hingewiesen, die sich für den Verteidiger aus einem Abhören des Verteidigergesprächs ergeben. Er hat ausgeführt: Man muß sich darüber klar sein, daß die fallweise Überwachung des mündlichen Verkehrs jeden seriösen Verteidiger veranlaßt, die Verteidigung alsbald niederzulegen und weiter, "ich glaube auch nicht, daß irgend ein Ehrengericht bereit

sein wird, einen Pflichtverteidiger, der bei Anordnung dieser Überwachung das Mandat niederlegt, zu disziplinieren". Ich sehe es so, daß der überwachte Pflichtverteidiger des Vertrauens der Angeklagten Ensslin sachgerecht und standesgerecht handelt, wenn er sich weigert, nach dieser Abhöraffäre in dem Gerichtssaal weiter zu aggieren. Nun gehe ich davon aus, daß das Gesetz das Primat des Verteidigers, der Verteidigung des Vertrauens angenommen hat. Das folgt aus § 143 der StPO ebenso unmißverständlich wie aus Artikel 6 der Menschenrechtskonvension. Es steht deshalb fest, daß im Augenblick die Verteidigung, die das Gesetz bei aller Einheit der Verteidigung mit einem Primat versieht, nicht mehr möglich ist. Hieraus ergeben sich Konsequenzen für das Gericht und zwar aus seiner Fürsorgepflicht. Das Bundesverfassungsgericht spricht in einer Entscheidung im 9. Band ausdrücklich von der Fürsorgepflicht des Staates zur Bestellung einer Verteidigung. Gemeint ist wohl eine Verteidigung des Vertrauens. Aus dieser Fürsorgepflicht ergibt sich, daß das Gericht gehalten ist, alles zu tun, um die Verteidigung durch einen Verteidiger des Vertrauens wieder herzustellen. Wenn es richtig ist, was Herr Herold hier gesagt hat, daß jeder Prozeß seine Eigengesetzlichkeit hat, so meine ich, daß dieser Prozeß jetzt gebietet, daß das Gericht alles tut, um, notfalls auch mit unkonventionellen Mitteln, zu erreichen, daß eine sachgemäße Verteidigung wieder möglich ist. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist, daß Garantien dafür geschaffen werden, daß sich ein solcher Abhörfall nicht wiederholen kann und da**ß** diese Garantien so sind, daß Verteidigern und Angeklagten in sie Vertrauen haben können. Ich meine, daß auch ein Verteidiger, der nicht das Vertrauen der Angeklagten hat, im Augenblick ein Verteidigergespräch nicht führen könnte, weil er vor solchen Abhörmaßnahmen nicht sicher wäre, und deshalb besteht in der Tat ein Zustand, der eine Verteidigung unmöglich macht.

V.: Sonst noch Wortmeldungen? Herr Rechtsanwalt Eggler?

RA.Egg.: Ich wollte eigentlich eine andere Erklärung abgeben.

Nach den Ausführungen von Herrn Dr. Schwarz will ich aber

folgendes sagen: Es ist kein Zweifel, daß hier gegen § 148 der StPO verstoßen worden ist. Und wir alle müssen uns fragen, ob darin nicht ein alarmierender Abbau des Rechtsstaates liegt. Der bisherige Vorfall gehört der Vergangenheit an. Ich will dazu heute nichts sagen. Nachdem, was Herr Kollege Schwarz aber gesagt hat, daß im Landtag gesagt worden sein soll, ich habe keine Zweifel, daß er es richtig abgehört hat, daß die Betreffenden immer wieder so handeln würden; wenn; dann meine ich, muß dieser Senat hier dafür sorgen, daß ein erneuter Verstoß gegen § 148 unmöglich gemacht wird und er muß dann dafür sorgen, daß in einem solchen Falle die Verteidigung, die unbeschränkte Verteidigung, wie es der § 148 StPO vorsieht, daß eine solche Verteidigung gewährleistet bleibt. Deswegen schließe ich mich dem Antrage des Herrn Kollegen Schwarz auf Aussetzung des Verfahrens bzw. Unterbrechung des Verfahrens mit seiner Begründung an.

- V.: Herr Rechtsanwalt Schlaegel bitte?
- RA.Schl.: Der Herr Kollege Grigat und ich, wir möchten ebenfalls den Antrag stellen, das Verfahren zu unterbrechen,
 bzw. Auszusetzen, bis der Senat darüber eine Erklärung
 abgegeben hat:
 - 1. Ob er sich in der Lage sieht, die Durchführung des Verfahrens ohne Verletzung des § 148 StPO zu gewährleisten und wenn ja, in welcher Form er dies tun will. Und als Begründung darf ich auf das Bezug nehmen, den Tatbestand, den der Kollege Schwarz als erstes erwähnt hat, daß die zuständigen Minister für Justiz und Inneres, Bender und Schieß, erklärt haben im Landtag, bei der Landtagssitzung, sie würden in einem vergleichbaren Fall wieder so handeln. Und ich darf als weiteres Bezug nehmen, als Ausgangspunkt der Tatbestandswürdigung auf die Erklärung des Justizministers vom 18.3.1977 auf Seite 2 unter bb), indem er als Begründung für die Inanspruchnahme des rechtfertigenden Notstands Ausführungen gemacht hat, die diese konkrete Gefahr begründen sollten. Und ich bin der Meinung, daß diese Gründe im vorliegenden Fall nicht durchziehen aus ganz allgemeinen grundsätzlichen Erwägungen und aus besonderen Erwägungen, aus ganz

generellen Erwägungen, weil ich der Meinung bin, der § 34 StGB kann im Prinzip nur von denen die der Staat in seiner Rechtsordnung unterworfen hat, in Anspruch genommen werden, nicht aber vom Staat, der sich an die von ihm selbst gegebenen Kompetenzen zu halten hat. Das halte ich für einen ganz entscheidenden Gesichtspunkt. Und bevor, im besonderen Fall, ich kann mir dazu Ausführungen ersparen und auf die anderen Bezug nehmen, bevor das nicht klargestellt ist, bevor der Senat sich dazu nicht geäußert hat, bitte ich das Verfahren entsprechend zu unterbrechen bzw. auszusetzen.

- V.: Dankesehr. Sonstige Wortmeldungen? Herr Bundesanwalt Dr. Wunder.
- BA.Dr.W.: Herr Vorsitzender, falls der Senat eine Ergänzung der Antwort des Baden-Württembergischen Justizministeriums für erforderlich hält, ich persönlich möchte sagen, es spricht in der Tat einiges für die Ausführungen der Herrn Verteidiger, so kann diese Auskunft eingeholt werden, ohne daß es dazu förmlicher Unterbrechung oder Aussetzung des Verfahrens bedarf. Eine weitergehende Stellungnahme möchte ich nicht abgeben.
- V.: Ich will zu dem, was vorgetragen wurde, hier nur darauf hinweisen: Der Senat hat schon in der Sitzung, ich meine, vom
 22. sei es gewesen, bevor die Verteidigung eine Ergänzung Argage
 an Herrn Justizminister Dr. Bender erbeten hat, habe ich
 damals schon erklärt, der Senat wird beim Ministerium nochmals
 darauf drängen, behält sich auch weitere Maßnahmen vor,
 daß § 148 StPO in Zukunft ohne jede Einschränkung beachtet
 wird. Wir haben also, ich hoffe, daß das den Beteiligten
 in Erinnerung ist, wir haben also damals schon ins Auge gefaßt, daß wir selbstverständlich möglicherweise noch etwas unter
 nehmen müssen, je nach dem, wie die Antwort des Herrn Ministers
 ausfällt, denn daß solche Äußerungen in der Pressekonferenz
 und ich meine auch in der Landtagssitzung gefallen mack, daß kann
 man wohl als allgemeinkundig unterstellen.
 Wir haben natürlich jetzt eine ganze Menge Stoff, den es zu-

nächst zu sichten gilt. Ich meine, damit wir uns mal darüber schlüssig werden können, wie wir überhaupt weiter verfahren,

wir machen zunächst mal 5 Minuten Pause, um also einmal insoweit

schlüssig zu werden und machen in fünf Minuten weiter.

Pause von 12.19 Uhr bis 12.28 Uhr

- V.: Was heute in der Verhandlung vorgetragen wurde, stellt einen sehr umfangreichen Stoff dar, den der Senat so schnell nicht bewältigen kann unter Vornahme der gebotenen gründlichen Würdigung. Insbesondere das berechtigte Anliegen der Verteidigung, Sicherheit zu haben, daß fernerhin Abhörungen von Gesprächen zwischen Angeklagten und Verteidigern nicht überwacht werden, erfordert eine gründliche Prüfung, wie dergleichen verhindert werden kann. Der Senat hat sich, wie ich das vorhin kurz angedeutet habe, mit solchen Fragen auch schon befaßt. Falls-dies nur eine Gelegenheit zu etwaiger Äußerung falls die Verteidigung konkrete Wünsche oder Vorstellungen hat, wie nun die Unüberwachtheit von Verteidigerzbesuchen konkret gesichert werden könnte, so würde der Senat solche Vorstellungen selbstverständlich anhören und bei seinen Maßnahmen mit in die Betrachtung einziehen. Falls also hierzu noch irgendwelche konkreten Wünsche geäußert werden sollten, so bestünde sowohl jetzt als auch möglicherweise bei einer Fortsetzung heute Nachmittag Gelegenheit. Falls das nicht wahrgenommen werden soll, dann würden wir am Donnerstag, den 31.3.1977,9 Uhr fortsetzen und bis dahin das heute Vorgetragene uns gründlich überlegen und Konsequenzen daraus ziehen. Wird hierzu irgend etwas bemerkt? Herr Rechtsanwalt Künzel, bitte.
- RA.Kün.: Darf ich annehmen, daß man die Vorstellungen auch schriftlich heute Nachmittag oder Morgen dem Senat unterbreiten kann.
- V.: Selbstverständlich. Es wäre gut, wenn das natürlich alsbald geschehen könnte. Ich meine nur, ich habe eben folgendes im Auge: Der Senat will nicht irgendwelche Maßnahmen treffen, und dann kommt vielleicht einer der Herrn Verteidiger und sagt, daß hätte ich auch noch gern gehabt, und so könnte man das eben gleich einarbeiten, gegebenenfalls. Wenn sonst keine Erklärungen gewünscht werden im Augenblick, dann würden wir also am Donnerstag, 31.3.1977, 9 Uhr fortsetzen.